



dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 25 • MAI 2021 • HERAUSGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



JUGENDSOZIALARBEIT TROTZ(T) KRISE

AUSWIRKUNGEN DER CORONAPANDEMIE
AUF DIE JUGENDSOZIALARBEIT UND IHRE ZIELGRUPPEN

Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen in Zeiten von Corona
Konsequenzen der Coronapandemie für die Fachkräfte der Sozialen Arbeit – Folgen für die Zielgruppe?
Straßensozialarbeit mit Jugendlichen in Zeiten der Pandemie – Kreative Methoden in einer außergewöhnlichen Situation

Liebe Leser_innen,

die Coronapandemie hat massive Auswirkungen auf alle Lebensbereiche und stellt uns individuell sowie als Gesellschaft vor besondere Herausforderungen. Jugendsozialarbeit *trotzt* der Krise – im Sinne ihrer Zielgruppe und im Vertrauen in ihre Kompetenzen; denn *trotz* der Umstände werden Wege gesucht, gefunden und neu begangen, um das professionelle Arbeitsbündnis mit den Adressat_innen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Auf den oft steinig und fremden Pfaden wird den Fachkräften ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität abverlangt, bei gleichzeitig starker Arbeitsbelastung.

NIKOLAUS MEYER, SEBASTIAN FRANZ, ELKE ALSAGO & CHRISTINA BUSCHLE erkennen in ihrer *Analyse* ab S. 25 eine Verschärfung der Beschäftigungssituation, langfristige Gefahren für die Zusammenarbeit mit der Zielgruppe und eine bei den Fachkräften als gering wahrgenommene gesellschaftliche Anerkennung. EVA BERG spricht in ihrem *Kommentar* ab S. 52 von einer „Missachtung Sozialer Arbeit und junger Menschen“ im Prozess politischer Entscheidungsfindung. Sie stellt Forderungen zur Aufwertung der Profession zusammen und fragt scharf: „Wie #dauerhaftsystem(ir)-relevant ist Soziale Arbeit?“.

Wie kann Aufsuchende Jugendsozialarbeit gelingen, wenn Kontaktbeschränkungen gelten und der Zugang zur Straße eingeschränkt oder unmöglich ist? ELVIRA BERNDT präsentiert ab S. 44 „kreative Methoden in einer außergewöhnlichen Situation“ aus dem Handlungsfeld Straßensozialarbeit. Erfahrungen und Erkenntnisse aus Beratungsangeboten und Projekten der Jugendmigrationsdienste schildern TALIBE SÜZEN, ERZSÉBET LAJOS, DILVIN ŞAHIN und PETER WIDMANN – ebenfalls in der Rubrik *Praxis konkret* ab S. 48.

Wie geht es eigentlich jungen Menschen? In öffentlichen Debatten wurden sie insbesondere zum Beginn der Pandemie auf ihre Rolle als Schüler_innen und Student_innen reduziert. In den Medien wurde während des „XXL Lockdowns“ über den Frust einer „Lost Generation Corona“ berichtet und Jugendliche wurden nicht selten als Menschen dargestellt, die lediglich „Randale im Kopf“ haben und sich den „Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie“ auf illegalen „Coronapartys“ widersetzen. Die Beiträge der Autorinnen ANNE BERNGRUBER & NORA GAUPP (ab S. 4) und ANNA LIPS & TANJA RUSACK (ab S. 10) erlauben mit ihren Studienergebnissen einen präziseren Einblick in die Lebenswelten junger Menschen. Den Übergang in eine Ausbildung – eine für viele junge Menschen zentrale Umbruchphase – während der Coronapandemie beleuchtet mit Fokus auf benachteiligte Jugendliche M. TUAN NGUYEN ab S. 15. Fragt man die Jugendlichen direkt, wird deutlich: Viele von ihnen haben nicht das Gefühl, ernst oder gar wahrgenommen zu werden.

Eine Gruppe von Jugendlichen, die sich Gehör verschaffen möchte, hat sich im Projekt „Gemeinsam Stark Ortenau“ zusammengefunden. Sie erzählen im Interview mit MARC GRUBE ab S. 40, was sie zu ihrem politischen Engagement bewegt und wie sie versuchen „trotz Corona“ ihre Motivation nicht zu verlieren. ALISSA SCHREIBER berichtet ab S. 36 *vor Ort* von der Situation beim Jugendwohnen.

Die wohl größte Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes gewinnt Ende 2020 an Fahrt. CHRISTINE LOHN & MARION VON ZUR GATHEN zeichnen in der *Nachlese* den Reformprozess und die Folgen für das Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit ab S. 56 kritisch nach.

Die Auswirkungen der Pandemie werfen das Scheinwerferlicht auf bereits bekannte und bislang verborgene Missstände. Eine Krise auch als Chance für Neues zu begreifen – das könnte die Jugendsozialarbeit für sich und ihre Zielgruppen leisten: Beispiele nennen FRIEDERIKE SILLER & VALENTIN FRANGEN für Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung (ab S. 30) und ALEXANDRA HEPP & ANNA LENA RADEMAKER für eine lebensweltorientierte Gesundheitsförderung in Schule (ab S. 19).

Die 25. Ausgabe der DREIZEHN erscheint druckfrisch zum 17. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – jetzt!“. Wir wünschen Ihnen und uns dazu einen intensiven und bereichernden Austausch – auch über die besonderen Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit und ihre Zielgruppen in Zeiten der Coronapandemie.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre! Bleiben Sie gesund.

Ihre

Angela Werner

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit 2020-2021



jugendsozialarbeit.de



Inhalt

DIE ANALYSE

Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen in Zeiten von Corona Ergebnisse aus dem Corona-Add-on zur AID:A-Studie	Anne Berngruber & Nora Gaupp 4
Beteiligungsformen und Übergangsgestaltung während der Coronapandemie Perspektiven von jungen Menschen (Ergebnisse der JuCo-Studien)	Anna Lips & Tanja Rusack 10
Der Übergang von Schule in Ausbildung in Zeiten der Coronapandemie Herausforderungen für Jugendliche in benachteiligten Lebenslagen	M. Tuan Nguyen 15
Lebensweltorientierte Gesundheitsförderung bildungsbenachteiligter junger Menschen Analoge und digitale Chancen für die Schulsozialarbeit	Alexandra Hepp & Anna Lena Rademaker 19
Konsequenzen der Coronapandemie für die Fachkräfte der Sozialen Arbeit Folgen für die Zielgruppe?	Nikolaus Meyer, Sebastian Franz, Elke Alsago & Christina Buschle 25

KONTRAPUNKT

PRO UND KONTRA ZUR DIGITALISIERUNG Chancen für die Jugendsozialarbeit in einer digital geprägten Gesellschaft Hürden auf dem Weg der Digitalisierung der Jugendsozialarbeit	Friederike Siller 30 Valentin Frangen 33
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------

VOR ORT

Krisenmanagement im sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnen Zwischen Hygienekonzepten, Homeschooling und politischem Verschiebepark	Alissa Schreiber 36
Das Projekt Gemeinsam Stark Ortenau Wie Jugendliche sich politisch engagieren und die Herausforderungen der Pandemie meistern	Marc Grube 40

PRAXIS KONKRET

Straßensozialarbeit mit Jugendlichen in Zeiten der Pandemie Kreative Methoden in einer außergewöhnlichen Situation	Elvira Berndt 44
Jugendmigrationsdienste und Auswirkungen der Pandemie Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt	Talibe Süzen, Erzsébet Lajos, Dilvin Şahin & Peter Widmann 48

DER KOMMENTAR

Wie #dauerhaftsystem(ir)-relevant ist Soziale Arbeit?	Eva Berg 52
-------------------------------------------------------	-------------------

DIE NACHLESE

Was lange währt, wird gut!? Die Jugendsozialarbeit im Reformprozess zum SGB VIII	Christine Lohn & Marion von zur Gathen 56
-------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------



Die Analyse

LEBENSWELTEN UND ERFAHRUNGEN JUNGER MENSCHEN IN ZEITEN VON CORONA

Ergebnisse aus dem **Corona-Add-on** zur **AID:A-Studie**

von ANNE BERNGRUBER & NORA GAUPP

In öffentlichen Debatten zur Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen während der Coronapandemie werden junge Menschen häufig auf die Rolle als Schülerinnen, Schüler und Studierende reduziert und andere Aspekte ihres Lebens bleiben außen vor. Dieser Beitrag gibt Einblicke in verschiedene Aspekte der Erfahrungen und Lebenswelten junger Menschen.

„Lost Generation“? – Der verkürzte Blick auf junge Menschen während der Coronapandemie

Insbesondere zu Beginn der Pandemie waren die Lebenslagen und das Wohlbefinden Jugendlicher und junger Erwachsener kaum Thema in fachlichen wie öffentlichen Debatten. Die Alltags- und Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen wurde zunächst häufig unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Eltern thematisiert. Als individuelle junge Menschen standen Jugendliche vor allem dann im Scheinwerferlicht, wenn es um mögliche Regelverstöße während der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 ging. Daneben wurden junge Menschen selbst vorwiegend als Teilnehmende von Bildung adressiert: Vor allem Fragen nach Gelingensbedingungen des Home-Schoolings, der Umstellung von Präsenz- auf Online-Unterricht, Regelungen bezüglich des Klassenübertritts, Risiken für Abschlussprüfungen sowie einer möglichen Verstärkung von Bildungsungleichheiten waren und sind weiterhin von zentraler Bedeutung (vgl. z. B. HURRELMANN & DOHMEN 2020). Schnell wurden die Gruppe der Schüler_innen pauschal als „Lost Generation“ betitelt. Durch solch verkürzte Diskurse werden junge Menschen allerdings auf die Rolle als Schüler_innen und Studierende reduziert und andere Aspekte ihres Lebens bleiben außen vor (siehe auch ANDRESEN et al. 2020).

In diesem Zusammenhang forderte daher u. a. die Jugendpolitik dazu auf, die Lebensphase Jugend auch in Zeiten der Coronapandemie nicht allein unter der Qualifizierungsperspektive zu betrachten, sondern Jugendlichen Freiräume für die in dieser Phase zentralen Herausforderungen der Selbstpositionierung und Verselbstständigung zu ermöglichen.

AID:A 2019

Der Survey *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten* – kurz: AID:A – des *Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI)* liefert seit zehn Jahren Informationen zu alltäglichen Lebensbedingungen und Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien in Deutschland und wurde 2019 zum dritten Mal durchgeführt. Bei dieser standardisierten Befragung werden bundesweit in mehr als 6.000 Haushalten Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern von Minderjährigen befragt.

 www.dji.de/aida2019

Zudem sei es notwendig, nicht allein über Jugendliche zu sprechen, sondern auch mit ihnen und sie selbst zu fragen (vgl. z. B. AGJ 2020).

Der folgende Beitrag versucht daher, verschiedene Aspekte der Erfahrungen und Lebenswelten Jugendlicher und junger Erwachsener während der Coronapandemie aufzugreifen und zu beschreiben. Hierzu werden vier Themenfelder in den Fokus genommen: Der erste Schwerpunkt soll darauf liegen, bei welchen Personen junge Menschen im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 Rat und Unterstützung gesucht haben und in welcher Form sie sich selbst für andere engagiert und diese unterstützt haben. Zweitens sollen Veränderungen im Freizeitverhalten und drittens in der geäußerten Zufriedenheit in zentralen Lebensbereichen vor und während Corona untersucht werden. Als Viertes wird ein Blick auf die aktuell größte Herausforderung im Kontext von Corona geworfen.

Als Grundlage für die empirischen Analysen stehen Daten der Studie AID:A – *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten* zur Verfügung (vgl. KUGER et al. 2020) zur Verfügung. Im Rahmen der Studie wurden von August bis November 2020 insgesamt 867 Personen im Alter zwischen 12 und 32 Jahren anhand einer kurzen Zwischenbefragung in Form eines Add-ons zur Coronapandemie und deren Folgen befragt, die bereits an der Haupterhebung im Jahr 2019 teilgenommen haben. Inhalt des Kurzfragebogens war die Lebenssituation während der Coronapandemie. AID:A bietet durch die beiden Erhebungen in den Jahren 2019 und 2020 somit die Möglichkeit, zumindest für einen Teil junger Menschen Veränderungen in ihrer Lebenssituation vor und während der Coronapandemie zu analysieren (für weiterführende Analysen siehe auch BERNGRUBER & GAUPP, i. E.).

1. Hilfe suchen und Hilfe leisten

Das gezeichnete Bild junger Menschen während der Pandemie war in öffentlichen Debatten häufig ein recht einseitiges: So wurden junge Menschen häufig als diejenigen dargestellt, denen das „Feiern und Party machen“ über alles gehe, die sich nicht an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie halten würden und denen es an Sensibilität für die Schutzbedürftigkeit anderer mangle. Eine Thematisierung Jugendlicher mit ihren eigenen Unterstützungsbedarfen und in ihrem Beitrag zur Bewältigung der Coronapandemie fand kaum statt. Dieses Bild wird allerdings durch die Befunde der Corona-Befragung relativiert. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 12 und 32 Jahren wurden gefragt, bei welchen Personen sie in der Zeit der starken Beschränkungen auf Grund von Corona im Zeitraum von Mitte März bis Ende April in schwierigen Situationen Rat und Unterstützung gesucht haben.

Wo finden junge Menschen Rat und wo geben sie ihren Mitmenschen Unterstützung?

Abb. 1: Rat und Unterstützung gesucht – nach Altersgruppen (in %)



Abbildung 1 zeigt differenziert nach Altersgruppen die Anteile für sechs Personengruppen. Insgesamt zeigt sich, dass in schwierigen Situationen den Eltern eine hohe Bedeutung zukam: In der jüngsten Altersgruppe nannten die Befragten diese am häufigsten, mit zunehmendem Alter wurden sie seltener zu Rate gezogen. Freund_innen waren für junge Menschen als Gesprächspartner_innen in vergleichbarem Ausmaß wichtig, wobei sich hier kaum ein Unterschied in den Altersgruppen findet.

Mit zunehmendem Alter wurden auch die_der eigene Partner_in relevant: Während ein Drittel der 12- bis 16-Jährigen die_den feste_n Freund_in benannte, waren es bei der ältesten Gruppe der 27- bis 32-Jährigen zwei Drittel. Geschwister waren über alle Altersgruppen hinweg insgesamt von geringerer Bedeutung. Am häufigsten (43 %) wurden sie in der Altersgruppe von 17 bis 21 Jahren genannt; in den anderen Altersgruppen zu je etwa einem Drittel. Etwa ein Sechstel der jungen Menschen aller Altersgruppen hat sich in schwierigen Situationen an die Großeltern gewandt. Personen aus professionellen Kontexten (wie Schulen, Beratungsstellen, Medizin oder religiösen Gemeinden) wurden in dieser Zeit von gut einem Viertel der 12- bis 16-Jährigen sowie der 17- bis 21-Jährigen um Rat und Unterstützung gefragt, wobei es sich hier vor allem um Schüler_innen handelte, die sich an ihre Lehrkräfte gewandt hatten.

Junge Menschen engagieren sich vielfältig für andere

Wie die Ergebnisse aus dem Corona-Add-on zu AID:A auch zeigen, haben junge Menschen im ersten Lockdown nicht nur Rat und Unterstützung gesucht, sondern sich auch auf vielfältige Art und Weise in dieser Zeit für andere engagiert. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurden danach gefragt, ob sie alltagspraktische Hilfe (Einkaufen gehen, Support in Technikfragen) oder emotionale Hilfe (Zuhören und bei persönlichen Problemen helfen) geleistet haben. Insgesamt benannten 85 % der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mindestens eine dieser Unterstützungs- und Beteiligungsformen. Studierende haben dabei am häufigsten (97 %) mindestens eine Form von Unterstützung geleistet (Schüler_innen: 83 %, Auszubildende: 84 %, Erwerbstätige: 81 %).

Abb. 2: Hilfe für andere nach Altersgruppen (Angaben der Zustimmung in %)

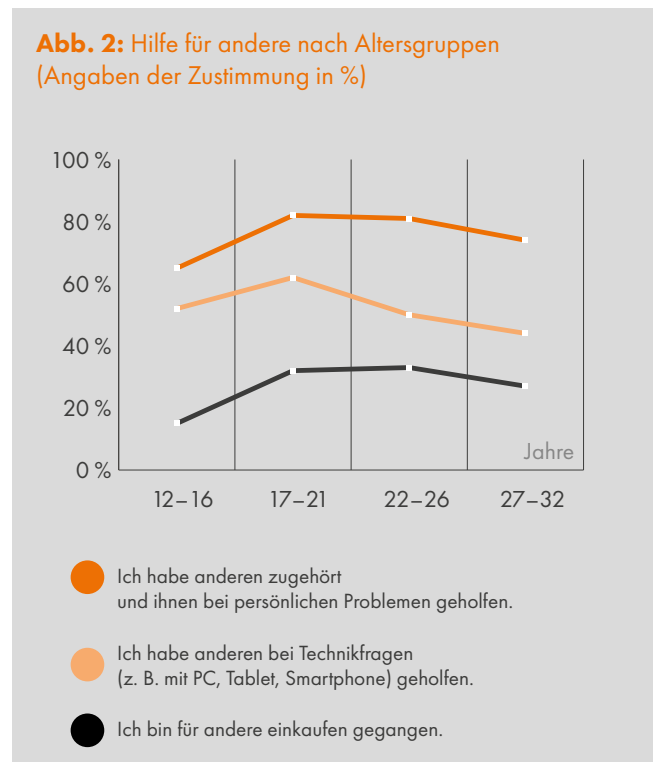


Abbildung 2 zeigt die Anteile der drei Formen des Engagements bzw. der lebenspraktischen sowie emotionalen Hilfe im sozialen Umfeld der jungen Menschen. Die höchsten Ausprägungen finden sich bei den Antworten zu „Ich habe anderen zugehört und ihnen bei persönlichen Problemen geholfen“. Bei den jüngsten Befragten der 12- bis 16-Jährigen bejahen knapp zwei Drittel diese Frage, bei den älteren Altersgruppen sind es ca. acht von zehn Befragten. An zweiter Stelle kommt technische Hilfe im Umgang mit PC, Tablet oder Smartphone: Hier war bei den 17- bis 21-Jährigen der Anteil im Vergleich zu den anderen befragten Altersgruppen mit 62 % am höchsten. Das Erledigen von Einkäufen war in allen befragten Altersgruppen

Mediale Freizeitaktivitäten stehen vor und während der Coronapandemie mit Abstand an oberster Stelle.

weniger verbreitet. Von den ab 17-Jährigen gibt je etwa ein Drittel an, sich in dieser Form für andere engagiert zu haben, bei den 12- bis 16-Jährigen liegt der Anteil deutlich niedriger.

2. Freizeitaktivitäten vor und während Corona

Wie Jugendliche und junge Erwachsene ihre freie Zeit verbringen und ob sich Veränderungen in der Häufigkeit der ausgeübten Freizeitaktivitäten vor und während Corona ergeben, ist Thema des folgenden Abschnitts. Abbildung 3 zeigt eine breite Vielfalt an Freizeitaktivitäten. Hierzu liegen neben Daten aus dem Corona-Add-on mit AID:A auch Angaben aus der Haupterhebung 2019 vor. Insgesamt zeigen sich über alle Aktivitäten hinweg im Zeitvergleich relativ geringe Veränderungen, wobei vereinzelt Aspekten im Folgenden besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

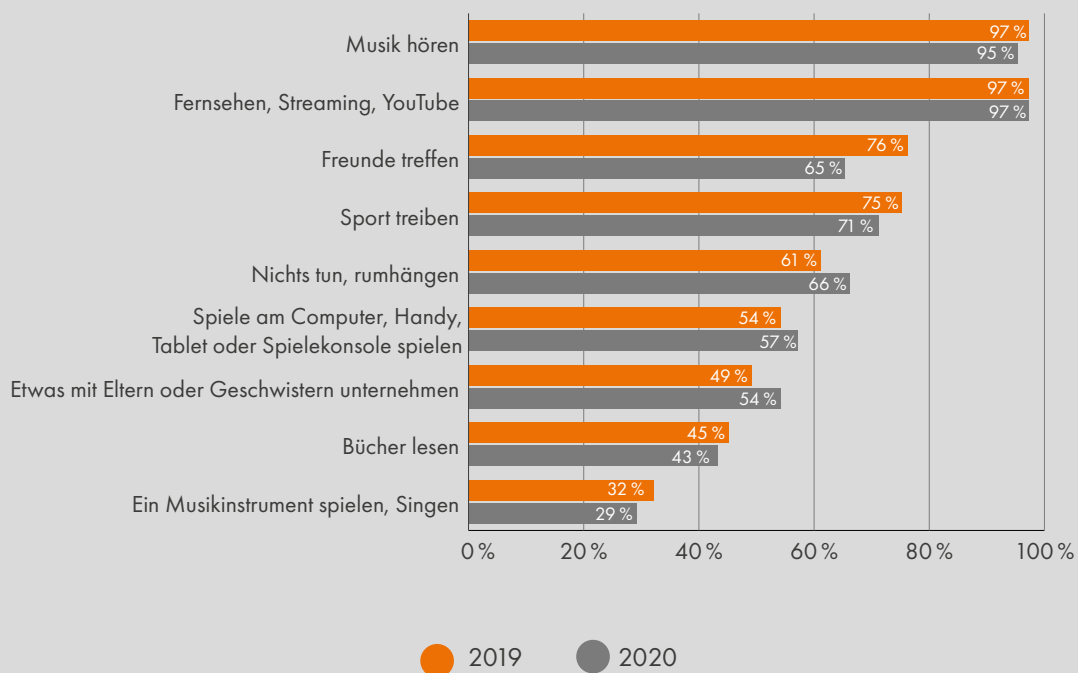
Betrachtet man die Anteile derjenigen, die mindestens ein- bis zweimal die Woche bestimmten Freizeitaktivitäten nachgehen, so stehen mediale Freizeitaktivitäten mit Abstand an oberster Stelle. Musikhören findet häufig parallel zu anderen Alltagspraxen statt, daher verwundert es nicht, wenn dieser Aktivität fast alle jungen Menschen nachgehen. Genauso verhält es sich mit Fernsehen und der Nutzung von Streamingdiensten sowie YouTube. Hier hat sich vor und während Corona nicht viel geändert.

Es wird allerdings deutlich, dass es jungen Menschen durch die Kontaktbeschränkungen nicht mehr uneingeschränkt möglich war, Zeit mit Freund_innen zu verbringen und diese deutlich abgenommen hat: Während im Jahr 2019 noch drei Viertel der jungen Menschen mindestens ein- bis zweimal pro Woche Freund_innen getroffen hatten, sind es 2020 nur noch knapp zwei Drittel. Hier zeigen sich die auffälligsten Veränderungen über die beiden Erhebungszeitpunkte hinweg. Durch Corona hat zudem eine Verlagerung der Zeit in die eigene Familie hinein stattgefunden. In der Tendenz unternehmen junge Menschen häufiger etwas mit ihren Eltern oder Geschwistern. Auch geben junge Menschen etwas häufiger an, nichts zu tun bzw. rumzuhängen. Insgesamt zeigt sich für die Zeit nach dem ersten Lockdown, dass junge Menschen nicht signifikant häufiger am Computer, Handy, Tablet oder Spielkonsole spielen.

3. Zufriedenheit in bestimmten Lebensbereichen

Entgegen der Vermutung, dass vor allem ältere Menschen von den sozialen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen in besonderer Weise innerlich betroffen sind, zeichnet sich nach und nach ab, dass auch Jüngere häufig psychisch mit der Begrenzung sozialer Kontakte zu kämpfen haben (z. B. ENTRINGER & KRÖGER 2020, S. 3). Neben dem Treffen mit Freund_innen waren und sind auch andere Aspekte jugendlichen Alltags eingeschränkt.

Abb. 3: Veränderungen in der Häufigkeit von Freizeitaktivitäten vor und während der Coronapandemie (in %)



„Viele der zur Eindämmung der Coronapandemie getroffenen Regelungen stehen in einem diametralen Gegensatz zu den Charakteristika der Jugendphase.“

Fazit

Der Alltag hat sich im Frühjahr 2020 für viele radikal verändert: Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, die Schließung von Schulen, Gastronomie, Freizeitangeboten und Geschäften waren für alle eine erstmalige gesellschaftliche Erfahrung. Für Jugendliche und junge Erwachsene stellte diese Situation eine spezifische Herausforderung dar – dies gilt selbstverständlich in vergleichbarer Weise auch für Kinder oder Ältere. Wird die Jugendphase als die Zeit im Leben betrachtet, in der sich junge Menschen ausprobieren, Neues erkunden, neue Beziehungen eingehen, in der sich Lebenskontexte und Mobilität erweitern, so stehen viele der zur Eindämmung der Coronapandemie getroffenen Regelungen in einem diametralen Gegensatz zu diesen Charakteristika der Jugendphase.

”

Was ist deine aktuell größte Herausforderung?

„Mein Erasmus wurde z. B. abgesagt und jetzt muss ich mir für diese Zeit etwas anderes überlegen.“
(Junge Erwachsene, 24 Jahre)

„Eine feste Alltagsroutine zu finden, um produktiv zu sein, früher schlafen zu gehen und wieder mehr Disziplin zu erlangen.“
(Jugendlicher, 18 Jahre)

„Eingeschränkt zu sein und Unsicherheit. Dass man nur wenig unternehmen oder auch kaum Urlaub machen kann, was man aber dringend benötigt nach dem Stress und Chaos im letzten Semester.“
(Junge Erwachsene, 24 Jahre)

„Und die Gefahr, andere unwissentlich anzustecken oder im schlimmsten Fall jemanden aus der Familie zu verlieren.“
(Junge Erwachsene, 24 Jahre)

„Psychische Probleme bei Familienangehörigen, welche durch Corona etc. massiv verstärkt wurden.“
(Junge Erwachsene, 32 Jahre)

“

Die dargestellten Ergebnisse aus der Corona-Befragung des DJI-Survey AID:A beleuchten dabei einige markante Befunde; zwei Aspekte seien im Folgenden nochmals betont:

Zum einen zeigen sich Anzeichen für eine mögliche Re-Familialisierung des Alltags von jungen Menschen. So stieg etwa die mit Familienmitgliedern verbrachte Zeit im Vergleich zum Jahr davor und Eltern waren nicht nur für die Jüngeren die primären Ansprechpersonen bei persönlichen Sorgen. Für Jugendliche ist diese Entwicklung ambivalent: Auf der einen Seite kann die Familie ein wichtiger Ort von Unterstützung und Sicherheit darstellen. Gleichzeitig nimmt die in der Familie verbrachte Zeit im Jugendalter typischerweise ab, die „Eroberung“ außerfamiliärer Räume nimmt zu und es entstehen neue Sozialräume unter Peers. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Ausmaß sich die Tendenz einer Re-Familialisierung fortsetzt und wie junge Menschen diese im Rückblick bewerten werden.

Zum zweiten wurden Kontakte mit Gleichaltrigen eingeschränkt oder zumindest kompliziert: Typische Orte des Zusammenseins mit Peers (wie Schule, Freizeiteinrichtungen, Angebote der Jugendarbeit) waren im Frühjahr nicht oder nur begrenzt zugänglich. Unter der Prämisse von Peers als wesentliche Sozialisationsinstanz im Jugendalter besteht die Gefahr, dass wichtige jugendtypische Erfahrungen (wie z. B. das Übernachten bei Freund_innen, der gemeinsame Aufenthalt im öffentlichen Raum, gemeinsame sportliche oder kulturelle Aktivitäten) nicht in gewohnter Weise und nicht im notwendigen Maß möglich sind. Wichtige Herausforderungen des Jugendalters wie Selbstpositionierung und Verselbstständigung erfolgen so unter erschwerten Bedingungen. Auch hier wird sich erst im Rückblick zeigen, welche Bedeutung die Coronapandemie auf das Erwachsenwerden junger Menschen insgesamt haben wird. //

Die Autorinnen:

Dr. ANNE BERNGRUBER ist Wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe *Lebenslagen und Lebensführung* am *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) in München.
✉ berngruber@dji.de

Dr. NORA GAUPP ist Leiterin der Fachgruppe *Lebenslagen und Lebensführung* Jugendlicher am *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) in München.
✉ gaupp@dji.de



Das Literatur- und Abbildungsverzeichnis finden Sie auf jugendsozialarbeit.de/dreizehn25

BETEILIGUNGSFORMEN UND ÜBERGANGSGESTALTUNG WÄHREND DER CORONAPANDEMIE

Perspektiven von jungen Menschen
(Ergebnisse der **JuCo-Studien**)

von ANNA LIPS und TANJA RUSACK

Mit Beginn der Coronapandemie waren junge Menschen weitgehend aus dem öffentlichen und politischen Diskurs verschwunden und es wurde und wird über sie vor allem als Schüler_innen oder Regelbrecher_innen, später auch als besonders Leidtragende in der Krise gesprochen. Ein Gespräch mit ihnen – über ihre Bedürfnisse, ihr Erleben, ihre Erfahrungen und Perspektiven – fand zunächst nicht statt. Daher hat der *Forschungsverbund Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit* zwei quantitative Studien *Jugend und Corona* (JuCo-1 und JuCo-2) initiiert, um die Perspektiven von 15- bis 30-jährigen jungen Menschen in den Blick zu nehmen. In diesem Beitrag stellen wir Ergebnisse der Studien mit Fokus auf Möglichkeiten der Beteiligung sowie der Übergangsgestaltung als Kernbereiche des Jugendalters dar.

65 % der befragten jungen Menschen geben an, dass ihre Sorgen von der Politik nicht gehört werden.

Den Perspektiven junger Menschen Raum geben – die Studien „Jugend und Corona“

Bereits die immensen Rücklaufzahlen, die die JuCo-Studien innerhalb sehr kurzer Zeit verzeichnen konnten, zeigen, wie hoch das Bedürfnis junger Menschen in Zeiten der Pandemie ist, gehört und beteiligt zu werden. So nahmen an JuCo-1 über 5.500 und an JuCo-2 rund 7.000 junge Menschen teil. Der Altersdurchschnitt lag jeweils bei ca. 19 Jahren. Der Anteil der Schüler_innen hat sich von JuCo-1 (56,6 %) zu JuCo-2 (etwa 40 %) etwas reduziert, während der Anteil der Studierenden sowie der Freiwilligendienstleistenden angestiegen ist. Mit JuCo-2 wurden prozentual etwas mehr Personen erreicht, die angaben, erwerbstätig zu sein (11,1 % zu 12,3 %) oder sich in Ausbildung zu befinden (7,2 % zu 7,6 %). Der Anteil der Arbeitssuchenden blieb beinahe identisch (1,6 % zu 1,7 %).

Die meisten Befragten von JuCo-1 verfügen über relativ hohe sozioökonomische und sozioemotionale Stabilitäten. So lebt der weitaus überwiegende Teil (89,1 %) in einem Haushalt, in dem es mindestens so viele Räume gibt wie Menschen, die dort leben.

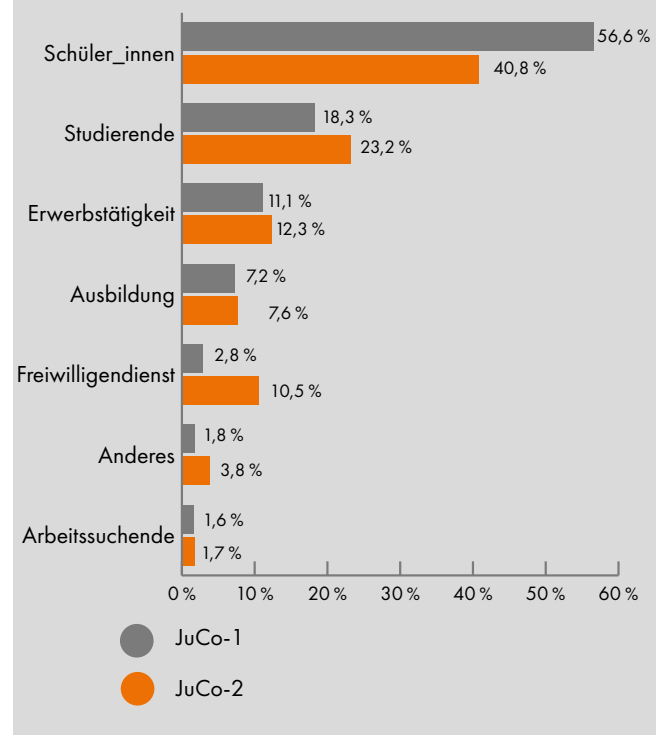
Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“

Der Forschungsverbund setzt sich zusammen aus dem Institut für Sozial- und Organisationspädagogik an der Stiftung Universität Hildesheim und dem Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main in Kooperation mit der Universität Bielefeld.

Weitere Informationen und alle Publikationen finden Sie online unter:

 <https://t1p.de/studien-corona>

Abb. 1: Aktuelle Beschäftigung der an den beiden JuCo-Studien teilnehmenden Jugendlichen



Auch berichten die Befragten insgesamt über ein hohes Sicherheitsempfinden zu Hause. Es kann also angenommen werden, dass es sich um ein sogenanntes „WEIRD-Sample“ handelt (White, Educated, Industrialized, Rich and Democratic; vgl. HENRICH / HEINE / NORENYAYAN 2010), obgleich ein Großteil der Befragten angibt, sich mindestens manchmal Sorgen um die eigene oder familiäre finanzielle Situation zu machen. Um die Bandbreite jugendlichen Lebens besser erfassen zu können, wurde der Fragebogen bei JuCo-2 in leichte Sprache übertragen. In der Tendenz zeigt sich jedoch, dass sich die sozioökonomische Zusammensetzung der erreichten jungen Menschen bei JuCo-1 und JuCo-2 recht ähnlich darstellt.

Das Gefühl, „gehört zu werden“

Hatten bereits im Frühjahr 2020 während JuCo-1 45 % der jungen Menschen das Gefühl, dass ihre Sorgen nicht gehört werden, hat sich dieser Eindruck im November 2020 sogar noch verstärkt: So stimmten hier 65 % der Befragten der Aussage „Die Sorgen von jungen Menschen werden in der Politik gehört“ gar nicht oder eher nicht zu. Danach gefragt, ob sie das Gefühl haben, junge Menschen könnten ihre eigenen Ideen in die Politik einbringen und politische Entscheidungen beeinflussen, stimmen jeweils lediglich etwas mehr als 15 % voll oder eher zu – gleichzeitig wünschten sich über die Hälfte der Befragten, grundsätzlich politisch mitbestimmen zu können.

Das Jugendalter ist geprägt von biographischen Umbrüchen und der Bewältigung von Übergängen.

Neben diesen Befunden weist auch die Nutzung des Freitextfeldes am Ende der Befragungen sehr deutlich auf das Bedürfnis der jungen Menschen hin, sich zu beteiligen und politisch zu positionieren. Bei JuCo-1 nutzten etwa 10 % der Befragten diese Möglichkeit, bei JuCo-2 stieg der Anteil auf 20 %.

Die Freitextfelder wurden von den jungen Menschen auch dazu genutzt, ihre aktuellen Sorgen näher zu beschreiben. Als ein besonders relevantes Thema mit Blick auf die eigene individuelle Lebensgestaltung kristallisierte sich das Thema „Umbrüche und Übergänge“ heraus, auf das im Folgenden näher eingegangen wird.

”

„Ich habe das Gefühl, dass die Politik zwar grundsätzlich einen guten Job macht, jedoch die Meinung von jungen Menschen gar nicht berücksichtigt wird. Und damit meine ich, dass wir meines Erachtens verantwortungsvoller mit der Situation umgehen, als es manch ein Erwachsener tut.“

(Freitextantwort, JuCo-1)

„Ich stelle mir oft die Frage, warum ich mich an die Corona-Regeln halte und vorerkrankte und ältere Menschen schütze, wenn es mir dadurch psychisch schlechter geht und die Politik nichts gegen meine Situation unternimmt ... mir nicht mal zuhört und mich an Entscheidungen, die uns Kinder und Jugendliche betreffen, nicht beteiligt.“

(Freitextantwort, JuCo-2)

“

Viele der jungen Menschen befinden sich aktuell oder in naher Zukunft in „klassischen“ Übergangskonstellationen – sie stehen kurz vor ihren Abschlussprüfungen, verlassen die Schule, sind auf der Suche nach einem Job oder Ausbildungsplatz, nehmen einen Freiwilligendienst auf, und sind nicht selten im Zuge der Pandemie gezwungen, ihre Pläne kurzfristig zu ändern. Dass das Thema Übergänge für junge Menschen auch schon vor der Pandemie von hoher Relevanz und mit vielfältigen Sorgen und Ängsten besetzt war, zeigen unterschiedliche Jugendstudien (vgl. CALMBACH et al. 2020; SCHRÖER / STAUBER / WALTHER / BÖHNISCH 2013). Auch die Freitextantworten aus JuCo-1 und unterschiedlichen Workshopformaten mit jungen Menschen im Anschluss an die Befragung weisen

darauf hin, dass die Übergangsgestaltung ein relevantes Thema ist. Um dieser Relevanz gerecht zu werden, wurden in der JuCo-2-Studie Fragen zu Veränderungen in der Hauptbeschäftigung aufgenommen; dabei können die Teilnehmenden in drei Gruppe eingeteilt werden:

Gruppe 1: „Klassische“ Übergänge

Etwa ein Viertel (25,9 %) der Befragten gibt an, seit März 2020 die Schule oder eine Ausbildung abgeschlossen, eine Ausbildung/einen Job aufgenommen und/oder einen Freiwilligendienst/ein Praktikum begonnen und damit einen „klassischen“ Übergang erlebt zu haben.

Gruppe 2: Abbrüche, Verluste und andere Veränderungen

Ein recht hoher Anteil von 14,1 % der Befragten berichtet zudem von anderen Veränderungen, dem Wechsel des Arbeitsplatzes, dem Abbruch einer Schule, eines Studiums oder einer Ausbildung und/oder dem Verlust eines Ausbildungsplatzes oder Jobs.

Gruppe 3: Keine Veränderung in der Hauptbeschäftigung

Dass damit insgesamt 40 % der Befragten im Zeitraum zwischen März und November 2020 eine Veränderung ihrer Hauptbeschäftigung angeben, zeigt deutlich, wie sehr das Jugend- und junge Erwachsenenalter von biografischen Umbrüchen geprägt ist, die insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Unsicherheiten langfristig Einfluss auf die Möglichkeiten und Perspektiven der jungen Menschen haben können.

Hinsichtlich des derzeitigen Wohlbefindens, Zukunftsängsten und aktuellen gesellschaftlichen wie finanziellen Sorgen lassen sich bei diesen drei Gruppen einige Unterschiede feststellen: So weist die Gruppe derjenigen, die seit März Abbrüche, Verluste und andere Veränderungen erlebt haben, signifikant niedrigere Zustimmungswerte dazu auf, sich aktuell wohlfühlen, als diejenigen, die „klassische“ Übergänge oder keine Veränderungen erlebt haben. Auch fühlen diese Befragten sich seit Corona psychisch besonders belastet (vgl. Abbildung 2 auf S. 13). Die Ergebnisse zeigen weiter, dass die Befragten der Gruppe sich mehr Sorgen darüber machen, was aktuell in Deutschland passiert und mehr Angst vor der eigenen Zukunft haben (vgl. ebd.).

Auch mit Blick auf familiäre wie persönliche Geldsorgen zeigen sich kleinere signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen: Diejenigen, die den Wechsel des Arbeitsplatzes, den Abbruch einer Schullaufbahn, eines Studiums oder einer Ausbildung, den Verlust eines Ausbildungsplatzes oder Jobs erlebt haben, haben sich auch schon vor der Pandemie öfter darüber Sorgen gemacht, wie viel Geld ihre Familie oder sie selbst zur Verfügung haben. Auch stimmen über 40 % dieser Befragten der

„Junge Menschen sind in Krisenzeiten besonderen Risiken in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft ausgesetzt.“

Abb. 2: Wohlbefinden, psychische Belastung, Sorgen und Ängste

„Klassische“ Übergänge	Ø	3,12	3,05	3,85	3,28
Abbrüche, Verluste und andere Veränderungen	Ø	2,85	3,25	3,92	3,33
Keine Veränderungen in der Beschäftigung	Ø	3,10	3,03	3,81	3,17
Insgesamt	Ø	3,07	3,07	3,83	3,22

Ergebnisse aus JuCo-2: Mittelwerte.

Skala von 1 („stimme gar nicht zu“) bis 5 („stimme voll zu“). Übergänge seit März 2020.

- Ich fühle mich wohl.
- Ich fühle mich seit Corona psychisch besonders belastet.
- Ich mache mir Sorgen über das, was aktuell in Deutschland passiert.
- Ich habe Angst vor meiner Zukunft.

Aussage zu, sich seit der Pandemie öfter Sorgen zu machen, wie viel Geld die eigene Familie (40,6 %) bzw. sie selbst (46,1 %) zur Verfügung haben. In den anderen Gruppen liegen diese Werte zwischen 30 % und 35 %.

Dies spiegelt sich dann auch in der aktuellen Lebenszufriedenheit der Befragten, die auf einer Skala von 0 („total unzufrieden“) bis 10 („100%ig zufrieden“) erfasst wurde. So lassen sich zwischen denen, die keine Veränderung der Hauptbeschäftigung erlebt haben (M=5,80), und jenen, für die sich seit März 2020 „klassische“ Übergänge ereignet haben (M=5,85), keine statistisch signifikanten Unterschiede finden, während die selbst eingeschätzte Lebenszufriedenheit derer, die Abbrüche, Verluste und andere Veränderungen erlebt haben, im Mittel (M=5,44) signifikant niedriger liegt.

Dass diejenigen, die seit Beginn der Coronapandemie einen schulischen oder beruflichen Wechsel oder Abbruch erlebt haben, verstärkt von Sorgen und Ängsten berichten und sich weniger als andere wohl und mehr psychisch belastet fühlen, ist ein wenig verwunderliches, aber durchaus bedrückendes Ergebnis. Auch der mit 14,1 % recht hohe Anteil an jungen Menschen, die eine dieser Veränderung erlebt haben, verdeutlicht, wie viele junge Menschen sich aktuell in wenig stabilen bis unsicheren (beruflichen) Konstellationen bewegen. Hier wird es noch Jahre dauern, bis dieses wieder ausgeglichen werden kann.

Junge Menschen sind in Krisenzeiten besonderen Risiken in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft ausgesetzt. So sind sie beispielsweise häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und verdienen im Durchschnitt weniger als ältere Arbeitneh-

mer_innen (vgl. OECD 2020). Geht es nun um die Fragen von Ausgleich von Nachteilen aufgrund der Pandemie, so ist vorranglich darauf zu achten, dass junge Menschen bei Bildungszertifikaten und bei Fragen von beruflicher Positionierung nicht zusätzlich unter Druck geraten und sich die soziale Benachteiligung nicht weiter zu ihren Ungunsten verstärkt. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Kernherausforderungen des Jugendalters und biografischen Übergänge nur sehr schwer aufgeschoben und – quasi „nach Corona“ – nachholend erfüllt werden können. Es werden durch weggefallene und verschobene Praktika, Ausbildungsplätze oder Auslandsaufenthalte Leerstellen in den Lebensläufen junger Menschen bleiben, für deren Bearbeitung es schon jetzt einer gezielten politischen Strategie bedarf. Der Autor M. TUAN NGUYEN beleuchtet in dieser Ausgabe der DREIZEHN ab Seite 15 die Übergangphase in eine Ausbildung für benachteiligte Jugendliche.

Fazit

Die JuCo-Studien geben einen dezidierten Einblick in das Erleben junger Menschen während der Coronapandemie: Sie zeigen deutlich, dass junge Menschen besorgt sind, sie individuell betreffende sowie auch auf die gesellschaftlichen Entwicklungen bezogene Ängste haben und sich gleichzeitig nicht ausreichend gehört und beteiligt fühlen. Und die Ergebnisse zeigen auch, dass diejenigen, die in den letzten Monaten den Wechsel des Arbeitsplatzes, den Abbruch einer Schule, eines Studiums oder einer Ausbildung und/oder den Verlust eines Ausbildungsplatzes oder Jobs erlebt haben, besonders belastet sind.

Diese Befunde dürfen jedoch aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass vorschnell darüber diskutiert wird, ob die Coronapandemie zu einer prägenden (Negativ-)Erfahrung für eine ganze Generation junger Menschen werden könnte. Vielmehr gilt es, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten es gibt, damit junge Menschen die Zeit der Coronapandemie nicht als verloren ansehen werden.

Hierbei ist sicherlich in erster Linie die Politik gefragt, gemeinsam mit jungen Menschen (und nicht über sie hinweg!) eine systematische Jugendpolitik zu entwickeln, die den Herausforderungen des Jugend- und jungen Erwachsenenalters – insbesondere in Zeiten der Pandemie – begegnet. Daneben sind aber auch die einzelnen Institutionen dazu aufgefordert, die mit und für Jugendliche und junge Erwachsene arbeiten, sie begleiten und beraten, an ihren Bedarfen entlang Beteiligung vor Ort zu ermöglichen. Es sollte sich gefragt werden, inwieweit junge Menschen in der aktuellen Situation erreicht werden können und wo sie die Möglichkeit haben, innerhalb der Institutionen in ihrem Erleben gehört zu werden. Denn es zeigt sich, dass dort, wo Beteiligung strukturell verankert ist, diese zu einem wichtigen Bestandteil der Krisenbewältigung werden kann und muss. Dafür liegen anschauliche Beispiele in Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit¹ oder Jugendsozialarbeit² vor. //

Die Autorinnen:

ANNA LIPS ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für Sozial- und Organisationspädagogik* der *Universität Hildesheim*. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Jugend- und Beteiligungsforschung, Schutzkonzepte sowie Kinder- und Jugendhilfe.

✉ lipsan@uni-hildesheim.de

Dr. TANJA RUSACK ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für Sozial- und Organisationspädagogik* der *Universität Hildesheim*. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendschutz, Schutzkonzepte und Jugendsexualität.

✉ rusack@uni-hildesheim.de

Anmerkungen:

Alle Internetlinks zuletzt abgerufen am 1.05.2021

1 Beispiele finden sich unter: <https://www.offene-jugendarbeit.net/index.php/okja-in-corona-zeiten/okja-in-coronazeiten>

2 Ein Beispiel für die politische Beteiligung von Jugendlichen ist das Projekt *Gemeinsam Stark Ortenau*, über das MARC GRUBE in dieser Ausgabe der DREIZEHN ab Seite 40 berichtet. Weitere best-practice Beispiele der Jugendsozialarbeit finden sich unter:

<https://www.forum-transfer.de/handlungsfelder/jugendsozialarbeit/praxisbeispiele.html>



DER ÜBERGANG VON SCHULE IN AUSBILDUNG IN ZEITEN DER CORONAPANDEMIE

*Herausforderungen für Jugendliche
in benachteiligten Lebenslagen*

von M. TUAN NGUYEN

Für benachteiligte Jugendliche ist der Übergang von der Schule in die Ausbildung eine kritische Phase, die mit vielschichtigen Herausforderungen einhergeht sowie eine wesentliche Weichenstellung für die weitere Berufsbiografie darstellt. Ob ein Übergang in eine Berufsausbildung gelingt oder nicht, ist von ihrer individuellen Lebenslage sowie den damit verbundenen Ressourcen abhängig. Dieser Beitrag beleuchtet die Auswirkungen der Folgen der Coronapandemie auf die Erfolgchancen junger Menschen in benachteiligten Lebenslagen beim Übertritt in eine Ausbildung.

„73.700 junge Menschen waren 2019 bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ohne Erfolg.“

Ausbildung ist Armutsprävention

Eindeutige Daten über die Größe der Gruppe der benachteiligten Jugendlichen liegen bislang noch nicht vor. Im Wesentlichen sind die Gründe dafür in den unterschiedlichen Betrachtungsweisen auf die Zielgruppe und die daraus hervorgehenden verschiedenen Erhebungssystematiken zu finden (vgl. HOFMANN / LORENZ / POLTERMANN 2017, S. 8). In einem Positionspapier des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit (vgl. 2011, S. 1) wird die Gruppengröße integrationsgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener, die geringe Zukunftsaussichten auf ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben haben, mit 540.000 beziffert. Ihnen droht gleichzeitig ein erhöhtes Risiko, arbeitslos zu bleiben bzw. zu werden. Obwohl das Positionspapier im Jahr 2011 veröffentlicht wurde, hat es an Aktualität kaum eingebüßt: Nach einer Erhebung der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 wachsen in Deutschland 2,8 Millionen bzw. 21,1 % der Kinder und Jugendlichen in Armut auf oder sind davon gefährdet. Unter ihnen ist eine große Zahl von Heranwachsenden, die sich in der Phase des Übergangs von der Schule in eine Ausbildung befinden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020).

Laut dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hatten 2019 insgesamt 255.300 Heranwachsende keine Anschlussperspektive für ein Studium oder eine Ausbildung und besuchten Maßnahmen des Übergangsbereichs (vgl. BIBB 2020a, S. 10). Letztere sollen die Ausbildungschancen der Jugendlichen zum Beispiel durch intensive Berufsorientierung sowie ein Angebot für eine erste berufliche Qualifizierung verbessert. In diesen Maßnahmen können auch Schulabschlüsse nachgeholt werden. Die Programme führen jedoch zu keinem Berufsabschluss und können nicht auf eine spätere Berufsausbildung angerechnet werden. Es gibt die Kritik, dass der Übergangsbereich Warteschleifen bei den Jugendlichen erzeugt und keine wesentliche Verbesserung der Zugangschancen in eine Berufsausbildung bietet (vgl. BPB 2018).

73.700 junge Menschen waren im Jahr 2019 bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ohne Erfolg. Ohne einen qualifizierten Berufsabschluss drohen ihnen ein Leben am Existenzminimum und verminderte Teilhabechancen (vgl. BIBB 2020a, S. 9, 83). Eine qualifizierte Ausbildung ist daher unzweifelhaft eines der wichtigsten Instrumente zur Armutsprävention (vgl. PIEPER / SCHNEIDER / SCHRÖDER 2020, S. 26).

Unabhängig davon, welche Zahlen zur Grundlage genommen werden: Diese jungen Menschen befinden sich in einer sensiblen Phase der beruflichen Orientierung und sie sind durch ihre häufig schwierige Lebenslage beim erfolgreichen Übertritt ins Ausbildungsleben benachteiligt.

Wann ist man benachteiligt?

Jugendliche gelten als benachteiligt, wenn sie aufgrund ihrer Bildungsbiografie, prekärer Lebensumstände oder Familienverhältnisse und psychosozialer Defizite dem Risiko ausgesetzt sind, beruflich und gesellschaftlich exkludiert zu werden. Eine Benachteiligung liegt vor, wenn die altersgemäße gesellschaftliche Integration unterdurchschnittlich gelungen ist.

Bei genauer Betrachtung lässt sich zwischen *sozialen* und *individuellen* Aspekten von Benachteiligung unterscheiden: *Sozial benachteiligt* sind Heranwachsende, die aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kommen oder bei denen in Folge der familialen Sozialisation Mängel in den sozialen oder personalen Kompetenzen vorliegen.

Individuell benachteiligte Jugendliche leiden häufig unter physischen, psychischen oder psychosozialen Beeinträchtigungen. Im Speziellen gelten biografische Wendepunkte, kritische Ereignisse und Übergangsphasen wie etwa von Schule in Ausbildung als besondere Gefährdungsmomente. Es gilt, die Jugendlichen in diesen kritischen Phasen und schwierigen Lebenslagen aufzufangen und zu unterstützen (vgl. HOFMANN / LORENZ / POLTERMANN 2017, S. 8 f.).

Aspekte von Lebenslagen

Nach HINZ & ALLMENDINGER (1999) sollten Lebenslagen mit Blick auf die materielle und soziale Versorgung zusammen betrachtet werden. Bei diesem Ansatz geht es um Handlungsressourcen und die sich daraus ergebenden Handlungsspielräume von Personen. Es werden drei Aspekte von Lebenslagen differenziert:

1

Materielle Lebenslage

Materiell-ökonomische Ressourcen wie Einkommen, Arbeit und Beruf, Vermögen und Wohnen

2

Soziale Lebensformen und soziale Versorgung

Soziale Beziehungen, die Menschen als Ressourcen nutzen können.

3

Gesellschaftliche Beteiligung

Ausmaß, in dem gesellschaftliche Angebote im kulturellen und politischen Bereich erkannt und genutzt werden.

Soziale Lebensformen und soziale Versorgung beinhalten individuelle Lebenslagen, Netzwerkressourcen (etwa Familienform) und Bildungsteilnahme (vgl. HINZ & ALLMENDINGER 1999, S. 23).

Jugendlichen mit geringerer Formalbildung fehlen durch Wegfall von z. B. Praktika die Möglichkeiten, sich zu bewähren.

Organisationale, soziale und personale Ressourcen

Laut ENGRUBER & ULRICH (2014) sind es neben den institutionellen Rahmenbedingungen (Gesetze, Bestimmungen, Regeln und Erwartungen) insbesondere *organisationale, soziale* und *personale* Ressourcen, die dafür entscheidend sind, ob den Jugendlichen der Eintritt in eine Berufsausbildung zügig, später oder gar nicht gelingt.

Organisationale Ressourcen sind institutionalisierte Angebote, die den Übergang in eine Berufsausbildung gewähren oder unterstützen (wie etwa das Angebot an betrieblichen, außerbetrieblichen und schulischen Berufsausbildungsstellen sowie Maßnahmen im Übergangsbereich und das institutionelles Unterstützungsangebot in den allgemeinbildenden Schulen und Arbeitsagenturen wie Berufsorientierung und Berufsberatung). Zur *sozialen Ressource* zählt das soziale Netzwerk der Bewerber_innen (also z. B. Eltern, Angehörige, Bekannte und Freund_innen), auf deren Unterstützung die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche zurückgreifen können.

Zu den Merkmalen der *personalen Ressourcen* gehören neben schulischer Vorbildung auch Migrationshintergrund und Geschlecht. Darüber hinaus sind auch die sozialen und personalen Kompetenzen wichtig, wie beispielsweise ein positives Selbstkonzept sowie Problemlöse- und Kommunikationsfähigkeiten; individuelle Ressourcen, die den Jugendlichen den Zugang zu einer Ausbildungsstelle erleichtern (vgl. ENGRUBER & ULRICH 2014, S. 9 ff.)

Problematische Lebenslagen für benachteiligte Jugendliche

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus ab Frühjahr 2020 führten zu einer Verknappung dieser Ressourcen und einer Verstärkung der problematischen Lebenslagen für benachteiligte Jugendliche: Betriebe reduzierten aufgrund des wirtschaftlichen Rückgangs und der erschwerten Bedingungen beim Besetzungsprozess ihr Angebot an Praktikums- und Ausbildungsstellen. Zudem konnten Vorstellungsgespräche, Praktika und Ausbildungsmessen aufgrund der Kontaktbeschränkungen nicht wie gewohnt stattfinden oder mussten abgesagt werden (vgl. BELLMANN / FITZENBERGER / GLEISER et al. 2020).

Die Auswirkungen der Coronakrise haben zu einer tiefgreifenden Verunsicherung vor allem bei jungen Menschen mit niedrigeren Schulabschlüssen hinsichtlich ihrer Bildungs- und Beschäftigungschancen geführt: Laut einer Studie der *Bertelsmann Stiftung* haben 70 % von ihnen den Eindruck, dass sich

ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch Corona verschlechtert haben (vgl. BARLOVIC / ULLRICH / WIELAND 2020, S. 12). Ähnliche Ergebnisse zeigen auch die Auswertung der Studien „Jugend und Corona“: Junge Menschen, die sich in der Corona-Zeit in einer schulischen und beruflichen Übergangsphase befinden, empfinden diese Zeit als besonders belastend. Die Autorinnen ANNA LIPS und TANJA RUSACK stellen in dieser Ausgabe der DREIZEHN Ergebnisse der JuCo-Studien ab Seite 10 vor. Diese negative Einschätzung spiegelt sich in den Übertrittszahlen von Schule in Ausbildung wieder: In Hamburg beispielsweise gelang direkt nach dem Haupt- oder Realschulabschluss im Jahr 2020 für rund 36 % der Schulabgänger_innen von Stadtteil- oder Förderschulen der Übergang in die Ausbildung; das sind 3 % weniger als 2019 (vgl. HIBB 2020).

Trotz des von der Bundesregierung im Juli 2020 eingerichteten Förderprogramms zur Sicherung von Ausbildungsplätzen¹ ging das Ausbildungsangebot im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 um 50.700 auf 527.400 Ausbildungsplätze zurück, ein Rückgang um 8,8 % (vgl. BIBB 2020b; vgl. BMBF 2020).

Die Coronapandemie bringt tiefgreifende, strukturelle Defizite zum Vorschein

Der Rückgang von Ausbildungskapazitäten trifft insbesondere Kandidaten_innen mit niedriger Formalbildung, weil dadurch ein Verdrängungswettbewerb ausgelöst wird und die Erfolgchancen der schwächeren Bewerber_innen gemindert werden. Da Praktika und Probearbeiten nicht oder nur eingeschränkt möglich sind, haben Jugendliche mit geringerer Formalbildung keine Möglichkeit, diese durch praktische Einsätze und unmittelbaren persönlichen Kontakt mit den Unternehmen wettzumachen und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen (vgl. GROSSKURTH / LEX / LICHTWARDT / MÜLLER et al. 2015, S. 67).

Auch Unterstützungsangebote staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Natur, die besonders für Jugendliche mit schwächerem Schulabschluss und niedrigem Sozialstatus wichtig sind, können insbesondere während der Zeit der Lockdowns nur mit erheblichen Einschränkungen fortgesetzt werden. Darunter fallen etwa Berufsberatungsangebote der Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsvermittlungsangebote von Kammern sowie Bewerbungshilfen und Maßnahmen zur Ausbildungsintegration von Trägern. Auch wenn die Angebote zum Teil inzwischen wieder im Online-Videoformat zur Verfügung stehen, stellen die digitalen Zugangsvoraussetzungen für viele benachteiligte Jugendliche immer noch eine Hürde dar (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2021).

24 % der Heranwachsenden im Grundsicherungsbezug haben keinen internetfähigen PC im Haushalt.²

Denn sie und ihre Familien verfügen häufig nicht ausreichend über die erforderlichen finanziellen und materiellen Ressourcen. Ihre Eltern arbeiten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören deswegen zu der Gruppe, die als erste ihre Jobs verlieren oder nur vergleichsweise wenig beziehungsweise gar kein Kurzarbeitergeld erhalten. Zudem erhalten viele Familien staatliche Transferleistungen. Die Jugendlichen verfügen seltener über die notwendige technische Ausstattung und haben zum Teil auch keine Rückzugsräume zum ungestörten Recherchieren und Schreiben der Bewerbungen.

Die schwerwiegendsten Folgen für benachteiligte Heranwachsende im Übergang von der Schule in eine Ausbildung ergeben sich aus dem lang anhaltenden Unterrichtsausfall und Home-schooling: Je länger die Schulen geschlossen bleiben, desto mehr drohen Kinder aus benachteiligten Familien kognitiv abgehängt zu werden. Dieses hat zur Folge, dass die Heranwachsenden in ihrer Leistungsfähigkeit zurückfallen, im späteren schulischen Verlauf schlechtere Abschlüsse erlangen und so der Übergang in eine Ausbildung noch weiter erschwert wird (vgl. Spiegel Online 2020; vgl. Süddeutsche Zeitung Online 2020).

Nach ALLMENDINGER & LEIBFRIED (2003) führen Ungleichgewichte von Bildung und Bildungsarmut zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen, wie Ausschluss von normalen Integrationsformen wie Schule und dualem System der Berufsausbildung. Diese Defizite hinterlassen nachteilige Spuren im Generationenverband und werden zum Teil weitergegeben (vgl. ALLMENDINGER & LEIBFRIED 2003, S. 12).

Die Coronapandemie ist nicht die Ursache der prekären Situation, sondern sie wirkt wie ein Brennglas und bringt in dieser Ausnahmesituation die strukturellen Defizite nur stärker zum Vorschein.

Notwendige Veränderungen

Mit dem Fortschreiten der Pandemie werden Stimmen laut, die kurzfristige bis langfristige Veränderungen verlangen, um die Chancen von benachteiligten Jugendlichen beim Übergang von Schule in Ausbildung zu verbessern. Wenn das betriebliche Ausbildungsangebot dauerhaft nicht ausreicht oder „coronabedingt“ stark zurückgeht und junge Menschen, die nach einem langen Warte- und Bewerbungsprozess keine Ausbildungsstelle finden, sollten nachrangige, öffentlich geförderte Ausbildungsverhältnisse geschaffen werden.

Ein Vorschlag ist die Einführung einer staatlichen Ausbildungs-garantie nach dem Vorbild Österreichs mit *überbetrieblichen Ausbildungsplätzen* (ÜBA) für Jugendliche bis 25 Jahren, die nach vergeblicher Suche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz haben. Die ÜBA findet in der Regel zum großen Teil in Ausbildungseinrichtungen statt und wird durch Betriebsphasen ergänzt.

Da die geförderte Ausbildungsvergütung niedriger ist als bei der betrieblichen Ausbildung, besteht für die Teilnehmer_innen ein Anreiz, während der Ausbildungszeit in einen Ausbildungsbetrieb zu wechseln (vgl. BURKARD / EULER / HÄRLE / SEVERING 2020, S. 37; vgl. Österreichische Gewerkschaftsjugend).

Doch um langfristig über die Coronakrise hinaus eine positive Entwicklung für benachteiligte Jugendliche am Übergang von Schule in Ausbildung zu erreichen, erfordert es grundsätzlich neue sozial- und familienpolitische Konzepte. Um Teilhabe zu sichern und Armut zu vermeiden, sollten diese eine transparente, zugängliche finanzielle Leistung in Form eines Teilhabegeldes oder einer Grundsicherung für Kinder und Jugendliche beinhalten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020). Der *Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband* fordert daher eine grundlegende Reform des Bildungs- und Teilhabe-Paketes mittels eines konkreten Rechtsanspruchs auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen im Kinder- und Jugendhilferecht (vgl. PIEPER / SCHNEIDER / SCHRÖDER 2020, S. 28). //

Der Autor:

Dr. M. TUAN NGUYEN ist Professor an der *Hochschule der Bundesagentur für Arbeit* (HdBA) in Schwerin. Sein Fachgebiet ist die *Integration in Arbeit mit dem Schwerpunkt besondere Zielgruppen und Instrumente*.

✉ minh-tuan.nguyen@arbeitsagentur.de

Anmerkungen:

1 Die Bundesregierung stellt insgesamt 500 Millionen Euro für kleine und mittlere Unternehmen in den Jahren 2020 und 2021 zur Verfügung. Unternehmen bekommen eine Förderung, wenn sie von der Corona-Krise betroffen sind und dennoch ihre Ausbildungsaktivitäten in anerkannten Ausbildungsberufen fortführen oder erhöhen (vgl. BMBF 2020).

2 Vgl. Bertelsmann Stiftung (2020): Kinderarmut. Eine unbearbeitete Großbaustelle. Factsheet. Gütersloh. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/juli/kinderarmut-eine-unbearbeitete-grossbaustelle> [Zuletzt abgerufen am 1.05.2021]



LEBENSWELTORIENTIERTE GESUNDHEITSFÖRDERUNG BILDUNGSBENACHTEILIGTER JUNGER MENSCHEN

Analoge und **digitale** Chancen für die Schulsozialarbeit

VON ALEXANDRA HEPP & ANNA LENA RADEMAKER

Schulsozialarbeit im „Lockdown“ – aktuelle gesundheitsrelevante Herausforderungen

Die coronabedingten Schulschließungen in den Jahren 2020/21 haben auch die Schulsozialarbeit zwangsläufig in den Lockdown verbannt. Ihre gewöhnlich in Präsenzform angebotenen Maßnahmen zur Unterstützung und Beratung von Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen kamen abrupt zum Erliegen. Während sich für das schulische Lernen zu Hause schnell Ersatzlösungen und -bezeichnungen wie „Homeschooling“ oder „Schulisch angeleitetes Lernen zu Hause (SALzH)“ etablierten und öffentlich diskutiert wurden, war die Mehrheit der Schulsozialarbeiter_innen während der Coronakrise auf sich allein gestellt. Wenngleich die meisten damit flexibel und kreativ um-

gingen, war ihre Arbeits- und Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Gewohnte Tätigkeiten wie die Durchführung von Beratungsgesprächen mussten unter Einsatz persönlichen Improvisationstalents anderweitig kompensiert werden. Je nach Maß der individuellen Möglichkeiten wurden Kontakte aufrechterhalten, Pakete mit Lern- und Spielmaterialien geschnürt und an Schüler_innen verschickt, an neuen Konzepten für zukünftige Projekte gearbeitet oder es musste auf administrative „Ersatztätigkeiten“ ausgewichen werden.

Während die Digitalisierung der Schulen vom Bund mit 5,5 Milliarden Euro aus dem „DigitalPakt Schule“ und einem ergänzenden Sofortausstattungsprogramm von 500 Millionen Euro finanziell vorangetrieben wurde, blieb die Schulsozialarbeit auch in Bezug auf digitale Zugangswege und Beratungsalternativen unterversorgt. Dabei hätte in dieser für Schüler_innen und ihre Familien kritischen Lebensphase gerade die Schulsozialarbeit dringend eine datenschutzrechtlich abgesicherte, technische Infrastruktur benötigt, um Rufbereitschaften

außerhalb der Schule sicherzustellen und um außerschulische Unterstützungsnetzwerke zu errichten. Insbesondere da ihr im Lockdown die Anbindung an einzelne Schüler_innen in vielen Fällen verloren ging und damit auch die Sorgen und Ängste der Fachkräfte wuchsen, Kinder und Jugendliche im akuten Krisenfall nicht ausreichend unterstützen zu können.

Außerdem wurde es für viele Schulsozialarbeiter_innen zunehmend problematisch, mit einer gewissen Ohnmacht beobachten zu müssen, wie sehr die wochen- und monatelangen Schulschließungen, die massiven Kontaktbeschränkungen und stark reduzierten Freizeitbeschäftigungen Schüler_innen belasteten und sich negativ auf deren Gesundheit und Gesundheitsverhalten auswirkten. So beobachteten in dieser Zeit unterschiedliche Fachkräfte der DRK-Schulsozialarbeit bei vielen der Schüler_innen eine – zum Teil dramatische – Zuspitzung von Konzentrations- und Aufmerksamkeitsproblemen, Lernrückschritten sowie einer Zunahme von Adipositasfällen (infolge falscher Ernährungsweisen, Bewegungsmangels und übermäßigen Online-Verhaltens) und psychisch belastender Ängste vor schulischem Leistungsabfall sowie gesundheitlicher und sozialer Ängste.

Folgen der Coronapandemie auf die psychische Gesundheit von jungen Menschen

In der Zwischenzeit liegen Studien und Befragungen vor, die diese Beobachtungen aus der Praxis der Schulsozialarbeit bestätigen. Damit hat sich auch der gesamtgesellschaftliche und politische Blick auf die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen deutlich geschärft.

So kam u. a. die COPSY-Studie – analog zu Befunden ähnlicher Studien aus China, Indien, Italien und den USA – zu dem Ergebnis, dass sich die Lebensqualität und das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen pandemiebedingt verringert. Gleichzeitig stieg das Risiko für psychische Auffälligkeiten (wie etwa Hyperaktivität, emotionale Probleme und Verhaltensprobleme) von rund 18 % vor Corona auf 31 % während der Krise (vgl. RAVENS-SIEBERER et al. 2020, S. 828). Die Studie geht auch davon aus, dass insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche während der Pandemie vergleichsweise mehr depressive, Angst- und Stressreaktionen entwickelt haben.

Ein Befund, der sich Großteils mit den Ergebnissen der Online-Ärztebefragung „Homeschooling und Gesundheit 2020“ der pronova BKK (vgl. 2020) deckt: 44 % der insgesamt 150 befragten niedergelassenen Kinderärzt_innen aus Praxen mit einem tendenziell sozial schwächeren Patient_innenanteil berichteten über vergleichsweise mehr körperliche Beschwerden ihrer Patient_innen mit Beginn der Coronakrise (vgl. ebd., S. 16).

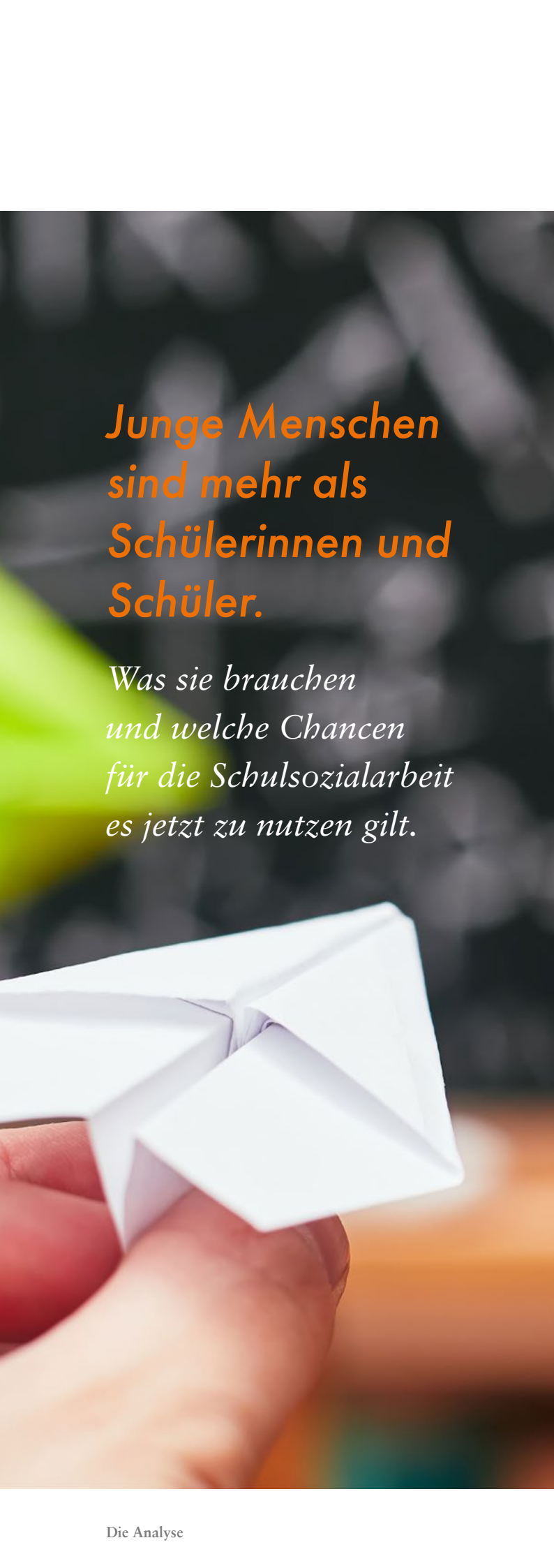
Symptomatisch äußerten sich diese überwiegend in Form von Schlafstörungen, Bauchschmerzen, Kopfschmerzen und Konzentrationschwierigkeiten. Von einer Zunahme coronabedingter Entwicklungsverzögerungen im motorischen Bereich berichteten 34 % der Pädiater_innen in sozial schwächeren Milieus gegenüber 30 % der Kinderärzt_innen insgesamt (vgl. ebd., S. 27). Depressionen hingegen traten nach Einschätzung der befragten Mediziner_innen in allen Gesellschaftsschichten gleich häufig auf.

Aus pädiatrischer Sicht ist das verstärkte Auftreten körperlicher Symptome bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen v. a. auf eine größere räumliche Enge zu Hause sowie durch das Homeschooling verschärfte schulische Probleme zurückzuführen, die sich überwiegend aus fehlender Lernanleitung, defizitärer technischer Ausstattung für den Online-Unterricht, Bewegungsmangel und insgesamt zu wenig Raum und Ruhe zum Lernen ergeben (vgl. ebd., S. 24).

Risikofaktor: Medienkonsum

Darüber hinaus ist als weitere Ursache in diesem Zusammenhang das veränderte Medienverhalten vieler Kinder und Jugendlichen während der Coronazeit anzuführen. So erfuhr insgesamt nicht nur die Ausstattung von Kindern und Jugendlichen mit Mediengeräten 2020 einen deutlichen Schub, sondern auch deren zeitliche Nutzung. Laut einer Studie der Krankenkasse DAK *Gesundheit* stieg die durchschnittliche Nutzungszeit sozialer Medien von 10- bis 17-Jährigen werktags um 66 % an (DAK-Gesundheit 2020, S. 7). Die Nutzungsdauer von Onlinespielen stieg um 75 % (vgl. ebd., S. 2). Es ist davon auszugehen, dass der Anteil junger Menschen mit einer als problematisch einzustufenden Internet- und Computernutzung bzw. -abhängigkeit in Deutschland infolgedessen erneut steigen wird (vgl. ORTH & MERKEL 2020).

Obleich die Diagnose „Gaming Disorder“ bereits in den ICD-11-Katalog der Weltgesundheitsorganisation aufgenommen wurde, werden die gesundheitlichen Risiken exzessiven Nutzungsverhaltens digitaler Medien häufig noch unterschätzt – ihre gesundheitlichen und sozialen Folgen sind jedoch gravierend: Sie reichen von Schlafmangel, Realitätsflucht und familiären Konflikten bis hin zu Depressionen (ORTH & MERKEL 2020, S. 9). Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Erfahrungen und Beobachtungen der Schulsozialarbeit im Lockdown sowie der nachhaltig wirkenden aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit wird das Thema Gesundheitsförderung zukünftig auch das Profil der Schulsozialarbeit stärker prägen müssen.



Junge Menschen sind mehr als Schülerinnen und Schüler.

Was sie brauchen und welche Chancen für die Schulsozialarbeit es jetzt zu nutzen gilt.

Während kinder- und jugendrelevante Gesundheitsaspekte zu Beginn der Pandemie gar nicht oder kaum thematisiert wurden, wurden sie zum Jahreswechsel 2020/21 deutlich intensiver öffentlich und politisch diskutiert. Ebenso wie zu Beginn der Pandemie junge Menschen im öffentlichen Diskurs oft eher einseitig, mit Fokus auf das Thema „Homeschooling“/schulisches Lernen in den Blick genommen wurden und insbesondere Jugendliche vorschnell unter „Spreader-Verdacht“ und als Teil einer „Corona-Partycommunity“ in Verruf gerieten.

Im Rahmen der bundesweiten Studie „Jugend und Corona“ (JuCo) gaben die über 7.000 befragten Jugendlichen ab 15 Jahren mehrheitlich zu der Frage nach ihren Erfahrungen und Perspektiven während der Coronakrise an, sich auf ihre Rolle als „Homeschooler_innen“ reduziert, nicht aber „gehört“ zu fühlen (zu weiteren Ergebnissen der JuCo-Studien siehe den Artikel von ANNA LIPS & TANJA RUSACK ab Seite 10 in dieser Ausgabe der DREIZEHN). Sie hätten sich mehr Gehör gewünscht, um Ängste auszusprechen und Unterstützung bei der „Alltagsbewältigung im Coronamodus“ zu finden.

Vor diesem Hintergrund ist „Zuhören“ – also die Investition in sozialen Beziehungsaufbau durch Schulsozialarbeiter_innen – eine Investition in die Gesundheitsförderung junger Menschen und damit immer auch in den Abbau von Bildungsbenachteiligung. Denn insbesondere die coronabedingt erhöhte psychosomatische Beschwerdelast kann bei Kindern und Jugendlichen in sozial belasteten Lebenswelten und Armutslagen zu schulischen und beruflichen Beeinträchtigungen bis zu psychischen Behinderungen und Lernbehinderungen führen, die durch die richtige Art niedrigschwelliger Unterstützung durchaus vermieden werden könnten. Diese stand jedoch während der Corona-Zeit kaum zur Verfügung.

Angesichts der vielfältigen psychischen und physischen Belastungen, denen Kinder und Jugendliche aktuell ausgesetzt sind, ist spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, um jugendadäquate, digitale und gesundheitsfördernde Maßnahmen als Instrumente der Schulsozialarbeit und Gesundheitsförderung zu entwickeln, die junge Menschen im Setting Schule vor weiterer Stagnation und Resignation schützen und in ihrer Resilienz stärken und fördern.

Die Autorin:

ALEXANDRA HEPP ist Referentin für Jugendsozialarbeit im DRK-Generalsekretariat in Berlin und Mitglied im Steuerungskreis Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.

✉ a.hepp@drk.de

Gesundheitsförderung im Setting Schule: Schutzfaktoren und Resilienz, Lebenskohärenz und Selbstwirksamkeitserfahrung

In der Coronapandemie haben sich Alltag, Gesundheit und Krise in einer zuvor kaum dagewesenen Weise vereint. Insbesondere sozial und bildungsbenachteiligte Schüler_innen sind hier die Leidtragenden und auf die Förderung ihrer Gesundheit angewiesen. Dies ist bei weitem keine neue Aufgabe der *Kinder- und Jugendhilfe* (KJH):

Bereits im 13. Kinder- und Jugendbericht wurde der Blick auf Gesundheitsförderung, ihre Rahmenbedingungen sowie Verantwortlichkeiten zwischen den Systemen in der KJH gerichtet (vgl. BMFSFJ 2009; vgl. LIEL & RADEMAKER 2020; vgl. RADEMAKER 2020).

Gesundheitsförderung bedeutet aus Sicht der KJH, junge Menschen in ihrer Persönlichkeits- und Identitätsbildung (Lebenskohärenz) zu stärken, ihnen Selbstwirksamkeitserfahrung zu ermöglichen und sie bei der Ausbildung von Schutzfaktoren und Resilienz (Befähigungsgerechtigkeit) zu unterstützen (vgl. BMFSFJ 2009, S. 39; vgl. RADEMAKER & ALTENHÖHNER 2019). Resilienz versteht sich als psychosoziale Widerstandsfähigkeit, um Alltagssituationen – und nicht nur Krisen – gesund zu bestehen und an ihrer Bewältigung zu wachsen (FRÖHLICH-GILDHOFF 2020).

Die Förderung von Resilienzfaktoren kann zu einer gelingenden Bewältigung der kleinen und großen Alltagskrisen beitragen, das sind z. B. Selbstwirksamkeit, soziale Kompetenz, aber auch Sinnfindung und Zielanpassung (vgl. ebd., S. 6 f.). Zudem hängt das Nutzbarmachen von Resilienzfaktoren von den im Alltag zur Verfügung stehenden Möglichkeiten von Schüler_innen ab, diese Resilienzfaktoren gesundheitsfördernd einzusetzen. So reicht es nicht aus, Kommunikationsfähigkeit im Rahmen von z. B. Skilltrainings zu stärken, wenn für die psychosoziale Gesundheit wichtige soziale Kontakte ausbleiben oder es im Setting Schule zwecks Einhaltung von Hygienekonzepten an Orten und Räumen für Begegnung und Kommunikation fehlt. Hier könnten bspw. digitale Beratungs- und Unterstützungsformate resilienzfördernd wirken.

Ungeachtet, ob digital oder analog, bedürfen alle gesundheitsfördernden Strategien Netzwerkarbeit und Schnittstellenmanagement zwischen Schule, Berufshilfe, Kommune, Jugend-, Gesundheitshilfe und vielen mehr. Gesundheit ist ein integraler Bestandteil des Alltags junger Menschen. Um ihre Lebenswelt gesundheitsfördernder zu gestalten, sind Sektorengrenzen zu überwinden und auf den lokalen Raum bezogene Kooperationen einzugehen.

Lebenswelten gesundheitsfördernd gestalten

Die Lebenswelt von Schüler_innen hat sich in der Pandemie rasant verändert und Bildungsbenachteiligung, Armutsrisiken sowie gesundheitliche Belastungen spitzen sich immer weiter zu. Dieser Wandel vollzieht sich insbesondere zu Lasten

bildungsbenachteiligter junger Menschen, über deren Lebens- und Gesundheitswelt jedoch wenig Erkenntnisse vorliegen. Ein besseres Verständnis für sie zu entwickeln sollte daher von besonderem Interesse sein, nicht nur für die Forschung, sondern gleichsam für die Praxis der Gesundheitsförderung (vgl. BARTHELMES et al. 2021, S. 107).

Was bedeutet es aber, junge Menschen ausgehend von ihrer Lebenswelt in ihrer Entwicklung zu fördern und ihre Resilienz in Zeiten der Pandemie zu stärken? Das Verstehen des Alltags junger Menschen und wie in diesem Alltag Handlungsfähigkeit hergestellt werden kann, stellt eine der zentralen Herausforderungen für die Soziale Arbeit dar.

Gesundheit in der Lebenswelt junger Menschen

... verstehen!

Können Sie sich noch daran erinnern, wie es war, als Sie 14 Jahre alt waren? Welchen Herausforderungen sind Sie damals im Alltag begegnet und wie hat sich deren Bewältigung auf Ihre Gesundheit ausgewirkt? Könnten Sie sich nun vorstellen, was passiert wäre, hätten Sie nicht die soziale Unterstützung erfahren, die Sie erhalten haben?

Wie wäre es gewesen, keine Zukunftsperspektiven für sich wahrgenommen zu haben oder schlicht nicht über Zukunftsmöglichkeiten informiert worden zu sein?

Wie mag sich Jugend für bildungsbenachteiligte Schüler_innen und Schüler in Zeiten der Krise anfühlen?

„Allein die Nichtbeteiligung Jugendlicher an Verhaltensmaßnahmen müsste [...] als gesundheitsbelastend eingestuft werden.“

Dabei kann das Handlungskonzept der Lebensweltorientierung hilfreich sein, das neben dem Ermöglichen von Integration und Partizipation folgende Maximen definiert (vgl. GRUNWALD & THIERSCH 2009, S. 139):

- 1** **Prävention** im Sinne einer Infrastruktur unterstützender Angebote und präventiver Interventionen
- 2** **Alltagsrelevanz** im Sinne von Angeboten, die die lebensweltlichen Erfahrungen und Interpretationen junger Menschen kennt und sich zu Nutze macht
- 3** **Regionalisierung** im Sinne der Bereitstellung von gut vernetzten Angeboten im Sozialraum

Empfohlen wird u. a. eine bedarfsorientierte Profilerstellung zur Gesundheitsförderung bildungsbenachteiligter junger Menschen sowie Integration gesundheitsförderlicher Aktivitäten in bestehende Angebote (vgl. BARTHELMES et al. 2021, S. 108 ff.). Dies betrifft insbesondere die Lebenswelten, in denen bildungsbenachteiligte Schüler_innen anzutreffen sind, in erster Linie die Kinder- und Jugendhilfe wie u. a. die Jugend- und Schulsozialarbeit. Eine derart lebensweltorientierte Ausrichtung von Gesundheitsförderung kann dazu beitragen, eine an Expert_innen ausgerichtete und damit einseitige Forderung nach gesundem Verhalten zu überwinden und eine stärkere Orientierung an den spezifisch alltagsweltlichen Lebens- und Wissensformen junger Menschen zu gewährleisten (vgl. RADEMAKER 2020). Gezielte Schulungen von Multiplikator_innen wie Schulsozialarbeitende und Lehrkräfte und deren konzeptionelle Einbindung in die Planung von Interventionen können unmittelbar dazu beitragen, Gesundheit nicht länger als Freiheit von Beschwerden, sondern subjektives Wohlbefinden und konstitutives Alltagselement der Schülerschaft wahr- und ernst zu nehmen.

Subjektive Alltagskonstruktionen von Gesundheit

Subjektive Alltagskonstruktion von Gesundheit können als die begrifflichen Vorstellungen darüber verstanden werden, was es für den Einzelnen bedeutet, „sich gesund zu fühlen“ (vgl. FALTERMAIER 2015b). Das kann z. B. heißen, die Kontrolle über den Körper zu haben oder sich mit Freunden treffen zu können (vgl. RADEMAKER 2017). Diese Alltagskonstruktionen von Gesundheit beschreiben zudem die subjektiven Vorstellungen über die Bedingungen zur Herstellung von Gesundheit im Alltag sowie Faktoren, die sie negativ beeinflussen (vgl. FALTERMAIER & BRÜTT 2013, S. 62).

Können bspw. Treffen mit Freunden nur noch über die digitalen Medien erfolgen und werden diese als wesentlicher „Wohlbefindensfaktor“ von Jugendlichen wahrgenommen, ist ein steigender Medienkonsum kaum verwunderlich.

Gesundheitsbezogene Handlungsfähigkeit

Die subjektiven Gesundheitsvorstellungen bilden sich im Laufe des Lebens durch Erfahrungen mit der Gesundheit heraus und beeinflussen dadurch, inwieweit wir uns selbst als handlungsfähig zur Einflussnahme auf unsere Gesundheit wahrnehmen. Dabei nimmt Entscheidungsteilnahme in zweierlei Hinsicht einen positiven Einfluss (vgl. HARTUNG 2012): Zum einen über den Prozess bzw. Weg, sich als selbstwirksam wahrzunehmen, und zum anderen über die Ergebnisse, die durch die Beteiligung erreicht werden und damit näher am Alltag orientiert sind.

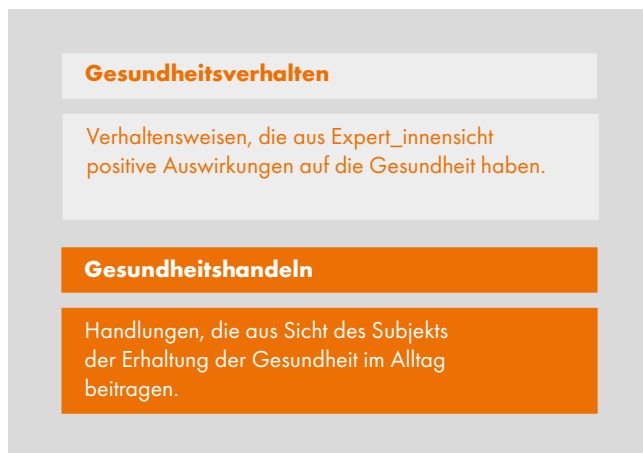
Diese Erkenntnis erscheint vor dem Hintergrund der Pandemie und dem Wissen darüber, wie wenig partizipativ Verhaltensregeln mitunter umgesetzt werden, nicht unerheblich. Allein die Nichtbeteiligung Jugendlicher an Verhaltensmaßnahmen müsste aus dieser Perspektive als gesundheitsbelastend eingestuft werden; gleichwohl das nicht als Legitimation zur Missachtung von Hygienekonzepten in der Pandemie zu verstehen ist. Es soll lediglich verdeutlicht werden, inwieweit Fremdbestimmung in Hinblick auf die Gesundheit in unseren Alltag Einzug hält und wie subtil damit das Erleben von Handlungsmächtigkeit im Alltag bestimmt wird.

Um Handlungsfähigkeit zu fördern, sollte also die Eigenwilligkeit und -fähigkeit eines_r Jeden betont werden, selbstbestimmt Einfluss auf die Gesundheit im Alltag nehmen zu können. Gemeinsame Aushandlungsprozesse im o. g. Fall könnten nicht nur das Beteiligungsempfinden stärken, sondern zugleich präventiv Verschwörungstheorien offenlegen und ihrer Verbreitung vorbeugen.

Im Gegensatz zum *Gesundheitsverhalten* ist *Gesundheitshandeln* dabei zu verstehen als das „subjektiv bedeutsame Handeln von gesunden oder kranken Menschen [...], das mehr oder weniger bewusst mit dem Ziel der Gesunderhaltung und im alltäglichen sozialen Kontext erfolgt.“ (FALTERMAIER 2015a)

Zu empfehlen wäre, lebensstilbezogene Themen wie Medienkonsum, psychosoziale Gesundheit oder Bewegung im Rahmen von Maßnahmen möglichst beiläufig durch praktische Aktivitäten mit „Spaß- und Erlebnisfaktor“ zu vermitteln sowie diese verhältnispräventiv auszurichten und in alltägliche Abläufe zu integrieren (vgl. BARTHELMES et al. 2021, S. 110). Dabei stellt die Partizipation von Schüler_innen eines der grundlegenden Kriterien der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung dar.

Schulsozialarbeit wäre prädestiniert dafür, die Krise als Chance aufzugreifen und den Aufbau partizipativer Gesundheitsförderung einzuleiten.



Partizipative Gesundheitsförderung

Partizipative Gesundheitsförderung zielt darauf ab, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern sowie bei der Überwindung von Belastungen und Krisen zu unterstützen. Durch Partizipation in der Gesundheitsförderung wird selbstbestimmtes Handeln junger Menschen anerkannt und es können Lösungsprozesse unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse von ihnen (mit)gestaltet werden.

Das Ziel partizipativer Gesundheitsförderung ist, Handlungs(frei)räume zu schaffen und die Qualität und Flexibilität von Angeboten zu erhöhen (vgl. WRIGHT 2010). Dabei sind Methoden wie Workshops, Befragungen, Fokusgruppen oder auch Interviews äußerst hilfreich, mit deren Hilfe Erfahrungen und Erwartungen von Schüler_innen in Bezug auf verschiedene Themen ihres Alltags und ihrer Gesundheit ausgelotet werden können (BARTHELMES et al. 2021, S. 111). Hier ist nicht alleine die Stufe des Partizipationsgrades entscheidend; es gilt vielmehr, passgenaue Angebote mit dem Ziel besserer Gesundheit der Zielgruppe zu gestalten. Sozialarbeiter_innen müssten dafür Sorge tragen, dass möglichst alle Schüler_innen sich engagieren können und an allen relevanten Entscheidungen beteiligt sind, wenn sie es wollen. Niedrigschwelligkeit und Freiwilligkeit sind dabei „oberstes Gebot“ (BARTHELMES et al. 2021, S. 110).

Was hindert Schulsozialarbeit an der Gesundheitsförderung?

Die Coronapandemie bringt in ihrer „Brennglasfunktion“ die alten Probleme schulischer Sozialarbeit neu zutage. Noch immer ist die Schulsozialarbeit nicht in allen Ländern in Trägerschaft der Kinder- und Jugendhilfe organisiert (vgl. Kooperationsverbund Schulsozialarbeit 2015a, 2015b; vgl. KUNKEL 2016).

Das führt u. a. dazu, dass sie eher den Bildungszielen zugeordnet wird und Schulsozialarbeiter_innen im Lockdown bspw. Unterstützung in der Notbeschulung übernehmen. Die Bedeutung von Schulsozialarbeit ist in den letzten Jahren, mit zunehmenden Raten gesundheitlicher Auffälligkeiten der Schülerschaft, jedoch gestiegen (vgl. KUNKEL 2016) – gleichzeitig haben sich ihre Rahmenbedingungen aber auch im Lockdown nicht verbessert: Befristete Verträge, Zuständigkeiten über mehrere Schulen hinweg oder mangelnde Ressourcen zur lokalen Vernetzung am Schulort tragen weder zur nachhaltigen Unterstützung bildungsbenachteiligter Schüler_innen noch zu den Erfordernissen lebensweltorientierter Gesundheitsförderung bei. Gerade jetzt sind eine kontinuierliche, niedrigschwellige und partizipative Arbeit mit Schüler_innen, interdisziplinäre Vernetzung mit Angeboten der Berufs-, Gesundheits-, Jugend- und Sozialhilfe gleichsam wie die Sensibilisierung für die Bedarfe und Bedürfnisse der Zielgruppe, unter Berücksichtigung ihres konkreten Alltags, unabdingbar. Klare Regelungen der Verantwortlichkeiten würden hier helfen. Denn schlussendlich wäre die Schulsozialarbeit prädestiniert, die Krise als Chance aufzugreifen und damit einen Paradigmenwechsel ihrer Kompetenzschärfung im Hinblick auf eine lebensweltorientierte und partizipativ ausgerichtete Gesundheitsförderung sowie Möglichkeiten der Digitalisierung einzuleiten.

Partizipation baucht Räume des Erprobens über verschiedene digitale oder analoge Formate, um die für die Lebens- und Gesundheitswelt relevanten Aspekte der Schüler_innen in der Pandemie gemeinsam mit ihnen zu ergründen und davon ausgehend Maßnahmen zu entwickeln. Damit ist partizipative Gesundheitsförderung auf eine kontinuierliche Beziehungsarbeit zwischen jungen Menschen und professionellen Akteur_innen, eine sozialräumliche Vernetzung und verbindliche Kooperation der lokalen Helfelandschaft angewiesen. Ihre Basis bilden rechtlich und institutionell klare Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit. //

Die Autorin:

Prof. Dr. ANNA LENA RADEMAKER ist Professorin für das Lehrgebiet *Soziale Arbeit im Gesundheitswesen* an der Fachhochschule Bielefeld im Fachbereich *Sozialwesen*, Leiterin der Redaktion der *Zeitschrift für Klinische Sozialarbeit* und Sprecherin der Fachgruppe *Gesundheitsförderung und Prävention* in der *Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG)*.

✉ anna-lena.rademaker@fh-bielefeld.de

KONSEQUENZEN DER CORONAPANDEMIE FÜR DIE FACHKRÄFTE DER SOZIALEN ARBEIT

Folgen für die Zielgruppe?

Die Analyse

VON NIKOLAUS MEYER, SEBASTIAN FRANZ, ELKE ALSAGO & CHRISTINA BUSCHLE

Die Coronapandemie verschärft die Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Zusammen mit den beschlossenen Schutzmaßnahmen wirkt sie wie ein Brennglas und verstärkt bereits vorhandene Missstände sowohl für die Fachkräfte als für die Zielgruppe deutlich. Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag Trends aus zwei unterschiedlichen Befragungswellen von Beschäftigten aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit dar.

In der Coronapandemie wuchs der gesellschaftliche Bedarf nach Meinungen, Einschätzungen und (vermeintlichen) Sicherheiten aus unterschiedlichen Gründen (vgl. DLF 2021; vgl. SCHWAB & UNZ 2004), sodass in den Medien zahlreiche Menschen, meist Mediziner_innen aus unterschiedlichen Fachrichtungen, einen neuen Resonanzraum erhielten (vgl. MALIK / SCHOLL / WEISCHENBERG 2006; vgl. MANGOLD 2004). Während beispielsweise die Virologie in dieser Pandemie eine größere gesellschaftliche Prominenz erfuhr und damit auch deren Bedeutung für die politisch zu treffenden Maßnahmen stieg, standen zunächst weder die Adressat_innen noch die Beschäftigten der Sozialen Arbeit im Fokus der coronabedingten Maßnahmen (vgl. MEYER & BUSCHLE 2020). Diese geringe Wahrnehmung ist professionstheoretisch bedeutsam und gleichzeitig unangenehm überraschend (vgl. SCHÜTZ 2018), weil gerade die sozialen Folgen der Pandemie, insbesondere die Folgen der Schutzmaßnahmen, in besonderer

Weise die Soziale Arbeit betreffen. In diesem Zusammenhang veränderten sich die Lebenswirklichkeiten der Adressat_innen, wobei hier die dem Hilfesystem bereits bekannten und auch neue Adressat_innen gemeint sind, die beispielsweise durch die sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit oder Wohnungsverlust hinzukommen (vgl. MEYER & BUSCHLE 2021a). Weiterhin verschärften sich in der Coronapandemie auch die Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit.

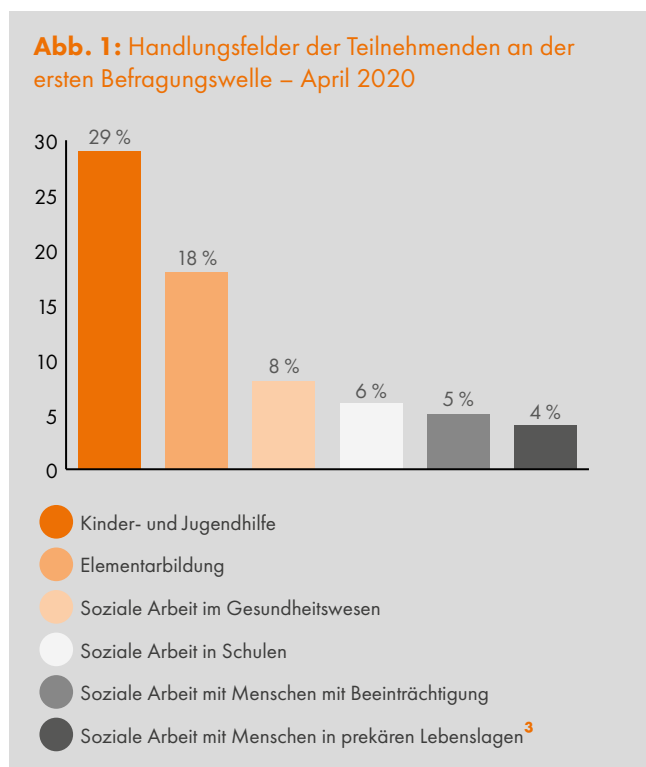
Im Folgenden werden Trends aus den zwei Befragungswellen dargestellt (vgl. MEYER & SIEWERT 2021): Ziel der ersten Onlinebefragung mit 1.867 Teilnehmenden zwischen dem 7. und 15. April 2020 war es, eine Momentaufnahme zu den Auswirkungen von Einschränkungen auf die Beschäftigungssituation in der Sozialen Arbeit abzubilden, und zwar zum Zeitpunkt der bis dato härtesten Maßnahmen in Folge der Coronapandemie (vgl. BUSCHLE & MEYER 2020a).

Im ersten Lockdown war nur bei rund 14 % der Einrichtungen die rechtlich geforderte Schutzausrüstung in ausreichendem Maße vorhanden.

In der zweiten Befragungswelle wurde auf die aktuellen Veränderungen im beruflichen Alltag und die Entwicklungen in der jeweiligen Beschäftigungssituation fokussiert. Hier beteiligten sich zwischen dem 9. November und 6. Dezember 2020 insgesamt 3.064 Beschäftigte. Die Ergebnisse beider Befragungswellen sind nicht repräsentativ, weshalb sich keine verallgemeinernden Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit ziehen lassen, sondern nur Aussagen über Personen getroffen werden können, die den Fragebogen ausgefüllt haben.¹

Zentrale Trends aus dem ersten Lockdown – April 2020

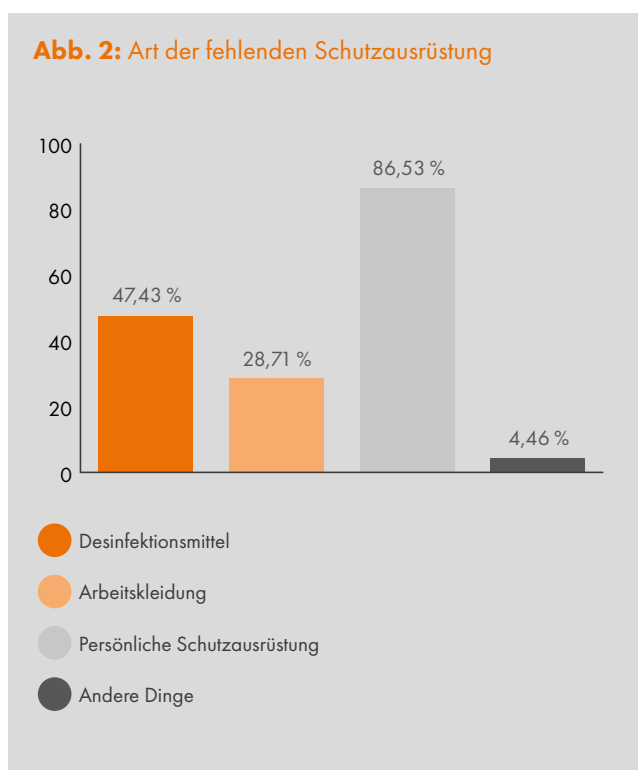
Im ersten Lockdown im April 2020 beteiligten sich vor allem Beschäftigte aus folgenden Handlungsfeldern (vgl. BUSCHLE & MEYER 2020a)²:



Während der ersten Lockdown-Maßnahmen waren bei knapp 59 % der Befragten ($n=1826$) die Einrichtungen für die Mitarbeiterschaft und Adressat_innen geöffnet. Lediglich bei 31 % der Teilnehmenden war der Zutritt nur den Mitarbeitenden erlaubt. Rund 9 % der Befragten gaben an, dass die Einrichtung gänzlich geschlossen gewesen sei. Besonders hohe Öffnungsquoten gab es im Gesundheitsbereich (75,7 %), der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung (73,7 %), der Kinder- und Jugendhilfe (68,5 %), der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen (62,9 %) und der Elementarbildung

(60 %). Dabei waren in den Handlungsfeldern Soziale Arbeit im Bereich der Justiz sowie Schule nahezu ebenso viele Einrichtungen geöffnet wie für Adressat_innen geschlossen.

Mit Blick auf die adäquate und zum Teil in einigen Bundesländern rechtlich geforderte Schutzausrüstung für einige Bereiche zeigte die Befragung ($n=1607$), dass diese in 70 % der Einrichtungen fehlte. Nur bei rund 14 % waren diese im ersten Lockdown in ausreichendem Maße vorhanden, wobei die persönliche Schutzausrüstung wie Mund-Nasen-Schutz ebenso wie Desinfektionsmittel besonders häufig als fehlend angegeben wurde (vgl. Abb. 2).



Dabei trifft der Mangel die Handlungsfelder recht unterschiedlich: Besonders starke Engpässe bemerkten die Befragten aus der Arbeit mit beeinträchtigten Menschen (42 %) sowie Erwerbslosen oder mit Menschen in prekären Lebenslagen (36,1 %).

Im Zuge der notwendig werdenden Veränderungen arbeiteten über 60 % der Befragten ($n=1827$) während des Lockdowns im Homeoffice, wobei nur bei knapp 34 % aller Befragten ($n=1778$) bereits vor der Pandemie die Möglichkeit dazu bestand (vgl. MEYER & BUSCHLE 2020). Hier gaben die Befragten in den offenen Antworten an, dass eine sinnvolle Arbeitsstruktur durch die Notwendigkeit der eigenen Kinderbetreuung nur schwer möglich gewesen sei (vgl. MEYER & BUSCHLE 2021b). Insgesamt verdichteten sich bei gut 43 % der Befragten ($n=1652$) unabhängig vom Ort der eigenen Tätigkeit die einzelnen Arbeitsschritte (vgl. BUSCHLE & MEYER 2020b), wobei hier besonders Beschäftigte aus dem Handlungsfeld der Arbeit

55 % der befragten Fachkräfte rechnen mit zunehmenden Anforderungen an das eigene Handlungsfeld nach der Coronapandemie.

mit beeinträchtigten Menschen (62,9 %) entsprechende Angaben machten. Die Befragten aus der Kinder- und Jugendhilfe zeigten dagegen ein eher uneinheitliches Bild zwischen eigenwahrgenommener Verdichtung (41,1 %) und gleichbleibender Arbeitsbelastung (24,5 %).

Zum Zeitpunkt der Befragung rechneten 55 % der Befragten ($n=1764$) mit zunehmenden Anforderungen an das eigene Arbeitsfeld nach der Coronapandemie. 43 % glaubten, dass die Belastung des eigenen Handlungsfeldes zukünftig gleich bleiben wird und knapp 2 % nahmen eine geringere Belastung für die Zukunft an (vgl. BUSCHLE & MEYER 2020a).

Beschäftigte in den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen (69,2 %), in Schulen (67,9 %), Beratungsstellen (64,8 %), der Kinder- und Jugendhilfe (56,1 %), der Sozialen Arbeit im Gesundheitsbereich (53,4 %) sowie der Elementarbildung (51,2 %) rechneten mehrheitlich mit einer verstärkten Nachfrage an Leistungen des eigenen Handlungsfeldes nach der Pandemie. Dagegen gingen die Beschäftigten aus den Handlungsfeldern Soziale Arbeit im Justizbereich (72,4 %), Flucht und Asyl (48,5 %) sowie der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung (60,9 %) tendenziell eher von einer Rückkehr zur vorhandenen Alltagssituation vor der Pandemie aus.

Zentrale Trends aus dem zweiten Lockdown – November 2020

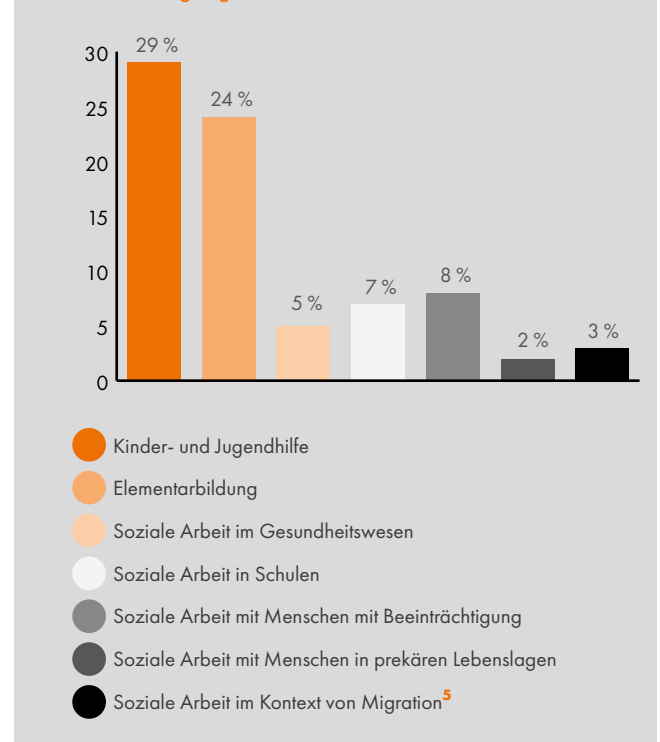
In der zweiten Befragungswelle vom 9. November bis zum 6. Dezember 2020 nahmen während des zweiten Lockdowns, der am 2. November 2020 begann⁴, vor allem Beschäftigte aus den folgenden Handlungsfeldern teil (vgl. Abb. 3):

Zum Befragungszeitpunkt waren bei fast 90 % der Befragten ($n=3064$) die Einrichtungen für die Mitarbeitenden und Adressat_innen geöffnet. Lediglich bei 7 % der Teilnehmenden war der Zutritt nur der Mitarbeiterschaft erlaubt. Unter 1 % der Befragten gaben an, dass die Einrichtung gänzlich geschlossen gewesen sei. Besonders hohe Öffnungsquoten für Mitarbeitende wie Adressat_innen gab es weiterhin in den Bereichen der Elementarbildung (95,5 %), dem Gesundheitsbereich (94,7 %), der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung (94,3 %), der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen (98,6 %) und Kinder- und Jugendhilfe (87,8 %).

Im Vergleich zum ersten Lockdown veränderte sich im zweiten Lockdown die Lage im Bereich der Ausstattung mit Schutzausrüstung. Die Befragung zeigt, dass diese inzwischen in 78 % der Einrichtungen vorhanden war, wobei im beruflichen Alltag bei über 15 % der Befragten keine Möglichkeit zum Tragen

der persönlichen Schutzausrüstung bestand. Hiervon ist vor allem die Elementarbildung sowie in etwas geringerem Maße die Kinder- und Jugendhilfe betroffen. Insgesamt gaben trotzdem noch fast 13 % der Befragten an, dass die Schutzausrüstung wie zum Beispiel der Mund-Nasen-Schutz und Desinfektionsmittel weiterhin so knapp waren, dass der Betrieb der Einrichtung reduziert werden musste. Auch war dieser Mangel immer noch zwischen den Handlungsfeldern unterschiedlich verteilt: Besonders starke Engpässe bemerkten die Befragten aus der Elementarbildung, der Kinder- und Jugendhilfe, der Arbeit mit beeinträchtigten Menschen sowie der Sozialen Arbeit an Schulen. Gerade in diesen Handlungsfeldern findet sich die von den Befragten empfundene Unmöglichkeit zur Einhaltung des 1,5-Metern-Abstands besonders häufig. Insgesamt waren entsprechende Vorgaben aus der Perspektive der Befragten nur in wenigen Handlungsfeldern umsetzbar: So berichtet dies eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten nur für die Handlungsfelder Soziale Arbeit im Justizbereich, sozialraumbezogene Arbeit, Soziale Arbeit mit erwerbslosen Menschen oder Soziale Arbeit im Migrationskontext.

Abb. 3: Handlungsfelder der Teilnehmenden an der zweiten Befragungswelle – November 2020



Eine auch im zweiten Lockdown wichtige Schutzmaßnahme, die gleichzeitig die Arbeitssituation veränderte, stellt das Homeoffice dar. Arbeiteten im ersten Lockdown noch rund 60 % der Teilnehmenden zum Befragungszeitpunkt zu Hause, waren im November und Dezember 2020 nur fast 7 % der Befragten fest im Homeoffice tätig, 26 % manchmal und fast 67 % überhaupt nicht.

Im November 2020 geben 62 % der Befragten eine extreme Belastung durch die Beschäftigungssituation an.

Nach der Coronapandemie rechnen die Befragten auch in der zweiten Befragungswelle weiter mit zunehmenden Anforderungen an das eigene Arbeitsfeld. Dabei glauben fast 47 %, dass die Belastung des eigenen Handlungsfeldes zukünftig steigt, wohingegen rund 54 % von einer gleichbleibenden Belastung ausgehen.

Während die Beschäftigten in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen sowie mit Erwerbslosen und der Sozialen Arbeit in Schulen mehrheitlich von sich verschärfenden Bedingungen für die Zukunft ausgehen, rechnen die Angestellten in der Elementarbildung, der Sozialen Arbeit im Gesundheitsbereich, der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung und dem Bereich Flucht/Asyl tendenziell mit dem Ausbleiben von Veränderungen für das eigene Handlungsfeld.

Extreme Belastungen durch die Beschäftigungssituation

Insgesamt zeigen sich zwischen den Befragungszeitpunkten im ersten und zweiten Lockdown leichte Verschiebungen zwischen den Handlungsfeldern, die in Summe allerdings eher gering ausfallen. Vielmehr manifestiert sich der empirisch fundierte Eindruck, dass die Angestellten in der Sozialen Arbeit ihre Beschäftigungssituation als extrem belastend erleben. Dies stützen die über 3.000 quantitativen Antworten zu den entsprechenden Fragen der zweiten Welle:

Insgesamt geben 62,14 % der Befragten solche extremen Belastungen durch die Beschäftigungssituation an, wobei die höchsten Belastungen von den befragten Beschäftigten in der Elementarbildung, in der Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozialen Arbeit in Schulen erlebt werden.

Gerade hier wird deutlich, dass die aktuelle Situation insgesamt nicht als Chance für die Etablierung neuer Verfahren oder technischer Standards betrachtet wird. Vielmehr will eine Mehrheit der Befragten nach der Coronapandemie zu den davor gültigen Standards und Abläufen im jeweiligen Handlungsfeld zurückkehren.

Angesichts der zahlreichen Herausforderungen, Veränderungen und Belastungen überrascht es nicht, dass die Beschäftigten weiterhin nur eine geringe gesellschaftliche Anerkennung wahrnehmen (vgl. BUSCHLE & MEYER 2020a), obgleich sie die Arbeit mit den Adressat_innen gerade in der Coronapandemie für gesellschaftlich besonders relevant halten. Diese geringe Anerkennung wurde im ersten Lockdown von den Befragten als Marginalisierung bereits Marginalisierter (MEYER & BUSCHLE 2021b) beschrieben. Dies manifestiert sich in der Nichtbeachtung der Sozialen Arbeit als bedeutsame Ansprech-

partnerin für politische Entscheidungen: Weder sind Expert_innen der Sozialen Arbeit geladen, wenn es um die Situation in Kindertagesstätten geht, noch bei Einschätzungen sozialer Folgen für die Adressat_innen anderer Handlungsfelder oder sogar der Gesellschaft allgemein. Auf diese Weise werden politische Entscheidungen getroffen, die letztlich an den Realitäten und Standards der Handlungsfelder Sozialer Arbeit vorbeigehen, wie beispielsweise die Einhaltung der Abstandsregel in Kitas.

Im Ergebnis geraten die Fachkräfte Sozialer Arbeit in einen Widerstreit zwischen externen Vorgaben und der eigenen beruflichen Handlungslogik. Folglich wollen die Beschäftigten die als unpassend erlebten und von außen kommenden Vorgaben so abfedern, dass die Zusammenarbeit mit den oft ohnehin schon schwer belasteten Adressat_innen nicht zusätzlich erschwert wird. Das gelingt aber nur, wenn sich die Angestellten über das normale Maß engagieren. Da sie dem nachkommen, zerreiben sie sich zwischen den eigenen professionellen Standards und den rechtlichen Vorgaben. Insofern bewegen sich die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit derzeit zwischen Überforderung auf der einen und Marginalisierung auf der anderen Seite. Gerade dieses Spannungsfeld erzeugt eine besondere Gefahr von Deprofessionalisierungsprozessen und birgt langfristige Gefahren für ein professionelles Arbeitsbündnis mit den Adressat_innen. //

Die Autorinnen und Autoren:

Prof. Dr. NIKOLAUS MEYER ist Professor für *Profession und Professionalisierung Sozialer Arbeit* am Fachbereich *Sozialwesen der Hochschule Fulda*.

✉ nikolaus.meyer@sw.hs-fulda.de

SEBASTIAN FRANZ ist Mitarbeiter im Projekt *Soziale Arbeit Macht Gesellschaft* am Fachbereich *Sozialwesen der Hochschule Fulda*.

✉ sebastian.franz@sw.hs-fulda.de

Dr. ELKE ALSAGO ist Referentin des *ver.di Bundesvorstandes für Fach- und Berufspolitik Sozialer Arbeit*.

✉ elke.alsago@verdi.de

Prof. Dr. CHRISTINA BUSCHLE ist Professorin für *Erwachsenenpädagogik* am Fachbereich *Sozialwissenschaften* der *IU Internationale Hochschule*.

✉ c.buschle@iubh-fernstudium.de

Anmerkungen:

- 1 Beide Befragungen nehmen durch ihren professionstheoretischen Hintergrund die gesamte Soziale Arbeit in den Blick. Erst durch die Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden (vgl. NITTEL / SCHÜTZ / TIPPELT 2014) zwischen den Handlungsfeldern lassen sich aus methodischer Perspektive Einschätzungen über den Grad der Professionalisierung von Sozialer Arbeit treffen (vgl. MEYER 2019). Außerdem gelingt erst so ein übergreifender Blick auf die aus der Pandemiesituation heraus entstehenden gesellschaftlichen Verwerfungen und deren Auswirkungen auf das professionelle Handeln.
- 2 Die Daten aus beiden Befragungswellen wurden im Zuge der Auswertung der zweiten Befragungswelle in neue Handlungskluster gegliedert, die auf unterschiedlichen Systematiken beruhen (vgl. THOLE 2012; vgl. FARRENBURG & SCHULZ 2020; MEYER & SIEWERT 2021).
- 3 Das Cluster „Soziale Arbeit mit Menschen in prekären Lebenslagen“ umfasst Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen der Wohnungsnotfallhilfe. Hierzu gehören die Sozial- und Schuldnerberatung, die Selbsthilfe und Interessenvertretung für Menschen in Wohnungsnotfällen, Tätigkeiten im Rahmen der Vermeidung von Obdachlosigkeit, die ambulante und stationäre Betreuung wohnungsloser Menschen sowie entsprechende Gesundheitsdienste.
- 4 Die erste Verschärfung des sogenannten „Lockdown lights“ wurde am 25. November 2020 in Kraft gesetzt.
- 5 Hierzu subsumieren wir Tätigkeiten im Zusammenhang mit Integrationskursen, Ausländerrecht, Sozialberatung, Migrationsdiensten, Frauenprojekten, Kulturförderung oder Begegnung sowie zum Ziele der Selbstorganisation.



PRO

Kontrapunkt

PRO UND KONTRA ZUR DIGITALISIERUNG

Chancen für die Jugendsozialarbeit in einer
digital geprägten Gesellschaft

von FRIEDERIKE SILLER

Jugendliche Lebenswelten sind digitale Lebenswelten

Weltweit betrachtet sind junge Menschen am stärksten über digitale Medien vernetzt. Das Internet ist zu einem selbstverständlichen und wichtigen Bestandteil jugendlicher Lebenswelten geworden. Junge Menschen nutzen digitale Medien vielfältig; um zu spielen, zu lernen, sich zu informieren, sozial zu vernetzen, zu engagieren und an der Gesellschaft teilzuhaben. Jugendliche erweitern mit Medien ihre Handlungs- und Orientierungsspielräume. Sie eignen sich mit ihrer Hilfe die Welt an, sie wirken über sie in ihre Umwelt und in die Gesellschaft hinein. Sie haben im Umgang mit Medien Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Zugleich werden sie aber auch von Medien in vielen Persönlichkeitsbereichen beeinflusst.

Medieninhalte und Medienkommunikation können dazu dienen, sich mit Charakteren zu identifizieren, sich selbstbestimmt im Netz zu zeigen, neue soziale Zugehörigkeiten zu entwickeln oder Herausforderungen medial zu bearbeiten und zu meistern. Der Einfluss von Medien kann in diesem Sinne positiv gesehen werden – etwa zum Identitätsaufbau, zur Persönlichkeitsentwicklung oder zur Lebensbewältigung. Es gibt aber ein Spannungsfeld zu problematischen oder als negativ empfundenen medialen Erfahrungen. Dabei ist es entscheidend, ob jungen Menschen Strategien zur Verfügung stehen, diese souverän und kompetent zu bearbeiten – und zwar für sich persönlich wie auch in sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Vor allem ist dabei wichtig, sie hierbei nicht allein zu lassen, sondern sie zu begleiten. Dies gilt hier genauso wie für die analoge Welt und ist keine Besonderheit der digitalen Medien.

Lebensweltorientierte Soziale Arbeit wirkt auch digital

In nahezu allen Bereichen der Jugendsozialarbeit sind medienvermittelte Erfahrungen von Jugendlichen von Bedeutung. Von daher erkennt die Soziale Arbeit digital geprägte Lebenswelten von jungen Menschen an. Dies ist mittlerweile ein wichtiger Baustein guter Praxis in der Kinder- und Jugendarbeit. Deren fester Bestandteil ist es, sich aus einer professionellen Perspektive heraus der Bedeutung digitaler Medien für das künftige Leben junger Menschen bewusst zu werden.

Aus einem lebensweltorientierten Zugang ergeben sich vielfältige Hinweise darauf, wie – offline *und* online – jugendgerechte Angebotsstrukturen und Kommunikationsräume geschaffen werden können, um junge Menschen zu erreichen.¹

Indem Sozialarbeiter_innen für die Onlineerfahrungen ihrer Adressat_innen Interesse auf- und dieses auch den jungen Menschen entgegenbringen, haben sie den konkreten „Stoff“, um mit den Jugendlichen etwa Bewältigungsstrategien und Strategien zur Problemlösung und Konfliktbewältigung zu erarbeiten. Dies gilt ohne Unterschied ebenso offline wie online. Ein lebensweltorientierter Zugang heißt in diesem Zusammenhang auch, Jugendlichen ihre Möglichkeiten im Umgang mit dem Internet aufzuzeigen. Es gilt, mit ihnen über ihre Chancen auf Bildung und Teilhabe und ihre diesbezüglichen Rechte im digitalen Raum zu sprechen und mit ihnen praktische Wege zu entwickeln, wie sie diese wahrnehmen können.

Jugendsozialarbeit fördert digitale Teilhabe

Soziale und gesellschaftliche Teilhabe ist zunehmend digital und sie lässt sich immer seltener ohne digitale Technologien, Angebote und Dienste wahrnehmen. Dies gilt für Bereiche der Politik, Kultur und Bildung ebenso wie für Formen der Unterhaltung, Information und Kommunikation.

Der Zustand einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, ob und inwieweit sich junge Menschen als digital mitgestaltende Mitglieder der Gesellschaft verstehen. Wer sich heute im gesellschaftlichen Leben einbringen will, benötigt zum einen den Zugang zu digitalen Medien und muss zum anderen den Umgang mit ihnen beherrschen. Gerade die Jugendsozialarbeit hat hierfür kraftvolle Möglichkeiten, kann sie doch auf eine lange Geschichte an vielfältigen Beteiligungsformen zurückgreifen, die sie auf den Onlinebereich erweitern kann. Sie kann etwa darauf hinwirken, Jugendlichen (Online-)Räume bereitzustellen, in denen sie ihre Sichtweisen und Erfahrungen artikulieren oder eigene Ansprüche entwickeln und einbringen können. Junge Menschen können dabei unterstützt werden, ihre Medienerfahrungen aus der Freizeit zu anderen Bereichen ihres Lebens und Lernens in Bezug zu setzen. So manche Lernerfahrung aus dem informellen, digitalen Bereich (z. B. in Games) ist für das non-formale oder schulische Lernen anschlussfähig.

Jugendsozialarbeit bereitet auf einen Arbeitsmarkt im Wandel vor

Die Arbeitswelt befindet sich in einem rapiden Veränderungsprozess und die technologischen Entwicklungen treiben diesen voran. Die Bedingungen von und Anforderungen an insbesondere digitale Kompetenzen steigen in den meisten beruflichen Feldern. Gefragt sind etwa „21st Century Skills“ wie Kom-

munikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken. Dabei ist zu bedenken: Bildung und Teilhabe hängen in Deutschland immer noch massiv von der Herkunft ab und Bildungs- und Chancengerechtigkeit ist noch in weiter Ferne. Im Bereich der Medienkompetenz kommt dies besonders stark zum Tragen, denn junge Menschen erwerben ihr Wissen über die Nutzung digitaler Medien vorrangig außerschulisch und eignen sich den Umgang autodidaktisch an. Dieser außerschulische Kompetenzerwerb birgt die Gefahr einer verstärkten Chancenungleichheit: So erfahren manche Jugendliche das Internet und digitale Vernetzung überwiegend als Zugänge zu Unterhaltungszwecken. Sie haben diese aber nicht als bedeutungsvolle Räume für Information, Kommunikation oder Produktion kennengelernt. Eine Auswirkung davon ist, dass sie ihre Medienerfahrungen nicht sinnvoll anschlussfähig machen können für ihr eigenes Lernen und Vorankommen, denn es fehlen ihnen dafür oftmals die Strategien. Dies hat berufliche Auswirkungen, denn auch hier ist in zahlreichen Bereichen ein hoher Grad an Medienkompetenz gefordert.

Corona zeigt die Relevanz von Medienkompetenz bei den Fachkräften

Das Wissen und die Fähigkeiten dafür, Jugendliche beim Aufbau von Medienkompetenz zu unterstützen, fallen Fachkräften nicht in den Schoß. Um gute Bedingungen zu schaffen, bedarf es gut ausgebildeter und gut ausgestatteter Kräfte in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit.

Die Coronakrise, die in der Jugendsozialarbeit zu einer gewaltigen Erschütterung in den Abläufen der sozialarbeiterischen Praxis geführt hat, zeigt die Bedarfe wie unter einem Brennglas: Inmitten der gewaltigen Störungen wurde in der beruflichen Praxis zu digitalen Anwendungen gegriffen und es haben sich digital geprägte Praktiken gebildet, die sowohl Fachkräfte als auch Einrichtungen nach der Pandemie von einer neuen Erfahrungsstufe im Umgang mit digitalen Medien aus weiter arbeiten lässt. Dies gilt für die Auswahl von Hard- und Software, die Ansprache der und Kommunikation mit den Adressatinnen und Adressaten, Formen und Methoden der digitalen Zusammenarbeit und das Wissen um Vor- und Nachteile digitaler Medien in den diversen Kontexten der Jugendsozialarbeit.

Gleichzeitig hat die Coronakrise gezeigt, wie armselig Einrichtungen teilweise ausgestattet sind: Manche Schulen haben nicht einmal stabile Internetzugänge mit ausreichender Geschwindigkeit. Dass unter den derzeitigen Bedingungen beispielsweise eine Umsetzung datenschutzgerechter Online-Beratung durch Schulsozialarbeiter_innen über Videokonferenzsysteme oft unrealistisch ist, bedarf keiner Erläuterung.

Es geht nun darum, aus diesen Erfahrungen zu lernen und die Kräfte zu bündeln, um dieses Wissen auszuwerten, aus einer medienpädagogischen und sozialarbeiterischen Perspektive zu fundieren und in sinnhafte Ansätze und Konzepte für eine zeitgemäße Jugendsozialarbeit zu überführen. Die medienpädagogische Kompetenz der Fachkräfte kann und sollte jetzt einen guten Satz nach vorne machen.

Die Jugendsozialarbeit kann einen entscheidenden und wegweisenden Beitrag leisten, um Jugendliche dabei zu unterstützen, sich zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit in einer digital geprägten Gesellschaft zu entwickeln. Dadurch kann sie auch Benachteiligungen entgegenwirken. Am besten beraten ist sie damit, positive Bedingungen zu schaffen, unter denen junge Menschen gut aufwachsen. Dafür sind chancenorientierte Zugänge zu digitalen Medien für junge Menschen unerlässlich. //

Die Autorin:

Dr. FRIEDERIKE SILLER ist Professorin für Medienpädagogik und leitet das *Institut für Medienpädagogik und Medienforschung der Technischen Hochschule Köln*.

✉ friederike.siller@th-koeln.de

Anmerkungen:

1 Das Handlungskonzept der *Lebensweltorientierung* bietet ebenfalls für die Gesundheitsförderung junger Menschen wertvolle Zugänge, wie die Autorinnen ALEXANDRA HEPP und ANNA LENA RADEMAKER in der Rubrik *Die Analyse* ab Seite 19 in dieser Ausgabe der DREIZEHN zeigen.

PRO UND KONTRA ZUR DIGITALISIERUNG

Hürden auf dem Weg der Digitalisierung der Jugendsozialarbeit

VON VALENTIN FRANGEN



Ohne digitale Medien wäre es während der Coronapandemie an vielen Stellen nicht möglich gewesen, Angebote der Jugendsozialarbeit und den Kontakt zu der Zielgruppe aufrechtzuerhalten. Doch diese Zeit hat auch Schwachpunkte der Digitalisierung aufgezeigt: Einige Jugendliche wurden in der Schule und der Ausbildung durch den Umstieg auf digitale Lehre abgehängt. Der Kontakt zu manchen Jugendlichen, die vor der Pandemie häufig an Angeboten teilgenommen haben, ist durch den Umstieg auf das Digitale abgebrochen. Die technische Infrastruktur der Organisationen der Jugendsozialarbeit musste erstmal aufgebaut werden und ist bei weitem nicht zufriedenstellend. Außerdem tauchten bei einigen Fachkräften Schwierigkeiten in der Bedienung und im Umgang mit digitalen Medien auf.

Solche Erfahrungen zeigen beispielhaft, dass digital nicht automatisch besser heißt. Auf dem Weg zu einer Digitalisierung der Jugendsozialarbeit gibt es verschiedene Hürden zu nehmen.

1 *Jugendsozialarbeit ist konfrontiert mit digitaler Ungleichheit*

Wir leben in einer digitalisierten Welt, in der Freizeit und Arbeitsleben durchzogen sind von digitalen Medien. Sei es im Freundeskreis, in der Schule, der Ausbildungsstelle oder beim Jobcenter – unsere Gesellschaft funktioniert in all ihren Teilsystemen nicht mehr ohne die Zuhilfenahme von digitalen Medien. Damit junge Menschen in dieser digitalen Gesellschaft Fuß fassen können, muss ihnen digitale Teilhabe ermöglicht werden.

Insbesondere die Jugendsozialarbeit ist in ihrer Funktion, junge benachteiligte Menschen in die Gesellschaft und im Speziellen in das Arbeitsleben zu integrieren, gefragt, eine solche Teilhabe zu ermöglichen und digitaler Ungleichheit entgegenzuwirken.

Digitale Ungleichheit besteht auf verschiedenen Ebenen und sie beginnt bei der technischen Ausstattung der Jugendlichen: Fehlende oder veraltete Geräte, kostenpflichtige Applikationen oder fehlender Zugang zum Internet bedeuten an unterschiedlichen Stellen Zugangshürden oder Exklusionsgründe. Wenn zu Hause kein eigener Computer, sondern nur ein Smartphone vorhanden ist, wie und wo sollen Bewerbungen geschrieben werden? Wie kann konzentriert und ungestört gelernt werden, wenn die finanzielle Lage und prekäre Wohnsituationen die Datennutzung einschränken?

Neben den Ungleichheiten im Zugang zu digitalen Medien zeigen sich Unterschiede in der Art und Weise, wie und wozu Jugendliche digitale Medien nutzen. Zunächst scheint die Wahl, welche Geräte und Apps wann genutzt werden und welche Inhalte beispielsweise auf Social Media betrachtet, geteilt oder gepostet werden, eine Entscheidung aufgrund individueller Präferenz zu sein. Jedoch sind die spezifischen Nutzungsweisen von digitalen Medien fest verwoben mit strukturellen gesellschaftlichen Ungleichheiten und Selektionsprozessen (vgl. ISKE & KUTSCHER 2020). Problematisch ist dabei, dass nicht jede Nutzungsweise von digitalen Medien gesellschaftlich gleichermaßen anerkannt und nicht jede Fähigkeit, mit Medien umzugehen, gleichermaßen auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Somit wirken sich die Art und Weise, wie Jugendliche mit digitalen Medien umgehen, auf spätere Möglichkeiten aus, das eigene Leben zu gestalten.

2 *Jugendsozialarbeit steht zwischen Lebensweltorientierung und Schutzauftrag*

Soziale Arbeit steckt in einem Dilemma im Umgang mit digitalen Medien, vor allem da Jugendliche hauptsächlich kommerzielle Alltagsmedien nutzen. Plattformen wie Instagram, TicToc, WhatsApp und Co sind fester Bestandteil der jugendlichen Lebenswelt. In der Konsequenz scheint eine Präsenz auf diesen Medien für Angebote der Jugendsozialarbeit unabdingbar zu sein, wenn die jungen Menschen in ihrer Lebenswelt erreicht werden sollen.

Demgegenüber steht der Auftrag, Kinder und Jugendliche vor den Risiken und Gefährdungen digitaler Medien zu bewahren. Mittlerweile kommen die meisten Jugendlichen in digitalen Medien in Berührung mit Bedrohungen wie Hatespeech, aggressivem Verhalten oder Cybermobbing. Außerdem können Kinder und Jugendliche im Netz in ihren Meinungsbildungsprozessen manipuliert werden. Sollten Jugendliche nicht vor

solchen Bedrohungen geschützt werden, indem zumindest die Angebote der Jugendsozialarbeit auf geschützten und pädagogisch betreuten Kanälen stattfinden? Ähnlich wie im Bereich der Onlineberatung oder Medienpädagogik (z. B. bke-Jugendberatung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. oder fragfinn.de) könnten auch für die Jugendsozialarbeit und deren spezifische Anforderungen geschützte Räume im Netz bereitgestellt werden.

Zudem besteht die Problematik, dass sensible Nutzungsdaten von kommerziellen Plattformen weiterverwendet werden, was wiederum auf die Lebensgestaltung der Jugendlichen zurückwirken kann. Entlang der Algorithmen solcher Anbieter_innen werden Nutzer_innen in Gruppen eingeteilt. Was aus Nutzer_innensicht zunächst als eine willkommene Personalisierung von Inhalten wahrgenommen wird, kann zu sozialer Klassifizierung führen, die „Chancen und Aussichten im Leben sehr massiv beeinflussen vermögen“ (BAUMANN & LYON 2013, S. 17). Um eine daraus folgende Benachteiligung und Ungleichheit aufgrund des Datenverkehrs zu verhindern, wäre es für die Jugendsozialarbeit angebracht, solche Medien zu meiden.

Oft zeigt sich allerdings, dass für viele Fachkräfte und Einrichtungen ein radikaler Verzicht solcher Medien aus Gründen der Lebensweltorientierung nicht in Frage kommt. An dieser Stelle wird es notwendig zu reflektieren, wann welche Plattform für welche Zwecke genutzt wird. Außerdem muss gewährleistet sein, dass ein Medienwechsel bei sensiblen Themen möglich ist. Das beinhaltet zum Beispiel auch die Notwendigkeit, sichere Messenger als Kanäle zur Verfügung zu stellen, wenn nur digitale Kommunikation möglich ist.

3 *Mangelnde medienpädagogische Kompetenz von Fachkräften*

Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz und für ein selbstbestimmtes Leben in einer digitalen Gesellschaft notwendig. Damit Jugendliche sie erwerben können, ist die Begleitung durch Erwachsene nötig. Diese müssen aber zuerst selbst über die notwendigen Fähigkeiten verfügen. Noch zu häufig beherrschen viele Kinder und Jugendliche die Geräte und Zugänge wesentlich besser als die sie begleitenden Erwachsenen. Die Lebenserfahrung der Erwachsenen ist ein wichtiger Baustein. Sie genügt aber nicht mehr, wenn sie sich auf die analoge Welt begrenzt. Erwachsene, die Kinder und Jugendliche in ihrer gegenwärtigen Lebenswelt begleiten wollen, müssen sich deshalb weiterentwickeln. Dies gilt besonders für professionelle Formen der Begleitung, wie etwa für Lehrer_innen oder Sozial-

arbeiter_innen. Eine medienpädagogische Grundqualifikation ist auch in Feldern der Jugendsozialarbeit nötig, um beispielsweise über Medienbildungsangebote ein selbstbestimmtes Medienhandeln zu fördern.

4

Fehlende Finanzierungsstrukturen für IT und digitale Medien

Sowohl für die Arbeit mit den Jugendlichen als auch in der Zusammenarbeit der Fachkräfte wird geeignete Hardware und Software benötigt. In der Coronapandemie wurde jedoch deutlich, dass eine solche technische Infrastruktur in Bereichen der Jugendsozialarbeit häufig fehlt oder ausbaufähig ist. Zudem wurde klar, dass die Finanzierung von digitalen Medien prinzipiell möglich ist, häufig allerdings nur auf Kosten anderer Tätigkeiten oder Angebote gelingt. In einer Sozialarbeit mit Jugendlichen, deren Leben stark durch digitale Medien geprägt ist, sollte es aber kein analog *oder* digital geben, sondern nur ein analog *und* digital. Durch eine dauerhafte Finanzierung von IT-Infrastruktur und digitalen Medien kann diesem Missstand begegnet werden.

Eine gute IT-Infrastruktur birgt zudem weitere Potenziale im Bereich der Verwaltung und Administration: Digitalisierte Arbeits- und Dokumentationsprozesse können eine Entlastung der Fachkräfte im Bereich der Administration bewirken, was in der Konsequenz zu mehr Zeit in der Arbeit mit Jugendlichen führen kann.

5

Niemand kann Digitalisierung alleine

Die oben genannten Hürden auf dem Weg hin zu einer Digitalisierung der Jugendsozialarbeit erscheinen als gewaltige Herausforderungen. Es zeigt sich, dass keine dieser Hürden von der Jugendsozialarbeit alleine gemeistert werden kann. Es braucht Anstrengungen auf allen Seiten. Sowohl Anbieterinnen und Anbieter digitaler Plattformen als auch Kommunen, Staat und Eltern sind hierbei in gemeinsamer Verantwortung. Spätestens nach den Erfahrungen aufgrund der Coronapandemie sollte jetzt die Zeit sein, die Kräfte zu bündeln, um diese Hürden und Herausforderungen gemeinsam zu meistern. //

Der Autor:

VALENTIN FRANGEN ist Masterstudent im Studiengang *Pädagogik und Management in der Sozialen Arbeit* an der TH Köln und betreut als wissenschaftliche Hilfskraft ein Kooperationsprojekt im Bereich *Digitalisierung der Jugendsozialarbeit*.

✉ valentin.franken@gmail.com

Literaturverzeichnis:

BAUMANN, ZYGMUNT & LYON, DAVID (2013): *Daten, Drohnen, Disziplin*. Berlin: edition suhrkamp.

ISKE, STEFAN & KUTSCHER, NADIA (2020): *Digitale Ungleichheiten im Kontext Sozialer Arbeit*. In: KUTSCHER, NADIA / LEY, THOMAS / SEELMEYER, UDO / SILLER, FRIEDERIKE / TILLMANN, ANGELA / ZORN, ISABEL [Hrsg.] (2020): *Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung*. Weinheim: Beltz Juventa. S. 115-128

KUTSCHER, NADIA / LEY, THOMAS / SEELMEYER, UDO / SILLER, FRIEDERIKE / TILLMANN, ANGELA / ZORN, ISABEL [Hrsg.] (2020): *Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung*. Weinheim: Beltz Juventa.

Auch interessant:

In Ausgabe 18 der DREIZEHN mit dem Titel „Digitale Bildung / Arbeitswelt 4.0“ beschäftigen wir uns eingängig mit dem Thema „Jugendsozialarbeit in einer digitalisierten Welt“. [▶ jugendsozialarbeit.de/dreizehn18](http://jugendsozialarbeit.de/dreizehn18)

In Ausgabe 22 der DREIZEHN fragen die Autor_innen Dr. DANIEL GESCHKE, ANJA KLASSEN, Dr. MATTHIAS QUENT und CHRISTOPH RICHTER ab Seite 16: „Was macht Hate Speech im Internet mit Jugendlichen und der Demokratie?“. [▶ jugendsozialarbeit.de/dreizehn22](http://jugendsozialarbeit.de/dreizehn22)

Vor Ort

KRISENMANAGEMENT IM SOZIALPÄDAGOGISCH BEGLEITETEN JUGENDWOHNEN

Zwischen Hygienekonzepten, Homeschooling und
politischem Verschiebebahnhof

VON ALISSA SCHREIBER

Die Coronapandemie macht eine schnelle Umstrukturierung des Betriebsablaufes notwendig

Ende Mai 2020 hat sich in den meisten Jugendwohnheimen bereits eine gewisse Routine eingeschlichen: Die in den Häusern verbliebenen jungen Dauerbewohner_innen betreten die Büros der sozialpädagogischen Mitarbeiter_innen nur einzeln und mit Maske, in der Mensa holen sie sich ihr Essen zum Verzehr auf dem Zimmer ab und beachten dabei die auf dem Fußboden aufgeklebten Abstandsmarkierungen. In manchen Einrichtungen werden sportliche Workouts unter freiem Himmel im Innenhof

angeboten, während der Fitnessraum im Keller ungenutzt bleibt. Die örtlichen Gegebenheiten müssen individuell beim Erarbeiten der Hygiene- und Sicherheitskonzepte beachtet werden. Wichtig ist auch die Frage, ob und wie Quarantänebereiche oder unterschiedliche Nutzungszeiten eingerichtet werden können, damit Bewohner_innen in Isolation zwischenzeitlich ihr oft kleines Zimmer verlassen, einen Freizeitraum oder eine Küche benutzen können. Leider ist das nicht immer möglich, was im Ernstfall zwei Wochen Quarantäne auf engstem Raum bedeutet. Geltende Vorschriften sind zudem selten eindeutig, wenn es um die Frage geht, ob Doppelzimmer als solche belegt werden dürfen. Die Entscheidung, ob Erlaubtes auch gesellschaftlich verantwortlich ist, tragen in letzter Konsequenz die Einrichtungsleitungen.

Digitale Alternativen funktionieren, aber der „gesellige Abend“ erlebt eine Renaissance.

Herzstück des Jugendwohnens ist die sozialpädagogische Begleitung: Es geht um ein offenes Ohr bei Fragen und Problemen in der Ausbildung oder im Privaten, um Freizeitgestaltung und allgemeine Unterstützung bei der Verselbständigung und Persönlichkeitsentwicklung. Abstandsregeln und Personenbeschränkungen haben ein Umdenken erfordert:

Die Kommunikation mit den Bewohner_innen fand zu Beginn der Pandemie in hohem Maße über Videochats statt, Gruppenangebote wurden gestrichen. In einigen Häusern wurde zum Schutz der Mitarbeiter_innen und Bewohner_innen vorübergehend auf doppelt besetzte Schichten der Sozialpädagog_innen verzichtet. Schnell wurde jedoch deutlich, dass der Begleitungsbedarf der jungen Menschen während des Lockdowns erhöht ist.

Viele Einrichtungsleitungen berichten mittlerweile, dass die Stimmung schlechter wird. Ein deutlicher Anstieg psychischer Beschwerden und Erkrankungen unter den jungen Menschen ist zu beobachten. Netzwerke, die geknüpft wurden, um in solchen Situationen schnell handeln zu können, funktionieren derzeit schlecht. Leider nehmen auch Konfliktsituationen und Aggressionsausbrüche zu.

Mittlerweile finden in den meisten Häusern wieder verstärkt – in kleinem Rahmen und mit Abstand – gemeinschaftliche Aktivitäten statt. Die Angebote sind auffallend stark nachgefragt, der „gesellige Abend“ erlebt eine Renaissance.

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen deutlich, dass digitale Alternativen der sozialpädagogischen Begleitung funktionieren – als alleinige Instrumente jedoch zu kurz greifen. Der persönliche Kontakt in der Gruppe und zu den pädagogischen Fachkräften bleibt unersetzlich.

Homeschooling gefährdet Ausbildungsabschlüsse: Es fehlt an digitaler Infrastruktur und Kapazitäten für eine ausreichende sozialpädagogische Begleitung

Erstaunt sind die Fachkräfte darüber, wie vielen der jungen Menschen für das digitale Arbeiten und Lernen nur das Smartphone zur Verfügung steht.

Einige Jugendwohnheime berichten, dass junge Bewohner_innen vom Jugendamt in wenigen Einzelfällen mit einem Laptop ausgestattet wurden – das klappte jedoch nicht immer und hänge unter anderem vom Wohlwollen der jeweiligen Institution ab.

Einen einheitlichen Lösungsansatz gibt es nicht, wie die Aussage von Ludwig Weber – Gesamtleiter des kath. Jugendsozialwerks München e. V. in Landshut – erkennen lässt:

„Wir haben das Glück, dass wir aufgrund einer hohen Zahl an zusätzlichen Fachleistungsstunden unsere Bewohner_innen sehr gut beim Distanzlernen unterstützen können. Zudem haben wir über eine Spende 22 Laptops bekommen.

Die Geräte stellen wir den Jugendlichen für das Homeschooling zur Verfügung. So viel Glück haben jedoch die wenigsten Jugendwohnheime, ein Computer- oder EDV-Raum ist die große Ausnahme.

Das sozialpädagogisch begleitete Jugendwohnen

Unter dem Dach des *sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens* als Teil der Jugendsozialarbeit nach § 13 Abs. 3 SGB VIII finden bundesweit in ca. 500 Einrichtungen jährlich 200.000 junge Menschen ein Zuhause. Herzstück des Jugendwohnens ist die sozialpädagogische Begleitung, in deren Rahmen junge Menschen am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf, aber auch bei der Verselbständigung individuell unterstützt werden.

Die jungen Menschen haben häufig Bezug zu unterschiedlichen Rechtskreisen, daher wird das Jugendwohnen von Jugendämtern, Jobcentern, Arbeitsagenturen, Ausbildungsbetrieben und Schulen als wichtiger Partner bei der sozialpädagogisch begleiteten Unterbringung wahr- und in Anspruch genommen. Die damit verknüpfte heterogene Finanzierungsstruktur des Jugendwohnens ermöglicht eine Vielfalt unterschiedlicher Zielgruppenangebote und stärkt seine hohe sozialintegrative Funktion.

Jugendwohnen – gerade jetzt!

Letztendlich macht die Coronapandemie den stabilisierenden Charakter des sozialpädagogisch begleitenden Jugendwohnens sichtbar. Als Teil der Jugendsozialarbeit bietet es jungen Menschen, die aus familiären Gründen auf sich allein gestellt sind oder aufgrund der Ausbildungssituation nicht bei ihrer Familie wohnen können, ein sicheres und stabiles Umfeld – das gilt auch unter Bedingungen der Pandemie. Aufgrund des festen Wohnsitzes in den Jugendwohnheimen ist das „Abtauchen und Verschwinden vom Radar“ nicht ganz so leicht möglich wie in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit.

„Augen zu und durch“ – das Motto der Politik mit Blick auf das Jugendwohnen in der Krise?

Mit den Schulschließungen bundesweit ab März 2020 sind in den Jugendwohnheimen die Belegungszahlen drastisch eingebrochen. Betroffen sind insbesondere Häuser, die einen Teil oder die Gesamtheit der Betten mit Blockschüler_innen belegen, die in gewissen Abständen für wenige Wochen ins Jugendwohnen kommen, um vor Ort eine schulische oder berufspraktische Ausbildungseinheit zu durchlaufen. Aber auch die Nachfrage von Praktikant_innen, FSJler_innen oder Seminar Gästen bleibt aus.



Eine bundesweite Umfrage über *Auswärts Zuhause* – dem Forum Jugendwohnen in Rechtsträgerschaft des Verbandes der Kolpinghäuser, an der 72 Häuser teilgenommen haben, zeigt zudem, dass im Frühling 2020 bereits zehn dieser Häuser Liquiditätsgpässe verzeichneten – diese Zahl dürfte nun gestiegen sein.

Trotz deutlichen Hilferufs der Einrichtungen, ihrer Träger und Verbände auf Landes- und Bundesebene sind Soforthilfeprogramme der Bundesregierung nicht ausreichend zugänglich. Insbesondere der Zugang zu den Sonderprogrammen „Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit“ 2020 und 2021 blieb und bleibt den Jugendwohnheimen verwehrt. Eine politische Gesamtverantwortung für das gemeinnützig organisierte Jugendwohnen erkennt das zuständige Bundesministerium für *Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) trotz der rechtlichen Verankerung in § 13 Abs. 3 SGB VIII nicht. Die Einnahmeverluste seien auf Ausfälle bei der Blockschulunterbringung von Auszubildenden im dualen System zurückzuführen, ein Zuständigkeitsbereich der Bundesländer. Doch auch die Länder haben zumeist eher verhalten reagiert und bundesweit bleibt die Frage der Existenzsicherung betroffener Jugendwohnheime ungelöst.

Die Einrichtungsleitungen treibt eine weitere Sorge um: Pandemiebedingt ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge deutschlandweit um zwölf Prozent zurückgegangen¹, dementsprechend gering ist derzeit die Nachfrage in den Jugendwohnheimen. Erstaunlicherweise scheint auch in den Jugendämtern der Bedarf an sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnen im Vergleich zu den Vorjahren zu sinken – die Gründe hierfür bleiben unklar.



Um die Potenziale des Jugendwohnens langfristig sichern und weiterentwickeln zu können, sind folgende Punkte zentral:

1 **Existenzabsicherung**
Die coronabedingten, existenzbedrohenden Einnahmeausfälle im Jugendwohnen müssen bundesweit umfassend durch Hilfsmaßnahmen, beispielsweise in Form von Billigkeitsleistungen (nicht zurückzahlbare Zuschüsse) ausgeglichen werden.

2 **Gesetzesnovellierung**
Im Rahmen der Gesetzesreform zum SGB VIII muss unter „Jugendsozialarbeit“ in § 13 Abs. 3 das „sozialpädagogisch begleitete Jugendwohnen“ als Fachbegriff mit verbindlicherer „Soll“-Regelung verankert werden.

3 **Öffentlichkeitsarbeit**
Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit mit Bezug zu den Themen Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Ausbildung sollte das Jugendwohnen als stabilisierendes und mobilitätsermöglichendes Angebot einbeziehen – auch auf politischer Ebene.

4 **Förderung für Erhalt, Modernisierung und Digitalisierung**
Investitionsförderungen im Jugendwohnen müssen verbessert werden. Das Programm zur Investitionskostenförderung über die Bundesagentur für Arbeit muss über das Jahr 2021 hinaus bestehen bleiben und der Zugang vereinfacht werden. Anderenfalls müssen Alternativen geschaffen werden, um die Häuser zukunftssicher aufzustellen.

5 **Jugendhilfe**
Der umfassende Mehrwert des Jugendwohnens in Bezug auf Ausbildungserfolg, Verselbständigung und Persönlichkeitsentwicklung muss für junge Menschen über die Kinder- und Jugendhilfe besser zugänglich werden. Für Careleaver und von Obdachlosigkeit bedrohte junge Menschen sollte der Zugang zum Jugendwohnen gestärkt werden.

6 **Alle Auszubildenden fördern**
Die finanzielle Förderung von Blockschüler_innen ist je nach Bundesland unterschiedlich, teils sehr gut, teils nicht existent. Die Förderung eines Wohnheimplatzes für schulische Auszubildende über das (Schüler-)BAföG funktioniert bisher in der Praxis nur selten. Der Zugang beider Gruppen zum Jugendwohnen muss gefördert werden. //

Die Autorin:

ALISSA SCHREIBER ist Referentin für Jugendwohnen beim *Verband der Kolpinghäuser e. V. (VKH)* und themenfeldverantwortlich für den Bereich Jugendwohnen bei der *Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS)*. Geschäftsführend begleitet sie *Auswärts Zuhause*, das trägerübergreifende Forum Jugendwohnen in Rechtsträgerschaft des VKH.

✉ schreiber@kolpinghaeuser.de

Auch interessant:

Der Artikel "Jugendsozialarbeit und junge Geflüchtete: Anforderungen und Chancen im Handlungsfeld Jugendwohnen" von SABRINA BRINKS & STEPHANIE RECKHAUS in Ausgabe 17 der DREIZEHN ab Seite 15.

👉 jugendsozialarbeit.de/dreizehn17

Anmerkungen:

1 Vgl. OEYNHAUSEN, S. / MILDE, B. / ULRICH, J. G. / FLEMING, S. / GRANATH, R.-O. (2020): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit um Stichtag 30. September. Fassung vom 15.12.2020. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). URL: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab11_beitrag_ausbildungsmarkt-2020.pdf [Zuletzt abgerufen am 1.04.2021].

Das Thema "Übergang von Schule in Ausbildung in Zeiten der Coronapandemie" mit Fokus auf benachteiligte Jugendliche beleuchtet der Autor M. TUAN NGUYEN in dieser Ausgabe der DREIZEHN ab Seite 15.

Das Projekt

GEMEINSAM STARK ORTENAU

Wie Jugendliche sich politisch engagieren und die Herausforderungen der Pandemie meistern

von MARC GRUBE

In dieser Rubrik besuchen wir normalerweise spannende Projekte der Jugendsozialarbeit – wie der Rubrikname verrät, *vor Ort*. Allerdings ist seit Frühjahr 2020 bekanntlich alles etwas anders als normal – wegen Corona. Also verabrede ich mich mit den Jugendlichen aus dem Projekt *Gemeinsam Stark Ortenau* zum gemeinsamen „Kachelkino“ auf einer Videochatplattform. Ich blicke in Wohn- und Arbeitszimmer der Elternhäuser der Jugendlichen. Ihre Augen sehen müde aus. Es ist Donnerstagabends und sie dürften bereits viele Stunden vor dem Bildschirm verbracht haben – mit Homeschooling und Lernen für Abitur, Ausbildung oder Studium. Mit Kontakthalten zu Freundinnen und Freunden. Als sie beginnen, aus dem Projekt und von ihrem Engagement zu erzählen, wirken sie jedoch hellwach.

Ein Großteil der teilnehmenden Jugendlichen mit Wurzeln in Syrien, der Türkei, Tunesien, Indien, dem Irak, Albanien, Gambia, der Ukraine oder auch in Deutschland lebt in und um Kehl – im Westen von Baden-Württemberg, direkt am Rhein und gegenüber von Straßburg. Der Ort hat eine wechselhafte Geschichte: Aufgrund seiner Lage als Grenzstadt zu Frankreich war er in der Vergangenheit oft Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen, stand mal unter deutscher, mal unter französischer Herrschaft. Heute sind die Städte Kehl und Straßburg zum Sinnbild deutsch-französischer Versöhnung und Freundschaft geworden, verbunden durch die Europa-Brücke. Grenzkontrollen und Einreiseverbote während der Coronapandemie rufen uns die unbeständige Historie wieder in Erinnerung.

Im Rahmen von *Gemeinsam Stark Ortenau* werden Angebote zur Förderung sozialer, kultureller und politischer Teilhabe durchgeführt. Bei den Veranstaltungen, Workshops und Ex-



kursionen geht es um Demokratiebildung, Antirassismus und um die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik für die Themen junger Menschen.

Das von Felix Neumann (Leitung) und Fenja Becherer (Projektassistentin) verantwortete Projekt ist eng mit dem Jugendmigrationsdienst Ortenaukreis verzahnt und wird vom Bundesfamilienministerium und dem Diakonischen Werk Ortenau finanziert.

Was motiviert die Jugendlichen, sich zu engagieren?

„Ich habe mit meinem Vater am Sonntag immer die Nachrichten im Fernsehen geschaut“, erinnert sich die 14-jährige Josie auf die Frage, wie ihr Interesse an Politik geweckt wurde. Sie macht auf mich einen selbstreflektierten Eindruck, gepaart mit einem großen Bewusstsein für Ungerechtigkeiten.

„Damit bin ich aufgewachsen. Damals habe ich noch nicht alles richtig verstanden, aber ich habe es zumindest mitbekommen. Ich fand Menschenrechte wichtig – schon immer. Und als ich gesehen habe, was in Bezug auf Klimaschutz schief läuft, dachte ich: ‚Leute, das geht nicht‘. In Offenburg war eine Demo von Fridays for Future angekündigt, ein Freund hatte mir davon erzählt. Da haben wir gesagt: ‚Okay, wir streiken jetzt‘. Wir sind zu siebt dahingelaufen und haben unser aus Backpapier gebasteltes Schild hochgehalten. Das war dann unsere Demonstration.“



Anton wirkt besonnen und entgegenkommend. Im Verlauf des Gesprächs wird der 22-Jährige den anderen oft höflich den Vortritt anbieten. Wahlen zum Jugendgemeinderat sind für ihn der Auslöser, sich näher mit Politik zu beschäftigen:

„Ein Lehrer kam rein, hat das ein bisschen präsentiert und gefragt: ‚Wollt ihr euch nicht mal aufstellen?‘ Ich hatte davon noch nie etwas gehört, aber habe mir gedacht: ‚Warum nicht? Ich probiere das einfach mal aus.‘ Inzwischen denke ich: Wenn man sich als Jugendlicher ein bisschen organisiert, kann man auf lokaler Ebene viel bewegen.“

Jugendgemeinderäte sind insbesondere in Baden-Württemberg eine verbreitete Form der Teilhabe von Jugendlichen an Lokalpolitik. In der Regel dürfen junge Menschen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren wählen und sich zur Wahl stellen – auch ohne deutschen Pass.

„Platz zum Austoben“ – Engagement ist ansteckend

„Man muss uns einfach nur eine Plattform bieten. Wir sind die Fußballspieler und wir brauchen einen Platz, auf dem wir uns austoben können.“ (Anton)

Diesen Spielplatz scheinen die Jugendlichen mit *Gemeinsam Stark Ortenau* gefunden zu haben. Fenja und Felix stellen ihnen dabei ihr „Know-how“ und ihre „Connections“ zur Verfügung, wie Anton ergänzt. Die Erfahrung, dass ihr Engagement

Früchte trägt, und das Gefühl, eingebunden zu sein, bewegt die Jugendlichen, am Ball zu bleiben. Gleichzeitig wird auch ihr Umfeld auf die Aktionen der Gruppe aufmerksam:

„Bei unserem Projekt passiert es oft, dass Leute sich uns anschließen und mitmachen. Bei einigen hätte ich vorher niemals gedacht, dass die daran Interesse hätten. Und das finde ich halt so cool daran.“ (Josie)

Anton schwärmt von der „Fill the Bottle-Challenge“, bei der es darum geht, Zigarettenkippen in der Stadt aufzusammeln:

„In Kehl haben wir das alleine dreimal gemacht. Beim ersten Mal waren nur die Leute aus dem Projekt selbst dabei, aber beim zweiten Mal waren wir plötzlich 50 Leute. Da habe ich dann zufälligerweise auch ein paar Freunde getroffen und mich gewundert: ‚Ach, ihr seid auch hier, ich habe euch hiervon ja gar nicht erzählt‘. Da waren dann Leute dabei, auch Erwachsene, die man in den Projekten vorher nie gesehen hat. Da haben wir an einem Tag mal 23.000 Stummel gesammelt.“

Die Jugendlichen informieren, motivieren und inspirieren sich gegenseitig. Anton beschreibt diese gegenseitige Bereicherung:

„Wenn ich alleine die Leute anschau, die bei dem Projekt dabei sind: Einer ist zum Beispiel als Flüchtling nach Deutschland gekommen, war also komplett neu hier. Ihn hat Politik zunächst nicht besonders interessiert. Aber inzwischen kennt er sich bei manchen Themen besser aus als ich und kann sich dafür jetzt total begeistern. Er ist bei uns als Moderator aktiv und wird inzwischen oft selber interviewt. Und ich finde, alleine das ist schon wertvoll – dass bei Leuten dieses Politikinteresse geweckt wird.“

Anton spricht über seinen Mitstreiter Adel, der 2016 aus Syrien nach Deutschland geflüchtet ist. Ein paar Wochen später habe ich die Möglichkeit, auch mit ihm über sein Engagement und seine Motivation zu sprechen. Er steht sechs Wochen vor seinen Abiturprüfungen und hat für den Anschluss eine Zusage für einen Studienplatz. Der aufgeweckte 22-jährige junge Mann bringt mich und Felix mit seinem Esprit zum Lachen. Er war bereits beim Vorgängerprojekt *Neuland.Wahl* mit von der Partie, über das wir in der 21. Ausgabe der DREIZEHN berichtet haben, bei dem es darum ging, jungen Menschen mit Migrationshintergrund das politische System in Deutschland näherzubringen:

„In den Projekten war es nie langweilig. Mal haben wir einen Termin mit Herrn Schäuble im Bundestag in Berlin, mal besuchen wir das Europaparlament, mal die deutsch-französische Kriegsgräberstätte Hartmannswillerkopf im Elsass. Es war immer vielfältig. Ich hatte vorher gar keine Ahnung über die Politik hier in Deutschland: Demokra-

„Corona hat uns einen Stein in den Weg gelegt. Wir haben dann überlegt, wie wir das ins Digitale bringen.“ (Anton)

tie: Was ist das? Bundestagswahlen: Wie laufen die ab und wie oft finden sie statt? Parteien: Wer ist ganz rechts, wer ist ganz links. Ich glaube, wenn Jugendliche solche Projekte wie unsere mitnehmen können, ist das eine ganz wichtige Erfahrung – auch für das Erwachsenenleben.“

Auf die Initiative von Projektleiter Felix, Sozialpädagoge und Politologe, gründen die Jugendlichen Anfang 2020 den interkulturellen Beirat, der Partizipation noch konkreter und früher ansetzen und damit gegen Rassismus und Ausgrenzung wirken möchte. „Wie können wir jetzt durchstarten und sichtbar werden?“ Die Antwort auf diese Frage der Gruppe ist das erste selbst geplante Event *Taco & Talk* – mit gemeinsamem Essen, Vorträgen zum Thema Rassismus, offener Diskussion und Livemusik. Neben Musikbeiträgen aus Gambia, der Ukraine und Madagaskar hatten zwei Beirätinnen ihren Großvater eingeladen, der kurdisch-irakische Volksmusik präsentierte. Eine Statement-Box wurde aufgestellt, in die Verbesserungsvorschläge für Kehl eingeworfen werden konnten. Neben vielen Jugendlichen waren Vertreter_innen der Stadt, Lokalpolitiker_innen und Fachkräfte vor Ort. Nach dem gelungenen Abend möchte die Gruppe die Veranstaltung als Serie fortführen.

Doch dann kam Corona

Der Ausbruch der Coronapandemie macht den Jugendlichen einen Strich durch die Rechnung. Alle geplanten Aktionen und Veranstaltungen müssen abgesagt werden. „Wie können wir trotzdem weitermachen und die Motivation behalten?“ Der Gruppe wird jetzt viel Flexibilität und Kreativität abverlangt.

„Corona hat uns einen Stein in den Weg gelegt, denn eigentlich leben unsere Projekte vom Austausch vor Ort. Wir haben dann überlegt, wie wir das ins Digitale bringen.“ (Anton)

Inzwischen haben die Gruppenmitglieder mehrere sogenannte „Corona-Talks“ auf die Beine gestellt. Sie interviewen den albanisch-kosovarischen Fußballspieler Amir Abrashi, der beim SC Freiburg spielt und u. a. Einblicke in seine Migrationsgeschichte gibt. Sie diskutieren mit EU-Politiker Michael Bloss (Grüne/EFA) über umweltfreundliche Politik. Dabei setzen sie eigene Themenschwerpunkte und übernehmen die Planung, Durchführung und Moderation der Onlinevideoformate.

Die „Corona-Talks“

Als im Mai 2020 der US-Amerikaner George Floyd von einem Polizisten ermordet wurde und weltweit Menschen unter dem Motto „Black Lives Matter“ auf die Straße gingen, moderierte Anton einen Online-Talk zum Thema Rassismus:

„Für mich war das das erste Mal, dass ich so eine Aufgabe übernommen habe. Ich war sehr aufgeregt. Aber im Endeffekt ist das meiner Meinung nach ein wichtiges gesellschaftskritisches Gespräch geworden und es war eine spannende Erfahrung, das moderieren zu dürfen. Da waren interessante Persönlichkeiten dabei. Und auch die Sicht aus Deutschland und den USA zu haben, mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Und dass selbst eine Politikerin nicht vor Rassismus geschützt ist.“

Sylvie Nantcha, die 2009 als erste afrodeutsche CDU-Politikerin zur Stadträtin gewählt wurde, war dazu eingeladen. Sie berichtete über Drohbriefe und Hassmails bis hin zu Morddrohungen. Bei weitem kein Einzelfall: Ende März 2021 zieht Tareq Alaows, der sich als erster aus Syrien Geflüchteter für den Bundestag bewerben wollte, seine Kandidatur zurück, da er und ihm nahestehende Menschen stark bedroht wurden. Zu einem weiteren Gespräch zum Thema Polizeigewalt wird die Gruppe eine junge Polizistin einladen – selbst *people of color*, tough und offen. Felix Neumann, im zweiten Berufsleben Hip-Hop-Musiker bei der Band *Zweierpasch*, blickt zurück:

„Sie konnte vielen Talk-Teilnehmer_innen die Idee vom Feindbild Polizei nehmen. Das wird auch durch die moderne Popkultur, insbesondere Rapmusik, früh in den Köpfen junger Menschen aufgebaut.“

Josie benennt einen weiteren Corona-Talk als ihr persönliches Highlight: Gemeinsam mit Adel und Felix diskutierte sie unter anderem mit Charla Sikora (Queere Gruppe Kehl) und Jens Brandenburg (MdB, FDP) zu den Themen „Wahlrecht ab 16“ und „Diskriminierung von Menschen mit nicht-heterosexuellen Orientierungen“. Die Gesprächsrunde konnte im Internet verfolgt werden, über 5.000 Personen wurden erreicht. Die Moderation der Fragen und Meinungen aus dem Netz übernahm Anton. Für Josie hat die Diskussion um eine Absenkung des Wahlalters eher mit Bildung zu tun als mit individuell fehlender Reife einzelner Jugendlicher:

„Wir müssen verstehen, wie das politische System funktioniert und welche Auswirkungen das auf unser Leben hat. Und dann müssen wir uns damit befassen – vor allem in Schulen. Nur dann können wir unsere Zukunft gestalten.“

Fenja sieht Vor- und Nachteile der Onlineformate:

„Schüchterne Menschen können sich online erstmal zurückziehen und beobachten, um dann später mit einzusteigen. Aber viele Jugendliche sagen: Wir wollen wieder Kontakt haben und uns sehen. Wir brauchen die Straße. Wir brauchen uns.“

Um der Langeweile entgegenzuwirken, hat die Schulsozialarbeiterin zusammen mit Projektbeirätinnen unter anderem einen Makramee-Onlineworkshop durchgeführt – eine Knüpf-

„Wir feiern gerne, klar. Aber wir behandeln auch Themen, die viele Generationen vor uns nicht behandelt haben.“ (Adel)

technik zur Herstellung von Ornamenten, Textilien oder Schmuck: Einige der teilnehmenden Jugendlichen hatten vorher Ärger mit der Polizei, weil sie sich verbotenerweise auf der Straße aufgehalten hatten. Projektbeirat Adel begleitet Fenja und ihre Schüler_innen inzwischen auch bei Ausflügen.

Mit Motivation in die Zukunft

Auch in Zukunft hat die Gruppe einiges vor – trotz Corona: Die 20-Jährige Studentin Antonia Quell hatte Ende 2020 eine Petition gestartet, in der gefordert wird, das sexualisierte verbale Gewalt – sogenanntes „Catcalling“ – unter Strafe gestellt wird. Josie beteiligt sich an der Diskussion in den sozialen Netzwerken und bringt das Thema bei einer Beiratssitzung ein. Man überlegt gemeinsam: „Wäre das nicht ein interessantes Thema für den nächsten Corona-Talk? Könnte man dazu eventuell eine Influencerin einladen?“

Im Superwahljahr 2021 talkt die Gruppe mit Landtagskandidat_innen aus Baden-Württemberg, entwickelt die YouTube-Serie „Fragenhagel“ mit politischen Meinungen von Jugendlichen und plant Veranstaltungen zur Bundestagswahl.

Der Blick aufs große Ganze

Wie die Jugendlichen die Zeit der Coronapandemie erleben – auch das interessiert mich. Anton konnte seine Mitstudierende noch persönlich kennenlernen und zumindest kurzzeitig erleben, was es heißt, Student zu sein:

„Bei uns ist inzwischen alles online. Nur bei den Prüfungsphasen sind wir vor Ort und das ist dann ziemlich ungewohnt. Ich habe Freundinnen und Freunde, die jetzt während der Coronapandemie angefangen haben. Die sehen die anderen bei den Prüfungen zum ersten Mal. Ich stelle mir das vor allem für Menschen schwierig vor, die gerade umgezogen sind. Sie können nicht wirklich jemanden kennenlernen, die Stadt nicht erkunden ... Da vereinsamt man auch schon ein bisschen.“

Dass die Schülerin Josie sensible Fühler für Ungerechtigkeiten hat, wird an folgender Stelle deutlich:

„Was ich gerade am schlimmsten finde, ist, dass dieses Schuljahr bewertet wird. Das bedeutet, man kann sitzen bleiben. Wir schreiben auch keine Klausuren. Die einzigen Noten gibt es für das, was du bei den Aufgaben abgibst und dafür, wie sehr du dich im Onlineunterricht einbringst. Meine Geschwister sind bereits ausgezogen und ich habe hier richtig schön Platz, um in Ruhe zu arbeiten. Ich kenne aber auch genug Leute, die sitzen mit mehreren Leuten in der Zweizimmerwohnung und können einfach nicht das leisten, was sie sonst in der Schule leisten könnten. Wenn im Hintergrund die ganze Zeit die Geschwister

rumtoben, da kannst du schlecht das Mikrofon anmachen, um in Ruhe eine Antwort zu geben. Viele haben zudem Probleme mit dem Internetzugang. Das ist keine Chancengerechtigkeit!“

Die 19-jährige Noor Halitim hatte Glück: Sie konnte einen Ausbildungsplatz zur Automobilkauffrau finden und noch vor Ausbruch der Pandemie ihr erstes Lehrjahr beginnen:

„Mein Betrieb hat normalerweise fünf Auszubildende, dieses Jahr haben sie nur mich eingestellt. Viele meiner Freunde bekommen keinen Platz. Für die heißt es: Weitersuchen. Eine andere Möglichkeit gibt es ja nicht. Eine Freundin von mir wollte gerade mit der Ausbildung starten und hat dann eine Absage bekommen. Und selbst übergangsweise einen Nebenjob zu bekommen ist ja gerade schwierig, wenn alles zu hat.“

In den Medien wird derweil ein Bild über Jugendliche als Menschen gezeichnet, die sich den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie egoistisch widersetzen und nur Party und Randalen im Kopf haben. Adel wehrt sich gegen diese Vorurteile:

„Ich glaube nicht, dass wir die erste Generation sind, die gerne Party macht. Alle feiern doch gerne. Auch Politiker zeigen sich doch gerne bei Festen. Herr Söder zum Beispiel mit O'zapft – oder wie das heißt. Das Leben ist aber komplex und wir müssen an viele Sachen denken: ‚Bekomme ich Abitur? Welchen Beruf soll ich wählen? Was passiert danach mit mir? Erderwärmung: 1,5 Grad. Ansonsten haben wir 2050 keine Pflanzen mehr.‘ Es ist nicht so, dass wir Jugendliche nur an Alkohol denken. Gerade wir denken doch an Menschenrechte, Klimaschutz, Gleichberechtigung, Antirassismus und vieles andere. Wir feiern gerne, klar. Aber wir behandeln auch Themen, die viele Generationen vor uns nicht behandelt haben.“

Man kann spüren, dass die Jugendlichen das große Ganze ins Auge fassen. Befragt man sie nach ihrer Situation, denken sie wie selbstverständlich auch und oft zuerst an ihre Mitmenschen. Ihr Blick ist geweitet, mit Interesse und Gespür für ihr Umfeld. Und das ist zutiefst politisch – im eigentlichen Sinne des Wortes. Ihre Anliegen, Sorgen und Wünsche tragen sie im Detail überlegt und laut vor. Hören wir ihnen zu.

Der Autor:

Marc Grube ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Projektleiter der Zeitschrift DREIZEHN bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSJA) in Berlin.

✉ grube@bagejsa.de

Weitere Infos zum Projekt:

➤ bit.ly/Gemeinsam-Stark

📍 [gemeinsam_stark_ortenau](https://www.gemeinsam-stark-ortenau.de)

📞 [jmdlahrkehl](https://www.jmdlahrkehl.de)

#heuteschon . . .
laut gelacht?
@marzahn_gangway

STRAßENSOZIALARBEIT MIT JUGENDLICHEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

Kreative Methoden in einer außergewöhnlichen Situation

VON ELVIRA BERNDT

Wir waren schnell: Bereits fünf Tage nach der Erklärung zur Pandemie haben wir bei Gangway e. V. mit unserem trägerinternen „Update Corona“ unsere Arbeit neu organisiert. In der aufsuchenden Arbeit mussten wir auf „Notversorgung“ umschalten. Ein Artikel über das Engagement und die Kreativität der Fachkräfte im Handlungsfeld Straßensozialarbeit.

Uns zurückzuziehen war zu keiner Zeit eine Option. Doch auch wir erleben die Zeit seit dem ersten Lockdown nicht nur als berufliche Herausforderung: Auch unsere Kolleg_innen müssen mit Kita- und Schulschließungen oder mit Existenznöten in ihren Familien umgehen. Viele sorgen sich um ihre

Angehörigen, die sie seit Monaten nicht besuchen können. Wir bewältigen unseren herausfordernden Alltag durch ein hohes Maß an Flexibilität und Vertrauen ineinander, durch solidarische Zusammenarbeit in Teams und teamübergreifende Unterstützung. Vor allem aber mit viel Kreativität und Zuversicht.

Ständige Veränderung ist unsere Kontinuität.

Die permanente Veränderung der Arbeit, das Sicheinstellen auf wechselnde Bedingungen und der Umgang mit Krisen sind für die Straßensozialarbeit auch in „normalen Zeiten“ Arbeitsalltag. Das hat uns zunächst sicher einen kleinen Vorteil verschafft. Aber der Erfolg unserer Arbeit basiert auf engen und vertrauensvollen Beziehungen, auf der Unmittelbarkeit in der Ansprache und auf der Nähe zu Menschen, die sich anderswo ausgegrenzt fühlen. Die vermutlich größte Herausforderung für unsere Streetwork-Teams im letzten Jahr war, uns trotz der Anforderungen an physische Distanz nicht zu entfernen, sondern immer nah dranzubleiben an den Lebenswelten derer, die wir begleiten.

Informationen verbreiten sich nicht von allein

Die Politik beschließt und in Windeseile wissen alle Menschen Bescheid, erfahren und verstehen alles und setzen es um? Mitnichten! Also hieß es für uns: Alle neuen Regelungen sofort zu erfassen und zu „übersetzen“, das Wirrwarr der Informationen sortieren und vereinfachen. Für Aufklärung sorgen und Bilder schaffen, die einprägsam sind. Es galt, jugendkulturelle Kommunikationsformen zu nutzen und für Verbreitung überall dort zu sorgen, wo sich Jugendliche aufhalten: auf der Straße, in den sozialen Medien und auf YouTube. Die Bilder Geschichten unserer Kolleg_innen haben sich sowohl im Netz als auch auf der Straße – z. B. an Laternenmasten – schnell und weit verbreitet. Sich Regeln einzuprägen geht am besten spielerisch, z. B. mit einem Online-Bingo oder auch über Musik: Da rappte der [Streetworker Jassin im Video auf Instagram](#) schon mal übers Händewaschen und die Abstandsregeln und schaffte es damit sogar in eine große Tageszeitung.

Den öffentlichen Raum weiter im Blick behalten

Der erste Lockdown kam und auf den Straßen vieler Berliner Stadtteile veränderte sich zunächst nichts. Die Gefahr war abstrakt und viele Jugendliche fühlten sich nicht betroffen. Informationen wurden nicht wahrgenommen oder gar abgelehnt. Viele Kolleg_innen berichteten davon, dass auf ihr Einhalten physischer Distanz zunächst sehr abwehrend, manchmal gar aggressiv reagiert wurde. Gefühlsmäßig wurde mancherorts die neue Distanz mit Kälte und Ablehnung übersetzt. Dagegen hilft nur Kontinuität: Es kann schon etwas frustrierend sein, in einem fast menschenleeren Stadtteil Streetwork-Rundgänge durchzuhalten. Doch nur wer stetig da ist, wird wirklich als verbindliche und verlässliche Bezugsperson wahrgenommen. Nur wer dranbleibt, kann spüren, was sich im

Stadtteil verändert, welche anderen Akteur_innen ansprechbar sind und wo sich Neues mit anderen gemeinsam auf den Weg bringen lässt

Beratung ist auch an ungewöhnlichen Orten möglich

Beratungsgespräche auf der Parkbank zu führen ist in der Straßensozialarbeit nichts Neues, sondern musste nur intensiviert werden. Um auch in den Teambüros die Kontaktdichte zu minimieren, haben einige Teams eine „Fensterberatung“ etabliert, die gerade in dichtbesiedelten Stadtteilen gut angenommen wurde. Spazieren zu gehen aber war der Favorit in Zeiten des Lockdown, denn das Treffen zu zweit war zu allen Zeiten möglich und das Rauskommen war für die Jugendlichen genauso sinnvoll wie die damit verbundene Bewegung.

Um auch denjenigen stärker zur Verfügung zu stehen, die bisher noch keinen engeren Kontakt zu einem Streetwork-Team hatten, haben wir [GANGWAY onLine](#) entwickelt – 24/7 erreichbar über WhatsApp, Telegram, Instagram und Facebook. Diese Beratungshotline wird von mehreren Streetworker_innen arbeitsteilig besetzt. Uns ist grundsätzlich wichtig, zwar online verfügbar zu sein und auf allen Kanälen die Kontaktaufnahme zu ermöglichen, bei Bedarf aber sehr schnell den persönlichen Kontakt herzustellen. Face-to-face ist einfach nicht ersetzbar, wenn es um komplizierte Lebensfragen und um das Wahrnehmen von Stimmungen und Gefühlen geht.

Im Blick haben wir auch die allgemeine Beratung zu Safer-Use-Fragen, denn gerade dort, wo die Flasche oder der Joint die Runde machen, ist das Infektionsrisiko besonders hoch. So drehten wir z. B. mit Jugendlichen den Aufklärungsspot [SaferUse in times of Corona](#).

Lebenshilfe „kontaktlos“ organisieren

Wie kann man Menschen das Notwendige zur Verfügung stellen und dabei Kontakte vermeiden? In vielen Kiezen haben die Streetwork-Teams Gabenzäune – Zäune, an denen Menschen Lebensmittel- und andere Sachspenden für Bedürftige anhängen – unterstützt, gepflegt oder auch selbst initiiert.

Auf dem Alexanderplatz wurde das Projekt Gundula ins Leben gerufen. Hinter dem märchenhaften Namen verbirgt sich eine unauffällige Tonne mit einem besonderen Inhalt: Safer-Use-Beutel, Hygieneartikel und Lebensmittel für Jugendliche der verschiedenen Szenen am Alex. Durch die Kooperation mit der benachbarten Kirche hat [Gundula](#) inzwischen noch eine Schwester bekommen und einige Jugendliche sorgen gut für deren Sicherheit und Wohlergehen.



Jugendlichen eine Stimme geben

Auch wenn sich mit der Zeit viele Jugendliche an die Lockdown-Regeln hielten, waren die Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen deutlich spürbar. Die Unsicherheit und Überforderung der Jugendlichen, angespannte Stimmungslagen aufgrund beengter Wohnverhältnisse, Frust, Langeweile und leider auch Gewalterfahrungen spielten in der öffentlichen Debatte lange keine Rolle, genauso wenig wie die Zukunftsängste der jungen Menschen – lange waren sie nur „Partygänger und Superspreader“.

Einblicke in die Köpfe von Jugendlichen ermöglichte unsere Videoreihe *Stimmen aus dem Off* und dafür musste niemand das Haus verlassen: Die Jugendlichen schickten Sprachnachrichten an die Streetworker_innen und diese zauberten zu den Stimmen das Gesicht. Eine Stimme geben wollten wir auch denjenigen, deren Lebenssituation besonders prekär ist, und so drehten Kolleg_innen mitten im Lockdown den Film *Leben trotz Duldung* über die Situation junger Menschen ohne Aufenthaltstitel.

Miteinander Spaß haben und Kommunikation aufrechterhalten

Guter Rat ist teuer, wenn Gruppenangebote nur eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich sind. Viele der Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, wohnen in beengten und schwierigen Verhältnissen. Überforderung und Einsamkeit sind Gefahren, denen man nicht nur mit einem Beratungsgespräch begegnen kann.

Wann immer es erlaubt war, haben wir jede Möglichkeit für Gruppenaktivitäten und Ausflüge genutzt. Darüber hinaus sind

unzählige Formate zur Unterhaltung und Auflockerung entstanden, die wenigstens digital Kommunikation, Gemeinschaft und Spaß ermöglichen. Sie reichen vom interaktiven Drogenquiz über ein kleines Fernsehstudio für den Kiez bis zu den verschiedensten Challenges. Hoch im Kurs standen auch Gaming-Sessions; sie ermöglichten das gemeinsame Erlebnis aus der Distanz, das Kontakthalten unter- und den Spaß miteinander. Die kleinen Gespräche am Rande des Spielgeschehens senkten die Hemmschwelle, sich auch zu schwerwiegenderen Themen auszutauschen. Jugendliche Fußballfans trafen sich bei Fifa-Turnieren mit Fans anderer Bundesligateams und genossen es, sich wenigstens virtuell wieder als Teil einer großen Jugendkultur zu erleben.

Bildung ermöglichen

„Welch Freude“, wenn die virtuelle Unterstützung einer Streetworkerin einer ganzen Gruppe junger Männer einen strahlenden Prüfungserfolg beschert!

„Welch Hochgefühl“, wenn trotz Lockdown die Jugendlichen unseres *Street College* ihre externen Prüfungen zum Schulabschluss bestehen!

Mit einer großen Vielfalt an Zugängen gelang es uns, das aufzufangen, was Schule und Eltern oft nicht leisten konnten. Die Auswirkungen der Pandemie auf Bildungserfolge und Zukunftschancen unserer Adressat_innen werden uns noch lange und sehr intensiv beschäftigen.

In die Zelle kommen, wenn man sie nicht betreten darf

In unserem Projekt *ZwischenWelten* arbeiten wir mit jungen Männern in der Berliner Jugendstrafanstalt, um Gewalt- und Radikalisierungstendenzen wirkungsvoll zu begegnen. In dieser Arbeit geht es darum, sich selbst und seiner Biografie auf die Spur zu kommen, Gefühle zuzulassen und zu beschreiben.

Die erzwungene Unterbrechung der Workshops haben wir genutzt, um die Beschreibung dieser Arbeit und die wundervollen Texte der Jugendlichen aus den bisherigen Workshops im Buch *ZwischenWelten. Herkunft – Ankunft – Hinter Gittern – Zukunft?* zu veröffentlichen, das nun auch als Lesebuch in der Jugendstrafanstalt mit auf jede Zelle genommen werden kann und vielleicht den ein oder anderen zum weiteren Schreiben animiert. Und natürlich möchten wir damit niemanden allein lassen – also haben wir uns des guten alten Briefes erinnert, sodass die Kommunikation auch mit den inhaftierten Jugendlichen nicht abreißt. Nach fast einem Jahr Pandemie hatte der erste Streetworker inzwischen Gelegenheit, eine Einzelberatung mit einem inhaftierten jungen Mann via Skype durchzuführen – „ein Quantensprung im Jugendstrafvollzug“!



Kommunikation stiften im Stadtteil

Wie kann man im Kiez Kommunikation initiieren, wenn sich alle in ihre Wohnungen zurückgezogen haben? Die zündende Idee entstand in unserer kleinen 3D-Druckwerkstatt inmitten der Hochhäuser von Marzahn. Zweimal in der Woche druckt das Streetwork-Team Schablonen und bringt damit selbst erdachte Botschaften auf die Straße.

Wichtig ist: Die Botschaften sollen einfach, klar und positiv sein. Durchweg positives Feedback und überraschende Gespräche mit Jugendlichen und Passant_innen haben uns bestärkt, diese Form des Kontaktstiftens weiterzuführen und auf andere Stadtteile auszudehnen.

Wie geht es jungen Menschen am anderen Ende der Welt?

Die internationalen Jugendbegegnungen sollen alle ausfallen? Weil wir nicht fliegen und auch niemanden empfangen dürfen? Niemals!

Jugendkulturelle Ausdrucksformen sind eine universelle Sprache und prägen eine Verbundenheit – die Basis dafür ist „der Blick über den eigenen Tellerrand“, das empathische Einfühlen in fremde und weit entfernte Lebenssituationen und das Empfinden und Leben von Solidarität. Der Rest ist eine Frage des Ideenreichtums, der technischen Umsetzung und des Umgehens mit Zeitzone-Problemen.

Unsere **BronxBerlinConnection** und unser Jugendaustausch mit São Paulo haben stattgefunden – mit intensiver paralleler Arbeit, mit Online-Kollaboration und mit tollen Events, die live auf Youtube gestreamt wurden.

Sie haben den Blick geweitet dafür, dass die Pandemie genauso global ist wie die Sehnsucht nach einer Zukunft, in der man sich auch wieder ganz real begegnen kann.

Hoffentlich bald. //

Die Autorin:

ELVIRA BERNDT ist Geschäftsführerin von
Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e. V.

✉ elvira.berndt@gangway.de



Informationen zum Buch
und im Text erwähnten, orange
markierten Projekten und Videos
finden Sie auf:
jugendsozialarbeit.de/dreizehn25



JUGENDMIGRATIONSDIENSTE UND AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE

*Erfahrungen und Erkenntnisse
aus den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt*

von TALIBE SÜZEN, ERZSÉBET LAJOS, DILVIN ŞAHİN und PETER WIDMANN

Die Coronapandemie hat die Lebenswelten von Jugendlichen verändert und die Auswirkungen werden noch lange sichtbar sein – etwa in einer bedrohten Teilhabe von Ratsuchenden der Jugendmigrationsdienste an Bildung, Ausbildung und Beschäftigung und damit in einer Verschärfung bestehender Benachteiligungen.

Für die über 480 Jugendmigrationsdienste im Bundesgebiet ergibt sich daraus die Aufgabe, Jugendliche auch bei der Bewältigung der zusätzlichen Herausforderungen zu unterstützen.

Die Jugendmigrationsdienste waren auch unter den Bedingungen der Pandemie erreichbar und handlungsfähig. Schwierigkeiten ergaben sich bei Erstkontakten.

Beratung und Begleitung

Seit März 2020 konfrontierte die Pandemie die *Jugendmigrationsdienste* (JMD) mit vielen Herausforderungen: Eine erste bestand darin, unter Kontaktbeschränkungen und Hygieneauflagen arbeitsfähig zu bleiben, den Kontakt zu den Jugendlichen zu halten und Beratungsprozesse und die Einzelfallarbeit im Case Management weiterzuführen. In den Wochen des Lockdowns ab Mitte März 2020 kommunizierten die Fachkräfte mit den Jugendlichen vor allem per E-Mail und Online-Beratungsplattform, am Telefon und per Post. Nach den Lockerungen im Frühjahr waren wieder mehr persönliche Beratungen möglich. Dabei wurden offene Sprechstunden vermieden und es wurde nur zu vereinbarten Terminen beraten. Damit konnten die JMD sicherstellen, auch unter schwierigen Bedingungen erreichbar und handlungsfähig zu bleiben. Es gelang vielerorts gut, Beratungsprozesse weiterzuführen, die schon vor den Einschränkungen begonnen und in denen die Fachkräfte ein Vertrauensverhältnis zu den Ratsuchenden aufgebaut hatten. Als schwieriger erwies es sich, unter den Bedingungen der Pandemie und der reduzierten offenen Sprechstunden den Erstkontakt herzustellen. Die Einschränkungen stellten besonders Jugendliche mit weniger Ressourcen vor große Probleme: etwa diejenigen, die erst über einfache Deutschkenntnisse verfügten, die keinen Laptop, keine E-Mail-Adresse und keinen Internetzugang mit ausreichendem Datenvolumen hatten und deren Wohnsituation kaum konzentriertes Arbeiten erlaubte.

Behörden und Dienststellen, wie Jobcenter und Sozial- oder Ausländerbehörden, waren für diese Jugendlichen vielerorts de facto kaum noch zu erreichen, nachdem deren Mitarbeiter_innen ins Homeoffice gewechselt waren und Formulare aus dem Netz heruntergeladen werden mussten. Die damit erhöhten sprachlichen und technischen Hürden konnten mit der Hilfe der JMD überwunden werden.

Die JMD-Mitarbeiter_innen eröffneten Zugänge, halfen beim Ausfüllen von Formularen und beim Herstellen von Kontakten. Oft wurden die JMD zur letzten Anlaufstation für Jugendliche, die an den zuständigen Stellen nicht weiterkamen.

Die Beratungsarbeit wurde zeitgleich aufwendiger, weil ein Teil der Dienststellen auch für die JMD schwerer zu erreichen war als zu normalen Zeiten und weil Unterschriften für Einwilligungserklärungen oder Schweigepflichtentbindungen schwer zu bekommen waren.

Gleichzeitig gelang es den Jugendlichen, denen mehr Kenntnisse, Kompetenzen und digitale Kommunikationsmittel zur Verfügung standen, die eigenen Ziele trotz der Hindernisse weiterzuverfolgen. Das weist darauf hin, dass für die Zugangschancen junger Menschen Faktoren wie Armut oder formale Bildungsmöglichkeiten eine wichtigere Rolle spielen als die eigene Migrationsgeschichte oder die der Eltern.

Unabhängig von ihren Ressourcen erlebten viele Jugendliche die Einschränkungen als belastend: Wichtige Fragen zu Aufenthaltsdokumenten blieben lange ungeklärt. Betriebe verschoben Praktika oder Einstellungen. Mit dem Fortbestehen

Jugendmigrationsdienste – JMD

Das vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes geförderte JMD-Bundesprogramm begleitet junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter von 12 bis 27 Jahren am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.

In den vergangenen Jahren etablierte Handlungsfelder der JMD sind außerdem der Programmbereich *Respekt Coaches*, der sich an Schüler_innen mit und ohne Migrationsgeschichte zur Demokratiebildung und Extremismusprävention an Kooperationsschulen der JMD richtet, sowie das Modellprojekt *Jugendmigrationsdienste im Quartier*, das junge Menschen in Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf im Blick hat.

Gemeinsam sind den Arbeitsbereichen der JMD die Nähe zu ihren Zielgruppen sowie das auf einem lebensweltorientierten sozialpädagogischen Handeln basierende Selbstverständnis. Die hier geschilderten Beobachtungen basieren auf den Erkenntnissen aus JMD der Arbeiterwohlfahrt (AWO), die sich mit 58 Einrichtungen an 72 Standorten am Bundesprogramm beteiligt. Neben der AWO befinden sich die Jugendmigrationsdienste in Trägerschaft der *Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit*, der *Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit*, des *Internationalen Bundes*, des *Deutschen Roten Kreuzes* und des *Paritätischen Gesamtverbandes*.

 [jugendmigrationsdienste.de](https://www.jugendmigrationsdienste.de)

Die Fachkräfte erkundeten die Möglichkeiten, die Angebote der Jugendmigrationsdienste ins Digitale zu verlegen.

der Einschränkungen wuchsen Sorgen um Ausbildungsperspektive und die eigene Zukunft. Die Kontaktbeschränkungen förderten Gefühle der Einsamkeit, der Isolation und des Ausgeschlossenenseins. Auch das öffentliche Klima trug dazu bei: Die Jugendlichen registrierten, dass mancher Medienbericht über Hochzeiten und Familienfeiern besonders Menschen mit Migrationsgeschichte für die Ausbreitung des Virus verantwortlich machte.

Gruppenarbeit

Die pandemiebedingten Einschränkungen unterbrachen zunächst auch die Gruppenarbeit der JMD – ein Feld, auf dem Jugendliche Erfahrungen mit Gleichaltrigen austauschen, gemeinsam Antworten auf ihre Fragen finden und die Wirksamkeit eigenen Handelns erleben.

Betroffen waren davon zum einen die Kurse und Workshops, die die JMD in Ergänzung zur Einzelfallberatung und zum Case Management anbieten, etwa Kurse zur Verbesserung der Sprachkompetenz, Bewerbungstrainings oder Computerkurse. Zum anderen mussten auch sogenannte „Mikroprojekte“ – Formate der Gruppenarbeit mit Quartiersbezug – im Bereich *JMD im Quartier* abgebrochen werden. Ebenso wurden die Gruppenangebote zur gesellschaftlich-politischen Bildung an Schulen im Bereich *Respekt Coaches* im März 2020 zunächst ausgesetzt, bevor sie in veränderter und teilweise digitalisierter Form wieder aufgenommen wurden.

Die Fachkräfte erkundeten Möglichkeiten, die Gruppenarbeit ins Digitale zu verlegen – mit begrenztem Erfolg, da nur ein Teil der Jugendlichen technisch gut genug ausgestattet war, um etwa an Videokonferenzen teilzunehmen. Besonders in Kursen zur Stärkung sprachlicher Fähigkeiten erwies sich der Wegfall derjenigen Kommunikationsmöglichkeiten als hinderlich, die normalerweise beim Zusammensein im selben Raum bereitstehen – etwa die kleinen Zeichen, die einer Lehrkraft signalisieren, ob sie verstanden wurde. Wie sehr vielen Jugendlichen die Interaktion und das gemeinsame Lernen fehlten und wie groß ihr Bedürfnis war, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern, zeigte sich etwa beim Nürnberger JMD der AWO im Sommer des vergangenen Jahres, als wieder Präsenzveranstaltungen unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln stattfinden konnten: Die Kurse zur Verbesserung der Deutschkenntnisse waren auch bei Sonnenschein und Hitze schnell ausgebucht.

„Jugendmigrationsdienste im Quartier“

Im Modellprojekt *JMD im Quartier* – gefördert im Rahmen der vom Bundeskabinett beschlossenen ressortübergreifen-

den Strategie „Soziale Stadt. Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ – dienen „Mikroprojekte“ dazu, die Lebenssituation junger Menschen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu verbessern. Die JMD setzen die „Mikroprojekte“ gemeinsam mit Netzwerkpartner_innen um; etwa mit dem Quartiersmanagement, Schulen oder Sportvereinen.

Der JMD Stuttgart nutzte im Rahmen des Modellprojekts unter anderem Online-Kanäle, um mit den Jugendlichen während des Lockdowns in Kontakt zu bleiben: Gemeinsam mit einer_m Kooperationspartner_in wurden Graffiti-Tutorials im Videoformat gedreht und über soziale Medien geteilt. Die Videos zu Grundlagen und Techniken der Graffiti-Kunst regten Jugendliche dazu an, zu Hause kreativ zu werden.

Mit den Kindern und Jugendlichen einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete hielt der JMD über einen Messengerdienst und Videocalls Kontakt und bot Hilfe bei den Schulaufgaben an. Gleichzeitig wurden auch klassische Kommunikationsformen genutzt, etwa wöchentliche Pakete und Briefe mit Bastelanregungen, Rätseln, Stiften, Kreide oder einem Mini-baukasten. In den Sommermonaten wurden Aktivitäten ins Freie verlegt. In Zusammenarbeit mit mehreren Projektpartner_innen und Lehramtsstudent_innen entstand vor der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete der „Habibi Dome“, ein Sommerzelt als Ort des Lernens, der Begegnung, des Spiels und der Möglichkeit, eigene Ideen umzusetzen. Das Titelbild dieses Artikels erlaubt einen Einblick in den „Habibi Dome“.

Politisch-gesellschaftliche Bildung – „Respekt Coaches“

Wie bei *JMD im Quartier* steht auch im Programmbereich *Respekt Coaches* die Gruppenarbeit im Mittelpunkt: Fachkräfte der JMD setzen dabei an allgemeinbildenden und beruflichen Kooperationsschulen Gruppenangebote in Zusammenarbeit mit Trägern der Demokratiebildung und der Extremismusprävention um. Die primärpräventiven Angebote stärken Jugendliche, um sich in einer pluralen Gesellschaft zu orientieren und sich mit Themen wie Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und antidemokratischen Ideologien fundiert auseinanderzusetzen.

Auch in diesem Programmbereich verlagerten die Fachkräfte nach den Schulschließungen die Gruppenangebote in digitale Kanäle. Beim Hamburger JMD der AWO machte man jedoch die Erfahrung, dass sich zwar ein Rap-Workshop zum Thema Diskriminierung an einer Berufsschule nach der Schließung der Schule technisch auch auf einer Online-Video-Plattform fortsetzen ließ; de facto aber auch hier viele Teilnehmer_innen ausgeschlossen wurden, weil ihnen Laptops, ausreichender Netz-

Weiterentwicklungsbedarfe in der digitalen Arbeit – Medienkompetenz und technische Ausstattung

zugang und Datenvolumen fehlten. Auch an anderen Schulen erschwerten Probleme beim Zugang zu geeigneten digitalen Plattformen die Arbeit.

Wo die technischen Voraussetzungen vorhanden waren, ließ sich die Arbeit auch digital gut fortsetzen: So konnten Fachkräfte des JMD Bonn-Bad Godesberg die Schul-Cloud eines Berufskollegs nutzen, mit dem sie zusammenarbeiten. Auf der Grundlage der Cloud, die Kommunikation und den Austausch von Dateien ermöglicht, sowie weiterer Online-Plattformen und Tools setzten sie einen mehrteiligen Workshop zu Geschlechterrollen und -identitäten um.

Gleichzeitig zeigte die Pandemie, dass es unter den vielen Angeboten der politischen Bildung und Demokratieförderung im Netz nur wenige attraktive gab, die auch benachteiligten Jugendlichen zugänglich sind. Viele Angebote richten sich an Jugendliche mit hoher formaler Schulbildung, muttersprachlichen Deutschkenntnissen und guter technischer Ausstattung. Eine Reihe von Fachkräften im Programmbereich *Respekt Coaches* entwickelte deshalb niederschwellige Konzepte zur Nutzung sozialer Medien und für die hybride Gruppenarbeit. Der Programmbereich bot dabei die Voraussetzung, schnell und flexibel auf aktuelle gesellschaftliche Themen zu reagieren. So wurden gemeinsam mit Bildungsträger_innen Online-Gruppenangebote zum Thema „Verschwörungserzählungen“ entwickelt, etwa am Standort Paderborn in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung.

Erreichtes und Erforderliches

Den Jugendmigrationsdiensten – das lässt sich abschließend festhalten – ist es gelungen, auch während der Pandemie im Kontakt zu den jungen Menschen zu bleiben und die Ratsuchenden ins Zentrum ihres Handelns zu stellen. Ihrem Selbstverständnis gemäß unterstützten die Fachkräfte die Zielgruppe lebenswelt- und ressourcenorientiert und passten ihre Angebote den veränderten Bedürfnissen an.

Allerdings hat sich auch der Weiterentwicklungsbedarf im digitalen Bereich gezeigt – gerade weil vieles, was die JMD während der Pandemie erprobt haben, auch auf lange Sicht ein Element der Arbeit sein wird, etwa in der Online-Beratung. Erforderlich ist dafür eine bessere technische Ausstattung der Dienste und der Jugendlichen. Gestärkt werden muss außerdem die Medienkompetenz Jugendlicher; das betrifft sowohl die technischen Kenntnisse als auch die Kompetenz, seriöse Medieninhalte von manipulativen zu unterscheiden.

Weil die Pandemie bestehende gesellschaftliche Benachteiligungen verschärft hat, erneuert sich auch der sozialanwaltschaftliche Auftrag der Jugendmigrationsdienste, die Bedürfnisse Jugendlicher hörbar zu machen und Risiken sowie gesellschaft-

liche Schief lagen öffentlich zu benennen. Das ist die Voraussetzung, um vor Ort die Teilhabechancen junger Menschen an Bildung, Ausbildung und Beruf zu verbessern. //

Die Autor_innen:

Dr. TALIBE SÜZEN ist Referentin für interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe und Bundestutorin der Jugendmigrationsdienste beim AWO Bundesverband e. V.

✉ talibe.suezen@awo.org

ERZSÉBET LAJOS ist Referentin für Migration beim AWO Bundesverband e. V.

✉ erzsebet.lajos@awo.org

DILVIN ŞAHİN ist Referentin für Migration beim AWO Bundesverband e. V.

✉ dilvin.sahin@awo.org

Dr. PETER WIDMANN ist Referent für Migration beim AWO Bundesverband e. V.

✉ peter.widmann@awo.org

Auch interessant:

Der Artikel „Datenschutz in der Jugendhilfe. Sicherer Umgang mit Sozialen Netzwerken bei der Arbeiterwohlfahrt Jena-Weimar e.V.“ von MONIKA KOPHAL in Ausgabe 18 der DREIZEHN ab Seite 35.

➤ jugendsozialarbeit.de/dreizehn18

Die Projekte *Gemeinsam Stark Ortenau* (Artikel von MARC GRUBE in dieser Ausgabe der DREIZEHN ab Seite 40) und das Vorgängerprojekt *Neuland.Wahl* (Bericht von JOSEFINE JANERT in Ausgabe 21 der DREIZEHN ab Seite 32) sind eng mit dem Jugendmigrationsdienst verzahnt.

➤ jugendsozialarbeit.de/dreizehn21



WIE #DAUERHAFTSYSTEM(IR-)RELEVANT IST SOZIALE ARBEIT?

von Eva Berg

Eingeschränkte soziale Kontakte, Zukunftsängste, Gefühle von Sinnlosigkeit, Verunsicherung, die Schließung der offenen Kinder- und Jugendhilfe im Lockdown, fehlende digitale Endgeräte für das Homeschooling – all dies sind gegenwärtige Probleme während der Coronapandemie.

Die Auswirkungen treffen dabei insbesondere Kinder und Jugendliche, da mit der Schließung der Kindertagesstätten und Schulen nicht nur ein „Aufbewahrungsort für Kinder erwerbstätiger Eltern“ wegfällt, sondern vielmehr ein Ort zum Erwerb sozialer Kompetenzen¹. Dieser Unterschied scheint der Politik nicht bewusst zu sein – oder zugespitzter: in den bereits getroffenen Entscheidungen als nicht bedeutend wahrgenommen worden zu sein.

„Während die Medizin den Virus bekämpft, kümmert sich die Soziale Arbeit um den sozialen Zerfall!“²

Ungehört? Unerhört!

Kinder und Jugendliche wurden in politischen Entscheidungen im Jahr 2020 gerne mal übergangen: öffentliche Debatten über die wirtschaftliche Situation, Rettungspakete für Airlines – da kann man die Bedarfe der Jugend schon mal vergessen?!

Junge Menschen wurden in den Planungen und Maßnahmen während der Coronapandemie nicht ausreichend berücksichtigt und konnten die Debatten häufig nur machtlos verfolgen. Die partizipative Beteiligung von jungen Menschen an Entscheidungsprozessen über die Umsetzung von Maßnahmen und Lockerungen scheint nicht gewünscht zu sein, anders lässt sich die Missachtung der Kinderrechte – insbesondere dem Recht auf Beteiligung – kaum erklären.

Dies empfinden auch 65 % der im Rahmen der *JuCo-Studie* befragten Jugendlichen so, wenn sie angeben, dass ihre Sorgen in der Politik nicht gehört werden (zu Ergebnissen der JuCo-Studien siehe den Beitrag von ANNA LIPS & TANJA RUSACK ab Seite 10 in dieser Ausgabe).

„Generation Corona“?

Die öffentliche Beachtung, die jungen Menschen in diesen Zeiten zuteilwurde, bezog sich auf sie allenfalls als „Super-

spreader“, die Coronapartys feiern und sich nicht an die festgelegten Maßnahmen halten.

Die negative Darstellung in den Medien gibt einen Hinweis darauf, dass die Belange junger Menschen nicht nur nicht ernst genommen, sondern ihre Bedürfnisse erst gar nicht berücksichtigt wurden. Häufig fällt in der medialen Darstellung auch der Begriff der „Generation Corona“, der fatalistisch die Auswirkungen der Coronapandemie auf die aktuelle Generation junger Menschen zuspitzt. Auch diese Art der Darstellung spricht jungen Menschen eine aktive Beteiligung am aktuellen Geschehen ab. Diese entmutigende Bezeichnung ist natürlich abzulehnen, wenngleich sie relativ zutreffend für die Chancen auf Teilhabe junger Menschen während der Coronapandemie ist.

„Das Internet ist für uns alle Neuland“³

Besonders deutlich wurde durch die Coronapandemie auch die nicht ausreichende Digitalisierung in Deutschland. Auch hier bestimmt die Welt der Erwachsenen über Zuteilung und Zugangsvoraussetzungen, z. B. in Form von digitalen Endgeräten. Dies wirkt für junge Menschen ohne Zugang dann gleich doppelt ausgrenzend: Bei fehlender Ausstattung fehlen sowohl der Zugang zu Bildung als auch zur Freizeitgestaltung und Alltagskommunikation unter Peers.

Die Fachkräftekampagne #dauerhaftsystemrelevant

Die vom jungen *Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit* e. V. (DBSH) initiierte Fachkräftekampagne resultierte aus der in diesem Artikel beschriebenen Missachtung von Sozialer Arbeit im Kontext „systemrelevanter Berufe“ während der Coronapandemie. So wurde weder medial noch politisch die gesellschaftliche Relevanz Sozialer Arbeit zum Thema gemacht – eine Einschätzung, die sowohl von Fachkräften der Jugendsozialarbeit als auch von Sozialarbeiter_innen aus vielen weiteren Handlungsfeldern unabhängig voneinander abgegeben wurde.

#dauerhaftsystemrelevant ist eine Arbeitsgemeinschaft von Sozialarbeiter_innen, Verbänden und Institutionen aus ganz Deutschland. Die Kampagne hat zum Ziel, die Systemrelevanz und Bedeutsamkeit der unverzichtbaren Profession Sozialer Arbeit deutlich und sichtbar zu machen. Sie richtet den

Appell an die Politik, die Folgen der Krise nicht auf die Menschen unserer Gesellschaft abzuwälzen, die Schwierigkeiten haben ihre Stimme zu äußern, wie Kinder und Jugendliche, sondern eine gerechte Sozialpolitik umzusetzen. Sie tritt ein für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Das Team der Kampagne freut sich über Unterstützung und lädt alle Fachkräfte der Sozialen Arbeit zum Mitmachen und Teilen von Berichten aus der Praxis ein.

Alle weiteren Informationen, Stellungnahmen, aktuelle Profilberichte mit jeweiligen Fakten und Forderungen, Medienberichte über die Kampagne, Tagebucheinträge und die Links zu den Social-Media-Kanälen finden Sie auf der Homepage der Kampagne.

 dauerhaft-systemrelevant.de

„Die Anzahl der Jugendlichen mit Multiproblemlagen hat deutlich zugenommen“⁴

Junge Erwachsene

= Schülerinnen und Schüler?!

Trotz all dieser Widrigkeiten wird wie selbstverständlich erwartet, dass junge Menschen weiterhin ihre schulischen Verpflichtungen erfüllen. Die öffentlichen Debatten sind geprägt von der Reduktion junger Menschen auf ihre Rolle und ihr Funktionieren als Schüler_innen (zum „verkürzten Blick“ auf junge Menschen als Schüler_innen siehe auch den Beitrag von ALEXANDRA HEPP & ANNA LENA RADEMAKER ab Seite 19 in dieser Ausgabe der DREIZEHN). Ausgefallener Unterricht und daraus folgende Wissensdefizite, Homeschooling und Rückführung in Schule und Ausbildung von jungen Menschen mit Benachteiligungen werden kaum behandelt.

Jugendliche brauchen Räume

Neben der Erwartung, Jugendliche könnten trotzdem regulär ihre Schullaufbahn absolvieren, steht die Tatsache, dass momentan kaum soziale Räume für junge Menschen vorhanden sind. Die Schule als sozialer Raum ist über mehrere Monate komplett weggebrochen und Präsenzangebote der Jugendsozialarbeit sind laut Corona-Schutzverordnung nicht mehr zulässig. Dabei ist der Kontakt zu Peers zentral in der Identitätsentwicklung junger Menschen. Nach den geltenden Regeln durften Jugendliche sich zwar zu zweit treffen – dies ist aber dann problematisch, wenn der öffentliche Raum verboten bzw. geschlossen ist, die Schulen geschlossen bleiben und nicht jegliche soziale Kontakte auf digitale Medien reduziert werden sollen. Trotz des Vorhabens der Bundesregierung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, wurden auch hier maßgeblich Kinderrechte beschnitten – obwohl hier explizit vom „Recht auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten“ die Rede ist.

Diese Behandlung von jungen Menschen durch Öffentlichkeit und Politik zeigt eine weder wertschätzende noch wahrnehmende Haltung ihnen gegenüber. Junge Menschen müssen gehört und nicht ignoriert werden. Ihnen muss gezeigt werden, dass ihre Stimmen Bedeutung haben. Erwachsene – insbesondere politische Entscheidungsträger_innen – sind in der Pflicht, die Belange von Jugendlichen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Dabei kann die Soziale Arbeit helfen. Das Problem ist: Soziale Arbeit wird selbst nicht ausreichend gehört. Auch Soziale Arbeit wird bei politischen Entscheidungen oftmals übergangen und ist während der Coronapandemie medial fast unsichtbar. Die prekären Arbeitssituationen von Sozialarbeiter_innen werden weiterhin kaum von Politiker_innen thematisiert.

Die besondere Leistung und die Unverzichtbarkeit Sozialer Arbeit – auch unabhängig von der Coronapandemie – scheinen nicht erkannt zu werden.

Hier kommt der Begriff „Systemrelevanz“ ins Spiel, denn gerade in der Kinder- und Jugendhilfe wirkt Soziale Arbeit gleich doppelt systemstabilisierend: Zum einen unterstützt und entlastet Jugendsozialarbeit das System Familie und zum anderen stabilisiert (Jugend-)Sozialarbeit generell das Gesamtsystem in Deutschland⁵ – vor allem indem Soziale Arbeit den Einbezug marginalisierter Gruppen in die Gesellschaft fördert, deren politisches Mandat vertritt und damit gesellschaftlicher Erosion entgegenwirkt.

Nicht nur die jungen Menschen selbst werden also vergessen, sondern auch die Arbeit mit ihnen. Bei Schutzmaterialien, Testungen und schlussendlich auch Impfungen denkt man bei relevanten sozialen Bereichen an das Krankenhaus und vielleicht noch an die Altenhilfe – besonders aber die Bereiche Sozialer Arbeit mit jungen Menschen, sowohl stationär als auch ambulant, finden nicht viel Berücksichtigung

Der Artikel „Konsequenzen der Coronapandemie für die Fachkräfte der Sozialen Arbeit – Folgen für die Zielgruppe?“ gibt in dieser Ausgabe der DREIZEHN ab Seite 25 Einblicke in die verschärften Beschäftigungsbedingungen der Sozialen Arbeit während der Coronapandemie.

Geklatscht wurde für uns nicht

Die Missachtung Sozialer Arbeit überdauert leider bis heute. Aus diesen Gründen setzen wir uns für eine Politik ein, in der die Anerkennung Sozialer Arbeit als unverzichtbare Profession erfolgt und unsere Bedarfe angehört und ernst genommen werden.

„Es braucht ein hohes Maß an Flexibilität, Kreativität und Anpassungsbereitschaft, um in dieser Zeit weiterhin nah am Menschen arbeiten zu können“⁶

„Da gilt es oft, ein Riesenpuzzle zusammensetzen.“⁴

Mit der Kampagne #dauerhaftsystemrelevant haben wir gemeinsam mit Fachkräften der Sozialen Arbeit Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021 formuliert und darüber hinaus 11 Ansätze zur Aufwertung Sozialer Arbeit verfasst.

Diese thematisieren die offensichtlichen Missstände, die politische Entscheidungsträger_innen angehen müssen, wenn sie es mit der Aufwertung sozialer Berufe – über Tarifverhandlungen hinaus – ernst meinen. //

11 Ansätze zur Aufwertung Sozialer Arbeit

Die ausführliche Fassung der 11 Ansätze ist zu finden unter <https://dauerhaft-systemrelevant.de/forderungen/>

- 1 Vergütung von (Pflicht-)Praktika in der Sozialen Arbeit
- 2 Nichtanrechnung von Praktikumsvergütung auf das BAföG
- 3 Zugang zu Mitteln der *Deutschen Forschungsgesellschaft* (DFG) für Soziale Arbeit
- 4 Reduzierung der Semesterwochenstunden für Professor_innen und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen
- 5 Eigenständiges Promotionsrecht für Hochschulen der angewandten Wissenschaften
- 6 Integration von Tarifbindung in die Ausschreibungspraxen für soziale Dienstleistungen
- 7 Einführung von bundesweiten Personalbemessungsmodellen zur Qualitätssicherung
- 8 Mehr Studienplätze und bessere Arbeitsbedingungen gegen Fachkräftemangel
- 9 Zeugnisverweigerungsrecht für Fachkräfte der Sozialen Arbeit
- 10 Verpflichtende Transparenzregelungen über Verwendung der Mittel und Gehälter in der Sozialwirtschaft
- 11 Rückkehr zur verlässlichen Finanzierung von Regelstrukturen im Bereich sozialer Dienste

Die Autorin:

EVA BERG ist Sozialarbeiterin (B. A.) und arbeitet im Projekt- und Contentmanagement für das Team der Kampagne #dauerhaftsystemrelevant.
✉ eva@dauerhaft-systemrelevant.de

Anmerkungen:

Alle Internetlinks zuletzt abgerufen am 1.05.2021

1 Vgl LANGMEYER, ALEXANDRA / GUGLHÖR-RUDAN, ANGELIKA / NAAB, THORSTEN / URLEN, MARC / WINKLHOFER, URSULA (2020): Kind sein in Zeiten von Corona. Ergebnisbericht zur Situation von Kindern während des Lockdowns im Frühjahr 2020. München: DJI – Deutsches Jugendinstitut. S. 6 f. URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2020/Ergebnisbericht_Kindsein_Corona_2020.pdf

2 Zitat von Fachkraft Leo (Offene Kinder- und Jugendarbeit). Den gesamten Praxisbericht finden Sie unter <https://dauerhaft-systemrelevant.de/weg-mit-den-analogen-scheuklappen-und-rein-in-die-digitale-interaktion/>

3 Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2013 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ehemaligen US-Präsident Barack Obama auf eine Frage zum US-Überwachungsprogramm PRISM.

4 Zitat von Katharina Reich-vom Ende (Streetworkerin). Den gesamten Professionsbericht zum Thema Streetwork und mobile Jugendarbeit finden Sie unter: https://dauerhaft-systemrelevant.de/wp-content/uploads/2021/03/dauerhaftsystemrelevant_profilbericht_Streetwork.pdf

5 Deutscher Bundestag: Teils massive Folgen durch eingeschränkte Jugendsozialarbeit während Corona. Berlin. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-pa-kinderkommission-793922>

6 Zitat von Vanessa Beckmann (Streetworkerin). Den gesamten Professionsbericht zum Thema Streetwork und mobile Jugendarbeit finden Sie unter: https://dauerhaft-systemrelevant.de/wp-content/uploads/2021/03/dauerhaftsystemrelevant_profilbericht_Streetwork.pdf

WAS LANGE WÄHRT, WIRD GUT!?

Die Jugendsozialarbeit im Reformprozess zum SGB VIII

von CHRISTINE LOHN und MARION VON ZUR GATHEN

Die aktuelle Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, die zum Zeitpunkt dieses Beitrages noch nicht die gesetzgeberische Ziellinie überschritten hat, war weder insgesamt noch für die Jugendsozialarbeit ein gradlinig verlaufender Prozess. Auch wenn der mittlerweile vorliegende Gesetzentwurf zum „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz“ (KJSG) den Weg für ein inklusives SGB VIII zumindest ebnet und damit in der Fachöffentlichkeit als wichtiger und längst überfälliger Schritt bewertet wird, fallen die Einschätzungen und Bewertungen zu einzelnen Normen und deren Regelungsgehalt dennoch höchst unterschiedlich aus. Das gilt auch und insbesondere für die Jugendsozialarbeit. Gleichwohl stellt sich aus Sicht der Träger der Jugendsozialarbeit die Frage, wie sich die Reform auf das eigene Handlungsfeld auswirkt und welche Erkenntnisse aus dem Prozess gewonnen und für eine kritische Reflexion nutzbar gemacht werden können.

Der Weg zur größten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Die Entwicklung des KJSG – ein Prozess mit Hindernissen

Den Auftakt für die Modernisierung des SGB VIII in Form des KJSG bildete der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages:¹

Unter dem Stichwort „Kinderpolitik“ sollte die:

„Kinder- und Jugendhilfe (...) auf einer fundierten empirischen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt werden. Dazu gehören geeignete Finanzierungsmodelle für systemische Unterstützungsformen (z. B. an den Schnittstellen von SGB VIII, SGB XII, und Schulträger).

Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der freien Jugendhilfe. Wir werden daher die Steuerungsinstrumente der Jugendämter deutlich verbessern und gleichzeitig die Rechte der Kinder und ihrer Familien sicherstellen, sowie sozialraumorientierte und präventive Ansätze verfolgen. Dazu wollen wir mit Ländern, Kommunen und Verbänden in einen Qualitätsdialog treten und uns über die Weiterentwicklung in wichtigen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe verständigen.“

Basierend auf diesem Auftrag wurde im Juli 2016 ein erster Arbeitsentwurf bekannt, dem bereits im August 2016 ein zweiter folgte. Im Februar 2017 wurde der Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen“ (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) dem Kanzleramt zur Frühabstimmung vorgelegt. Mitte März 2017 lag dann ein erster Referent_innenentwurf vor, dem im Mai ein Regierungsentwurf folgte.² Nach den Beratungen im *Bundestagsausschuss Frauen, Senioren, Familie und Jugend* (FSFJ) Ende Juni 2017 wurde das Gesetz im Deutschen Bundestag beraten, beschlossen und dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet³, der bereits im Vorfeld seine Stellungnahme abgegeben hatte. Der Bundesrat hat sich jedoch mit dieser Vorlage nicht mehr befasst. Damit war das Vorhaben in der 18. Legislaturperiode gescheitert.

Anfang 2018 wurde das Thema im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD erneut aufgegriffen und unter der Überschrift „Kinder und Jugendliche schützen und Familien unterstützen“ beschrieben.⁴ Als Konsequenz aus dem gescheiterten Vorhaben in der 18. Legislaturperiode wurde nun stärker auf einen breit angelegten Beteiligungsprozess gesetzt. Das *Bundesministerium für Familie,*

Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiierte 2018/2019 den Dialogprozess zum SGB VIII „Mitreden – Mitgestalten. Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“, der Ende 2019 mit einem umfassenden Bericht beendet wurde.⁵

Die Verbände der Jugendsozialarbeit waren daran formal *nicht* beteiligt.

Ein Referent_innenentwurf für das KJSG wurde für das 1. Quartal 2020 angekündigt, aber erst Anfang Oktober durch das BMFSFJ vorgelegt. Zwei Monate später wurde der Regierungsentwurf zum KJSG in Bundeskabinett beschlossen. Seit Anfang Februar 2021 liegen die Empfehlungen der Bundsratsausschüsse zum Regierungsentwurf KJSG vor.⁶ Anders als der Regierungsentwurf enthalten diese Empfehlungen einen neuen Regelungsvorschlag zur Schulsozialarbeit. Offen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch, ob dieser Empfehlung vom Bundesrat auch gefolgt wird.

Die Jugendsozialarbeit im Reformprozess – ein Wechselbad der Gefühle

Im ersten Arbeitsentwurf vom Juni 2016 waren für § 13 SGB III erhebliche Änderungen vorgesehen. Demnach sollte dem Absatz 1 die Sätze „§ 36a bleibt unberührt. Leistungen nach §§ 27 und 41 sind mit den Angeboten nach Satz 1 abzustimmen“ beigefügt werden. Absatz 2 sollte dann nicht mehr wie bisher explizit auf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen der Jugendsozialarbeit – also die Jugendberufshilfe oder berufsbezogene Jugendsozialarbeit – fokussieren, sondern als sozialpädagogische Hilfe „zur Stabilisierung am Übergang von Schule und Beruf nach Absatz 1 Satz 1“ mit den anderen bisher in Absatz 3 aufgeführten Organisationen abgestimmt werden. Der darin enthaltenen Aufzählung dieser Organisationen sollten die Jobcenter (redaktionell) hinzugefügt werden. Die Absätze 3 und 4 sollten entfallen.

Dieser Regelungsansatz wurde in der Jugendsozialarbeit äußerst kritisch aufgenommen und kommentiert: Zum einen sollte das Jugendwohnen als relevante sozialpädagogische Maßnahme am Übergang Schule-Beruf wegfallen, zum anderen sah sich die Jugendsozialarbeit in den neuen Formulierungen noch mehr zum Erfüllungsgehilfen anderer staatlicher Organisationen unter der Prämisse „Fordern und Fördern“ degradiert. Der im März 2017 vorgelegte Referent_innenentwurf (siehe nächste Seite) enthielt diese Änderungen dann aber nicht mehr und sah hingegen wieder eine Ergänzung in § 13 Abs. 3 vor, mit dem das Jugendwohnen als Leistung der Jugendsozialarbeit nun gestärkt werden sollte.⁷

Erfolge unermüdlicher Lobbyarbeit . .. mit der Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen

Junge Menschen sollen während der Teilnahme an einem Angebot nach Absatz 2 Unterkunft in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen erhalten, sofern ihre Unterbringung nicht anderweitig sichergestellt ist. Die Unterkunft wird so lange gewährt, wie die jungen Menschen dieser Hilfe beim Übergang in eine selbständige Lebensführung aufgrund ihrer individuellen Situation bedürfen.

Was ein Erfolg unermüdlicher Lobbyarbeit war und erst einmal gut klang, hätte dann aber doch unerwünschte Nebenwirkungen haben können, wie ein Blick in die Begründung zum Formulierungsvorschlag deutlich macht:⁸

„Einen Bedarf auf dieses Angebot nach Absatz 3 mit dem Ziel der Gewährleistung einer auf Selbständigkeit basierenden sozialen Integration können somit beispielsweise junge Menschen haben, die aufgrund der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen eine Wohnmöglichkeit brauchen, oder die aus persönlichen oder sozialen Gründen ihre Familien verlassen mussten, oder die ihre Heimat im Ausland verlassen mussten und nach Deutschland geflüchtet sind.“

Damit wäre durch die Hintertür einer Legalisierung der Ausgliederung der Ansprüche unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus dem Leistungsspektrum der Hilfen zur Erziehung in das kostengünstigere Jugendwohnen Tür und Tor geöffnet worden – im Ernstfall völlig unabhängig von den tatsächlichen Bedarfen der betroffenen jungen Menschen.

Der *Bundestagsausschuss* (FSFJ) forderte dann jedoch⁹, diese Änderungen zu streichen und es bei der bisherigen Fassung des § 13 zu belassen. Dieser Forderung kam der Deutsche Bundestag nach und der Gesetzgebungsprozess wurde wie oben beschrieben 2017 nicht zu Ende geführt.

Im derzeit laufenden Gesetzgebungsverfahren wurde der § 13 als solcher dann nicht angefasst; seine Leistungen wurden jedoch über eine Neuformulierung des Verweises in § 27 Abs. 3 SGB VIII in den Fokus genommen. In der neuen Fassung wird nicht mehr explizit darauf verwiesen, dass die Hilfe zur Erziehung „bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen“ soll, sondern „auch Maßnahmen nach § 13“.

In der Begründung wird ausgeführt, dass „durch den erweiterten Verweis auf § 13 SGB VIII in § 27 Absatz 3 Satz 2 SGB VIII-E klargestellt wird, dass sämtliche Maßnahmen der Jugendsozialarbeit im Rahmen der Hilfe zur Erziehung bei entsprechendem Bedarf einbezogen werden sollen.“

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die kommunale Infrastruktur deutschlandweit nicht unbedingt geprägt ist durch ein üppiges Angebot an Maßnahmen aus dem Leistungsspektrum des § 13 könnte ein solcher Verweis einen bedarfsgerech-

ten Ausbau implizieren. Sieht man genauer hin, erzeugt die geplante Änderung dann doch eher Irritation: Wie genau sollen z. B. Angebote der Schul- oder Straßensozialarbeit einbezogen werden und was genau könnte man diesbezüglich im Hilfeplan vereinbaren?

Mit Blick auf die oben beschriebenen Änderungsvorschläge im vorangegangenen Verfahren könnte man auch zu der Auffassung gelangen, dass hier auf nun anderem Wege versucht wird, das Jugendwohnen als preiswerte Variante einer stationären Unterbringung doch noch zu ermöglichen – jetzt in Verbindung mit einer (auch preiswerten) erzieherischen Hilfe.

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege* befürchtet in einem aktuellen Lobbypapier, „dass die (geplante) Erweiterung die Hilfen zur Erziehung aufweicht und die Jugendsozialarbeit als eigenständiges Angebot schwächt (...) (und) plädiert dafür, es bei dem bisherigen Verweis auf die Jugendberufshilfe zu belassen“¹⁰.

In der Anhörung der Expert_innen im FSFJ am 22. Februar 2021 wurde vor allem deutlich, dass die Prämisse der Kostenneutralität, unter der das Reformvorhaben umgesetzt werden soll, die notwendigen Entwicklungen nicht befördern kann. In Teilen wurden die seit Mitte Februar vorliegenden Empfehlungen der Bundsratsausschüsse zum Regierungsentwurf des KJSG¹¹ kommentiert. Hier werden u. a. weitere Verschärfungen im Kinderschutz vorgeschlagen sowie eine Normierung der Schulsozialarbeit als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext der Jugendarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§ 14a) mit der Option für die Länder, diese Aufgaben an andere Stellen (z. B. die Schulen) zu verweisen. Expert_innen votierten dringend dafür, die Kinder- und Jugendhilfe hier in ihrer Eigenständigkeit – auch gegenüber anderen Professionen – zu stärken. Wie sich der_die Gesetzgeber_in zu diesen und weiteren Einlassungen verhalten wird, bleibt abzuwarten. //

Die Autorinnen:

CHRISTINE LOHN ist Geschäftsführerin der *Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit* (BAG EJSJA).

✉ lohn@bagejsa.de

MARION VON ZUR GATHEN ist Leiterin der Abteilung *Soziale Arbeit* beim *Paritätischen Gesamtverband*.

✉ alsoz@paritaet.org

IST DAS NOCH HOMESCHULUNG ODER SCHON
JAHRGANGSÜBERGREIFENDES LERNEN ?



Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 25/2021, 13. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft
evangelische Jugendsozialarbeit e. V.)
Auguststr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 28 395 312
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.: Angela Werner
Sprecherin
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Redaktion: Marc Grube

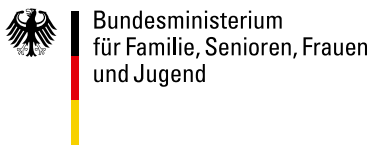
Redaktionsbeirat: Birgit Beierling, Dieter
Eckert, Charlotte Giesen, Alexandra Hepp,
Michael Kroll, Christine Lohn, Andreas
Lorenz, Mirjam Olabi, Marion Paar, Svenja
Pasternack, Petra Tabakovic, Klaus
Umbach, Tom Urig, Marion von zur
Gathen, Christiane Weidner und Angela
Werner

Beiträge von Autor_innen geben nicht un-
bedingt die Meinung des Kooperationsver-
bundes Jugendsozialarbeit wieder.
Der Nachdruck von Beiträgen, auch aus-
zugsweise, ist nur mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.
Unaufgefordert eingesandte Manuskripte
finden nur in Absprache mit der Redaktion
Beachtung.
Gefördert durch das Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ).

Satz: kaora-design.de
Korrektur: Tom Seidel – Die Korrigierer
Druck: Druckerei Lokay e.K.

Bildnachweise:
Cover, S. 56: Marc Grube
S.10: @christian_santizo / unsplash.com
S.15: @Atoms / unsplash.com
S. 36: Kolping-Stiftung Augsburg
S. 38: Joana Rieken / Jugendwohnen
Oldenburg
S. 40, 41: gemeinsam_stark_ortenu /
Instagram
S. 44: Uwe Heide
S. 46: Ron Niendorf
S. 47: Elisabeth Kraft
S. 48: JMD AWO Stuttgart
S. 59: Olaf Schwarzbach
S. 52: @cwmonty / unsplash.com

gefördert von:



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im *Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit* haben sich die *Arbeiterwohlfahrt (AWO)*, die *Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA)* und die *Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS)*, die *Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT)*, *DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE)*, das *Deutsche Rote Kreuz (DRK)* und der *Internationale Bund (IB)* zusammengeschlossen.

Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel: 030 28 395 312

dreizehn@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

WK9

Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet

